

DAS PROBLEM
DER ÜBERBESCHÄFTIGUNG
IN DER
NACHKRIEGSZEIT

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung

der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

GERMAN VON INS

von Oberbipp, Kt. Bern



DAS PROBLEM
DER ÜBERBESCHÄFTIGUNG
IN DER
NACHKRIEGSZEIT

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung

der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

GERMAN VON INS

von Oberbipp, Kt. Bern

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der
Herren Prof. Dr. V. F. Wagner und Prof. Dr. E. Salin.

Basel, den 16. Februar 1952.

Prof. Dr. Edgar Salin
Dekan

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	5
1. Formale Bestimmung des Begriffs «Überbeschäftigung» und seine Abgrenzung gegenüber dem Begriff der Vollbeschäftigung	7
2. Die wichtigsten Arbeitsreserven auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt und deren Ausschöpfung beim Übergang von der Vollbeschäftigung zur Überbeschäftigung	10
A. Die konstante Arbeitslosigkeit	10
B. Die Reserven an «freiwillig» Arbeitslosen	14
C. Der Arbeitermangel	18
D. Die Eingliederung von ausländischen Arbeitsreserven	21
3. Ursachen der Überbeschäftigung	25
A. Allgemeines	25
B. Die gestiegene Selbstversorgungstendenz der schweizerischen Volkswirtschaft	27
C. Der steigende Export in der Nachkriegszeit	33
D. Der Nachholbedarf und die steigende Konsumgüternachfrage	40
E. Der Anstieg der Investitions- und Bautätigkeit	45
a) Allgemeines	45
b) Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit	46
c) Die Entwicklung der baulichen Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit	50
d) Die gewerbliche Bautätigkeit	53
e) Der Wohnungsbau	55
f) Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand	62
F. Der Einfluss der öffentlichen Finanzhaushalte auf die Gesamtnachfrage und die Beschäftigung	65
a) Allgemeines	65

b) Die hohen Ausgaben der öffentlichen Haushalte . . .	66
c) Die Mittelbeschaffung	71
1. Allgemeines	71
2. Die Art der Kriegsfinanzierung und ihre ökonomischen Wirkungen auf den Wirtschaftsprozess . . .	72
3. Die Art der Mittelbeschaffung in der Nachkriegszeit und ihre Wirkungen auf die private Nachfrage . .	74
 4. Folgen der Überbeschäftigung	 81
A. Die Wechselwirkungen zwischen Löhnen und Preisen in der Periode der Überbeschäftigung	81
a) Die Ausgangslage für die Entwicklung der Löhne nach dem Kriege	81
b) Steigende Löhne bei Überbeschäftigung	85
c) Einwirkungen der Lohnsteigerungen auf die Preisgestaltung bei Überbeschäftigung	93
 Zusammenfassung	 104
 Anhang	 107
 Literaturverzeichnis	 108



Vorwort

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die von Massenarbeitslosigkeit und schweren sozialen und ökonomischen Erschütterungen begleitet war, hatte die Hoffnung auf eine «Selbstheilung» der Krise zerschlagen. Während die Regierungen Maßnahmen zur Linderung der Folgen der Massenarbeitslosigkeit ergriffen, suchte die Wissenschaft nach Mitteln und Wegen, um nicht nur die Folgen, sondern die Arbeitslosigkeit selbst bekämpfen zu können, damit inskünftige allzugroße Schwankungen der Beschäftigung verhindert werden könnten.

Nachdem erkannt wurde, daß die Arbeitslosigkeit auf eine ungenügende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen sei, wurde auf Grund dieser Erkenntnis die Theorie der Vollbeschäftigung aufgebaut. Dabei ging man — wie dies in der Nationalökonomie meistens der Fall ist — von der ökonomischen Situation der unmittelbar vorangegangenen Wirtschaftsperiode aus, hier also von der Depression. So ist es natürlich, daß sich das Interesse der Theoretiker vorerst auf die Schwierigkeiten gerichtet hat, die im Rahmen der Krisenbekämpfung auftauchte, während die Frage nach der oberen Grenze des Beschäftigungsgrades bei Vollbeschäftigung und das mit dieser Frage verknüpfte Problem der Überbeschäftigung kaum beachtet wurde.

Nun führte der zweite Weltkrieg zu einer fundamentalen Veränderung der Beschäftigungslage in allen Industrieländern. Unter dem Einfluß der gewaltigen Steigerung der öffentlichen Nachfrage verschwand die Arbeitslosigkeit, und an ihrer Stelle machte sich bald ein Mangel an Arbeitskräften mit all seinen höchst unerwünschten ökonomischen Folgen geltend. Was man als Zustand der Vollbeschäftigung bezeichnet hatte, war nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Es stellte sich zunächst das Problem der Überbeschäftigung im Kriege, die allerdings mit Hilfe der strafenden kriegswirtschaftlichen Kontrollen gezügelt werden konnte, indem die private Nachfrage zugunsten der öffentlichen Nachfrage beschränkt wurde.

Schwieriger wurde allerdings die Situation, als der während des Krieges aufgestaute private und öffentliche Bedarf nach Kriegsende befriedigt werden wollte, nachdem die staatlichen Kontrollen teils abgebaut und dort, wo sie noch bestanden, infolge der verminderten äußeren Gefahr nicht mehr im selben Maße respektiert wurden.

Jedenfalls hat auch die Erfahrung der Nachkriegszeit klar gezeigt, daß die effektive Gesamtnachfrage über jenen Stand, der zur Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendig wäre, hinausgehen kann, sofern dies nicht straffe Kontrollen verhindern.

In der vorliegenden Arbeit hat sich der Verfasser mit den sich unter diesen Umständen ergebenden hauptsächlichsten Problemen auseinandergesetzt.

Nach Abgrenzung des Begriffs «Überbeschäftigung» gegenüber dem der Vollbeschäftigung, wird auf Grund *der schweizerischen Verhältnisse* eine Analyse des Arbeitsmarktes bei Überbeschäftigung vorgenommen, um dann im folgenden Teil der Arbeit die Ursachen, welche in der Hauptsache für die Überbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkte verantwortlich gemacht werden können, zu untersuchen. Im letzten Teil sollen schließlich die typischen Wirkungen, welche sich bei Überbeschäftigung in der Bewegung der Löhne und Preise gezeigt haben, dargelegt werden. Der Verfasser ist sich bewußt, daß damit nur die wesentlichsten Aspekte des äußerst komplexen Problems der Überbeschäftigung behandelt werden. Immerhin hofft er, mit der vorliegenden Arbeit einen bescheidenen Beitrag zur Erhellung jenes konjunkturpolitischen Problems geleistet zu haben, das sich im Rahmen einer Vollbeschäftigungspolitik immer dann stellen kann, wenn die effektive Nachfrage über das Maß der zur Stabilisierung der Vollbeschäftigung notwendigen Gesamtnachfrage hinaus ansteigt.

Meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. V. F. Wagner, spreche ich für die Anregungen, die er mir zuteil werden ließ, und das Interesse, das er meiner Arbeit entgegengebracht hat, meinen aufrichtigen Dank aus.

Birsfelden, den 10. Dezember 1951.

Der Verfasser

1. Formale Bestimmung des Begriffs «Überbeschäftigung» und seine Abgrenzung gegenüber dem Begriff der Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung und Überbeschäftigung sind an sich formale Begriffe, die heute meist schlagwortartig verwendet werden. Es handelt sich hier jedoch um Teilaspekte, deren tiefere Zusammenhänge mit dem wirtschaftlichen Gesamtprozeß zu erfassen nur möglich ist, wenn es gelingt, diese Aspekte begrifflich zu erfassen und gegeneinander abzugrenzen.

Beide Begriffe wollen den Stand der Beschäftigung innerhalb der Prosperitätsphase des Konjunkturzyklus näher bestimmen. Es ist leicht einzusehen, daß innerhalb dieser Prosperitätsphase eine graduelle Differenzierung von mehr oder weniger prosperierenden Zutänden vorgenommen werden kann. Je nach den Kriterien, die man zur Unterteilung dieser Phase heranzieht, werden die Teilungslinien auf verschiedener Höhe der aufsteigenden Kurve, die den Konjunkturverlauf darstellt, gezogen werden müssen. Verwendet man als einziges Kriterium das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zur Unterteilung dieser Kurve, dann zerfällt sie in einen Abschnitt der Unterbeschäftigung und in einen solchen der Vollbeschäftigung. Es muß jedoch schon hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß von Vollbeschäftigung schon gesprochen werden kann, wenn noch eine gewisse Reserve an Arbeitskräften unbeschäftigt ist.¹ Das Ausmaß dieser Reserve kann jedoch in den verschiedenen Volkswirtschaften verschieden hoch sein, wie wir noch sehen werden. Auch wenn die Beschäftigung auf Kosten dieser Reserve weiter ansteigen sollte, könnte auf Grund des angeführten Kriteriums nicht von «Überbeschäftigung» gesprochen werden, sondern höchstens von Vollbeschäftigung auf höherem Niveau, da nur *mehr* Arbeitskräfte *voll*beschäftigt, aber keineswegs *über*beschäftigt sind. Der höchste Grad der Vollbeschäftigung wäre dann erreicht, wenn sämtliche Reserven in den Wirtschaftsprozess eingegliedert sind.

Zieht man jedoch als weiteres Kriterium das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt heran, dann muß die Möglichkeit berücksichtigt werden, daß auch, nachdem bereits der höchste Grad der Vollbeschäftigung erreicht ist, die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge eines weiteren Ansteigens der effektiven Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen weiter steigen kann. Dies führt zu einem Nachfrageüberschuß nach Arbeitskräften und damit zu einem Arbeitermangel. Dieser Mangel an Arbeitskräften offenbart sich von der Nachfrageseite aus gesehen in einem Ansteigen der offenen Stellen, indem diese das friktionell bedingte Ausmaß übersteigen.

¹ Vergleiche hierzu: Vorwort in: Vollbeschäftigung, sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, Statistisches Institut der Universität Oxford, A. Francke Verlag, Bern 1946 S. 15 f. Später zitiert als: Vollbeschäftigungsbuch.

Pigou definiert deshalb den Zustand der Überbeschäftigung, indem er sagt: «Überbeschäftigung liegt dann vor, wenn die Zahl der tatsächlich beschäftigten Personen gleich ist der Zahl der Arbeitswilligen vermindert um die Zahl der friktionell Arbeitslosen, und wenn es über die friktionsbedingt offenen Stellen hinaus freie Arbeitsplätze gibt.»²

Es wären also mehr Arbeitskräfte beschäftigt worden, wenn mehr vorhanden gewesen wären. Da jedoch nicht mehr als die vorhandenen Arbeitskräfte eingestellt werden können, «wird die Nachfrage nach Produktion steigen, ohne daß diese selbst steigen könnte».³ Dieser Nachfrageüberschuß auf den Faktoren- und Gütermärkten führt zu inflationistischen Lohn- und Preissteigerungen und ist «im Grenzfall einer völligen Unelastizität des Angebotes . . . gleichbedeutend mit reiner Inflation».⁴

In der konkreten Wirtschaft ist dieser Übergang von der Vollbeschäftigung zur Überbeschäftigung fließend. Es muß berücksichtigt werden, daß die Arbeit «von Person zu Person qualitativ verschieden ist».⁵ Diese Tatsache gilt natürlich auch für die Arbeit der bei Vollbeschäftigung noch vorhandenen Reserven. Da die Überbeschäftigung zuerst nur in gewissen Erwerbszweigen auftritt, die qualitativ mehr oder weniger gleichartige Arbeit nachfragen werden, kann die qualitative Struktur dieser Nachfrage nach Arbeit nicht mit der qualitativen Struktur der bei Vollbeschäftigung noch vorhandenen Reserve ganz übereinstimmen. Dies hat zur Folge, daß in den von der Nachfragesteigerung betroffenen Erwerbszweigen bereits ein Mangel an notwendigen Arbeitskräften und damit ein Engpaß in der Produktion eintreten wird, während andere Erwerbszweige noch mehr oder weniger vollbeschäftigt, einzelne sogar noch unterbeschäftigt sein können. Dies führt dazu, daß die einzelnen Unternehmer der überbeschäftigten Erwerbszweige durch überhöhte Lohnangebote sich gegenseitig auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzieren werden.

Wir sehen hieraus, daß Überbeschäftigungstendenzen bereits in Erscheinung treten, wenn die gesamte Volkswirtschaft noch ein Bild der Vollbeschäftigung bietet, das heißt, wenn noch eine gewisse Reserve von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt sich vorfindet. Jede weitere Ausschöpfung der Arbeitsreserven, nach erreichter Vollbeschäftigung, führt natürlich dazu, daß die Angebotselastizität des Produktionsfaktors Arbeit immer schneller zu erstarren tendiert. Damit wird schließlich die Flexibilität der gesamten Wirtschaft gefährdet.

² A. C. Pigou: Keynes' General Theory, Macmillan & Co. Ltd., London 1950, S. 5 f. «When the number of persons actually employed is equal to the number of would-be employees minus frictional unemployment, and there are unfilled vacancies (over and above frictional unfilled vacancies), I say that there is over-full employment.»

³ Vollbeschäftigungsbuch S. 51.

⁴ ebenda S. 51.

⁵ Heinrich von Stackelberg: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, A. Francke Verlag, Bern 1948, S. 278.

Dieser Vorgang kann allerdings verzögert werden, da das Gesamtangebot an Arbeit keine konstante Grösse ist. So kann das Arbeitsangebot durch früher freiwillige Arbeitslose, wie Frauen, Rentner und Jugendliche, die unter gewissen ökonomischen, politischen und psychologischen Bedingungen plötzlich bereit sind ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, vergrössert werden. Ferner können in vermehrtem Maße ausländische Arbeiter zugelassen werden. Wir werden im einzelnen auf die Bedeutung dieser potentiellen Reserven zu sprechen kommen.

Betrachten wir die einzelnen Reserven getrennt voneinander, dann darf allgemein gesagt werden, daß die Überbeschäftigung dann einsetzen dürfte: *Wenn* die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen unter das Maß der konstanten, mit der Vollbeschäftigung vereinbaren Arbeitslosigkeit sinkt. *Wenn* die potentiellen Reserven an früher freiwilligen Arbeitslosen und an ausländischen Arbeitskräften ausgeschöpft sind, oder wenn ihre qualitative Struktur nicht mehr mit derjenigen der Nachfrage übereinstimmt.

Dabei sind wir uns allerdings bewußt, daß die letzten beiden Reserven kaum zum voraus meßbare Größen darstellen. Das Ausmaß des Angebotes der früher freiwillig arbeitslosen Arbeitskräfte dürfte in erster Linie von den eingetretenen Veränderungen des Haushaltseinkommens abhängig sein. Die Grösse des Angebots an ausländischen Saisonarbeitern wird entscheidend bestimmt durch die Beschäftigungslage in unsern Nachbarländern und durch politische Entscheidungen.

Die selben Überlegungen gelten natürlich auch für die materiellen Produktivkräfte. Auch sie können unter-, voll- oder überbeschäftigt sein. Bei ihnen kann die Grenzlinie zwischen Voll- und Überbeschäftigung ebenfalls dort gezogen werden, wo die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr ausreichen, um geringe Nachfragesteigerungen zu befriedigen. Wir werden unsere Betrachtungen jedoch speziell auf die Überbeschäftigung des Produktionsfaktors Arbeit konzentrieren, da nicht genügend Unterlagen zur Verfügung stehen, die uns eine Übersicht über den Stand und die Veränderungen des technischen Produktionsapparates zu geben vermöchten. Es soll hierzu höchstens noch bemerkt werden, daß dem Stand der technischen Ausrüstung einer Volkswirtschaft, bei einer Tendenz zur Überbeschäftigung, nicht dieselbe Bedeutung zukommt wie etwa dem Angebot von Arbeitskräften, da der Stand des technischen Kapitals, solange das Angebot von Arbeit und Rohstoffen elastisch ist, beliebig vermehrt werden kann. Dies ist jedoch beim Produktionsfaktor Arbeit, zumindest in einer freien Gesellschaftsordnung, nur in sehr begrenztem Umfang, wie wir bereits oben dargelegt hatten, möglich.

Nachdem wir in unseren bisherigen Überlegungen die Begriffe Voll- und Überbeschäftigung erläutert und gegeneinander abgegrenzt haben, wollen wir nun die Vorgänge auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt beim Übergang von der Vollbeschäftigung zur Überbeschäftigung in den Nachkriegsjahren anhand statistischer Unterlagen und Schätzungen aufzuzeigen versuchen.

2. Die wichtigsten Arbeitsreserven auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt und deren Ausschöpfung beim Übergang von der Vollbeschäftigung zur Überbeschäftigung

A. Die konstante Arbeitslosigkeit

Beim Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs, das heißt bei steigender Gesamtbeschäftigung, wird im allgemeinen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen wird solange sinken, bis der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht ist. Immer aber werden wir ein gewisses Ausmaß von Arbeitslosen haben. Die schweizerische Arbeitslosenstatistik zeigt uns, daß selbst in Zeiten, in denen die Nachfrage nach Arbeit das Angebot bei weitem übertrifft, immer noch eine gewisse Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist.

In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem hat dies seinen Grund einmal in der qualitativen Verschiedenheit der angebotenen Arbeit, die sich praktisch nie ganz mit der Nachfrage deckt, indem die berufliche Struktur des Arbeitsangebots und der Nachfrage auseinanderklaffen. Weitere Gründe sind in der räumlichen Differenziertheit des Arbeitsangebotes und der Nachfrage nach Arbeit zu suchen, wobei die Mobilität der Arbeit eine unvollkommene ist. Ferner werden Nachfrageverschiebungen zumindest kurzfristige Arbeitslosigkeit verursachen. Zu dieser kurzfristigen Arbeitslosigkeit ist ebenfalls die saisonbedingte Arbeitslosigkeit im Bau- und Hotelgewerbe zu rechnen. Schließlich ist noch auf die mangelnde Marktübersicht hinzuweisen, die auch durch eine gut organisierte Arbeitsvermittlung nie ganz behoben werden kann. Aus all diesen Gründen wird es immer eine gewisse Zahl von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt geben.

Mag dies vom sozialpolitischen Standpunkte aus immer noch als ein Übel betrachtet werden, so muß demgegenüber doch festgestellt werden, daß «eine gewisse Reserve an Arbeitskräften . . . — ebenso wie eine Reserve an Produktionskapazitäten — notwendig» ist, «um der Wirtschaft die rasche Anpassung an spezifische Nachfrageschwankungen zu ermöglichen».⁶ Diese oben erwähnte kurzfristige Friktions- und Saisonarbeitslosigkeit darf — wie wir später noch sehen werden — als minimale Reserve bei einer vollbeschäftigten Wirtschaft betrachtet werden. Übersteigt jedoch die Nachfrage das Arbeitsangebot, so wird die notwendige Arbeitsreserve auf dem Arbeitsmarkt ausgepresst. Der Arbeitsmarkt verliert dadurch seine notwendige Elastizität. Die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen sinkt dann unter das Maß der konstanten, normalen Arbeitslosigkeit. Von diesem Punkt an dürfte der Wirtschaftsprozess die Tendenz haben,

⁶ Charles La Roche: «Die Schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit», A. Francke Verlag, Bern 1947, S. 21.

den Zustand der Vollbeschäftigung in einen solchen der Überbeschäftigung zu verwandeln. Wie wir bereits ausgeführt haben, ist der Übergang von der Vollbeschäftigung zur Überbeschäftigung fließend, da sich die Tendenz zur Überbeschäftigung zuerst in jenen Erwerbszweigen geltend machen wird, die am stärksten von der Nachfragesteigerung betroffen wurden. Da ferner gewisse Industriezweige, wie zum Beispiel die Uhrenindustrie in der Schweiz, regional gebunden sind, ist es möglich, daß Überbeschäftigung vorerst nur in den betreffenden Distrikten oder Kantonen auftreten wird.

Nachdem wir oben festgestellt haben, daß die kurzfristige Friktionsarbeitslosigkeit, die wir von nun an als konstante Arbeitslosigkeit bezeichnen wollen, mit dem Zustand der Vollbeschäftigung vereinbar ist, werden wir uns nun mit einigen Schätzungen über die GröÙe dieser konstanten Arbeitslosigkeit in der Schweiz auseinandersetzen. Solche Schätzungen liegen für die verschiedenen Volkswirtschaften vor. So wird das Minimum der «unfreiwilligen», statistisch erfaßten Arbeitslosigkeit, bei herrschender Vollbeschäftigung, im Vollbeschäftigungsbuch⁷ mit 2—5 Prozent der Beschäftigten angegeben. In einer zusammenfassenden Darstellung der verschiedenen Definitionen der Vollbeschäftigung in den angelsächsischen Nachkriegsplänen führt La Roche⁸ aus, daß die Definitionen schwanken, «je nachdem man das Ideal der dauernden Beschäftigung jeder arbeitswilligen und arbeitsfähigen Person oder das praktisch erreichbare Ausmaß im Auge⁸ habe. Die Zahl des bei Vollbeschäftigung noch vorhandenen Minimums von Arbeitslosen in Prozenten der normalerweise arbeitenden Bevölkerung schwankt dort zwischen 2 und 7 Prozent.⁹ Marbach¹⁰ weist jedoch in seinem Buch «Vollbeschäftigung» darauf hin, daß wir in der Schweiz in bezug auf den Beschäftigungsgrad immer besser dastanden als die angelsächsischen Länder, und daß deshalb ein Vergleich, dem nur die verschiedenen Bevölkerungsgrößen zugrunde gelegt wären, unangebracht sei. Zwei Prozent der nach einer Schätzung des Delegierten für Arbeitsbeschaffung in der Schweiz im Jahre 1945 beschäftigten 2 252 000 Personen¹¹ würden rund 45 000 Arbeitslose ergeben. Bei diesem Ausmaß der Arbeitslosigkeit würde man in der Schweiz bereits von Unterbeschäftigung sprechen. Für La Roche¹² gilt deshalb eine statistische Arbeitslosigkeit von 1,5 bis 2 Prozent im langfristigen Durchschnitt als Kriterium einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik für die Schweiz. Nach Marbach ist Vollbeschäftigung in der Schweiz erreicht, «wenn in den saisonmäßig begünstigten Monaten nicht wesentlich mehr als ein

⁷ Vollbeschäftigungsbuch: Vorwort S. 16.

⁸ Charles La Roche: «Beschäftigungspolitik in der Demokratie», S. 81, Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung. Polygraphischer Verlag, Zürich 1947.

⁹ ebenda S. 81 ff.

¹⁰ Fritz Marbach: Vollbeschäftigung, der andere Weg. S. 17, Verlag A. Francke, Bern 1943.

¹¹ Vergleiche Tabelle S. 16. Geschätzte Zahl der Beschäftigten.

¹² Ch. La Roche: Die schweiz. Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit. S. 23.

Prozent der ordentlicherweise Erwerbstätigen beschäftigungslos sind».¹³ Laut Volkszählung 1941 würde ein Prozent der unselbständig Erwerbstätigen¹⁴ rund 15 000 Arbeitslose ergeben. In den konjunkturrell günstigen Jahren 1925 bis 1929 schwankte die durchschnittliche, jährliche Zahl der Stellensuchenden zwischen 8 000 und 14 000.¹⁵ Eine Arbeitslosigkeit im Ausmaß von ein Prozent der unselbständig Erwerbenden dürfte demnach als mittlere Kennzahl für Vollbeschäftigung angenommen werden, bei der noch eine genügende Reserve von Arbeitskräften bestehen bleibt, um die notwendige Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an normale Nachfrageverschiebungen zu gewährleisten.

Die Entwicklung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit hat uns jedoch gezeigt, daß die Zahl der statistisch ermittelten Arbeitslosen auf einen unbedeutenden Bruchteil eines Prozentes der Erwerbstätigen zusammenschrumpfen kann. So bewegten sich die Zahlen der Ganzarbeitslosen in den Jahren 1945 bis 1948 wie folgt:

Stichtag Monatsende	Ganzarbeitslose			
	1945 *	1946 **	1947 **	1948 **
Januar	22 692	19 582	14 533	4 858
Februar	9 038	9 234	13 044	6 260
März	4 473	3 115	2 262	1 107
April	3 164	1 600	836	967
Mai	3 039	1 193	631	887
Juni	3 053	1 039	491	1 001
Juli	2 832	678	542	1 061
August	3 322	782	670	1 229
September	3 544	879	860	1 464
Oktober	3 879	1 122	978	2 157
November	6 591	1 759	1 800	3 807
Dezember	12 063	10 155	5 031	10 857

* Die Volkswirtschaft 1947, Seite 223

** ebenda 1949, Seite 27

Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß es sich in den Wintermonaten hauptsächlich um Saisonarbeitslose und in den Sommermonaten um äußerst kurzfristig Arbeitslose handelt, die zum größten Teil freiwillig ihre Stelle wechseln, wobei Austritt und Neueintritt zeitlich nicht genau übereinstimmen.¹⁶ In den saisonmäßig begünstigten Monaten April bis Oktober der oben aufgeführten Jahre sank die Arbeitslosigkeit in *Promille* der Erwerbstätigen, die der Delegierte für Arbeitsbeschaffung

¹³ F. Marbach: a. a. O. S. 18.

¹⁴ Vergleiche: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 48. Herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Bern. Später zitiert als Statistisches Jahrbuch.

¹⁵ Statistisches Jahrbuch 1938, S. 306.

¹⁶ Vergleiche hierzu: Die Volkswirtschaft 1946, S. 22.

für die Jahre 1945 auf rund 2,1 Millionen, 1946 auf 2,2 Millionen und 1947 auf 2,3 Millionen¹⁷ schätzte, auf ein Minimum im Juni 1947 von 0,21 Promille.

Die niedrigen Arbeitslosenzahlen im Jahre 1945 lassen sich teilweise durch die kriegswirtschaftlich bedingten staatlichen Eingriffe in den Arbeitsmarkt erklären. So wurden, wie dies aus der folgenden Übersicht hervorgeht, bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und durch den Arbeitseinsatz bei Bauten von nationalem Interesse 1945 im Jahresdurchschnitt 14 146 Personen beschäftigt.

Art der Arbeit	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt (1945)
Bei Notstandsarbeiten Beschäftigte ¹⁸	1 132
Freiwillig Dienst leistende Wehrmänner ¹⁸	2 187
Arbeits- und Bewachungskompagnien ¹⁸	3 245
Arbeitseinsatz bei Bauten von nationalem Interesse ¹⁹	7 582
Total Personen	14 146

Dabei dürfte es sich zum größten Teil um Arbeitskräfte gehandelt haben, die sonst arbeitslos gewesen wären und so die konstante Arbeitslosenreserve im Jahre 1945 etwa auf das mit der Vollbeschäftigung vereinbare Niveau gehoben hätten.

In den Jahren 1946 und 1947, in denen die Arbeitslosenziffern den tiefsten Stand erreichten, sank die Arbeitslosigkeit in den saisonbegünstigten Monaten in Promille der Erwerbstätigen wie folgt:

Arbeitslosigkeit in Promille der Erwerbstätigen:²⁰

Jahre:	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
1946	0,73	0,54	0,47	0,31	0,36	0,40	0,51
1947	0,35	0,27	0,21	0,23	0,28	0,36	0,42

Aus diesen Zahlen geht jedenfalls eindeutig hervor, daß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den oben aufgeführten Monaten die Reservegrenze von ein Prozent ganz gewaltig unterschritten hat. Diese Tatsache weist aber mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die Elastizität des Arbeitsangebotes, insoweit sie durch die Reserve von unfreiwillig Arbeitslosen bestimmt wird, starr sein dürfte.

Dies bedeutet aber noch nicht, daß damit das Gesamtangebot von Arbeit völlig unelastisch sein muß. Wir haben bereits festgestellt, daß das Gesamtangebot keine konstante Größe ist. Das konstante Angebot kann

¹⁷ Vergleiche Tabelle S. 16. Geschätzte Zahl der Beschäftigten.

¹⁸ Die Volkswirtschaft 1946, S. 43.

¹⁹ ebenda S. 51.

²⁰ Promillsätze vom Verfasser berechnet.

bereits erschöpft sein, während die potentiellen Reserven, die aus freiwillig Arbeitslosen und ausländischen Saisonarbeitern bestehen, zu effektiven Reserven werden, indem diese Arbeitskräfte aus verschiedenen Gründen, die wir später behandeln werden, ihre Arbeit anbieten und so das erlahmte Arbeitsangebot zu verstärken vermögen. Auf diese Weise kann der rasch zunehmenden Erstarrungstendenz des Arbeitsangebots auf kurze Zeit Einhalt geboten werden. Bevorstehende Engpässe in der Produktion werden dadurch — solange das Arbeitsangebot sich vergrößert — teilweise vermieden werden. Die Nachfragesteigerung nach Investitions- und Konsumgütern kann, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem gewissen Teil durch die steigende Produktion befriedigt werden. Damit wird die Gefahr eines inflationistisch wirkenden Lohn- und Preisanstieges von der Angebotsseite her abgeschwächt.

Über das Ausmaß der Eingliederung von früher freiwillig Arbeitslosen soll uns der nächste Abschnitt orientieren.

B. Die Reserven an «freiwillig» Arbeitslosen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das gesamte Arbeitsangebot auch auf kurze Sicht nicht konstant ist. «Durch die Veränderung des Fraueneinsatzes, des Eintrittsalters in die einzelnen Berufe und der Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Berufsleben kann die Arbeitskapazität der Volkswirtschaft auch kurzfristig sehr erheblich beeinflußt werden.»²¹

Ferner ist es möglich, daß Personen, die bereits aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden waren oder Leute, die nicht voll leistungsfähig sind und deshalb bis jetzt nicht beschäftigt wurden, ihre Arbeitskraft anbieten.

Die Möglichkeit, daß das gesamte Arbeitsangebot durch solche zusätzliche Arbeitskräfte vergrößert werden kann, läßt den Schluß zu, daß nebst dem relativ konstanten Angebot der normalerweise Berufstätigen eine potentielle Reserve an freiwillig Arbeitslosen vorhanden ist. Die Größe dieser Reserve an freiwillig Arbeitslosen ist natürlich davon abhängig, ob mehr oder weniger Personen dieser Reservekategorie bereits in den Arbeitsprozeß eingetreten sind. Der Grad der Eingliederung dieser zusätzlichen Arbeitsreserve ist nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von psychologischen und traditionsgebundenen Faktoren abhängig.

Einer der wichtigsten ökonomischen Bestimmungsgründe für die Eingliederung freiwillig Arbeitsloser dürfte durch Veränderungen der Reallohnhöhe gegeben sein. Es ist möglich, daß nach erreichter Vollbeschäftigung, infolge des weiteren Ansteigens der effektiven Nachfrage nach Gütern, die Nachfrage nach Arbeit weiter ansteigt. Solange jedoch der Reallohn stabil bleibt, ist es unwahrscheinlich, daß sich freiwillig ein zusätzliches Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt einstellen

²¹ Heinrich von Stackelberg: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, S. 283, A. Francke Verlag, Bern 1948.

wird. Steigt jedoch die Nachfrage nach Arbeitern über das vorhandene Angebot hinaus, dann führt dies zu einem Arbeitermangel und zu einer Steigerung der Lohnsätze. Werden die Lohnerhöhungen auf die Preise überwältigt, führt dies zu inflationistischen Tendenzen, bevor zusätzliche Arbeitskräfte ihre Arbeit anbieten werden. So ist es möglich, daß ein Überbeschäftigungszustand bei fast ungenützter Reserve an freiwillig Arbeitslosen bestehen kann. Stellen nun Arbeitslose dieser Kategorie, angespornt durch die gestiegenen Löhne, ihre Arbeitskraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, dann werden je nach der Elastizität der Nachfrage und des zusätzlichen Arbeitsangebots die Lohnsätze mehr oder weniger in ihrem Ansteigen gehemmt. Die Eingliederung von zusätzlichen Arbeitskräften kann so zwar den kumulativen, inflationistischen Prozeß verlangsamten, aber kaum verhindern.

Es muß aber noch eine weitere, in unserem Zusammenhang wichtigere Entwicklungsmöglichkeit betrachtet werden. Es ist möglich, daß ein Sinken des verteilten Reallohneinkommens zu einer anomalen Reaktion des Arbeitsangebots führen kann. Da «die Versorgung des einzelnen vom Haushalt getragen wird»,²² kann ein Sinken des realen Haushalteinkommens dazu führen, «daß neben dem Manne auch die Frau auf Erwerb ausgeht, um das gemeinsame Einkommen zu erhöhen».²³ In diesem Falle würde eine genügend hohe Reallohninbuße genügen, um zusätzliche Arbeitskräfte zu zwingen, ihre Arbeit anzubieten.

Dieser Feststellung kommt in Kriegs- und Nachkriegszeiten eine besondere Bedeutung zu. So war zum Beispiel in der Schweiz während des Krieges das verfügbare persönliche Realeinkommen pro Einwohner zurückgegangen, wie dies aus folgender Tabelle hervorgeht.

Jahre	Verfügbares persönliches Realeinkommen pro Einwohner ²⁴
1939	100
1941	89
1943	92
1945	96

Diese Tatsache dürfte mit dazu beigetragen haben, daß in der Schweiz die potentielle Reserve an Arbeitskräften stark ausgeschöpft wurde, indem Frauen, Jugendliche, Rentner und Greise ihre Arbeit anboten und auch tatsächlich, wie dies aus der nächsten Tabelle hervorgeht, beschäftigt wurden. Um ein Bild über das Ausmaß der Eingliederung dieser potentiellen Reserve in den Wirtschaftsprozeß geben zu können, müssen wir Schätzungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung über die Zahl der in der Schweiz Beschäftigten heranziehen.

²² Heinrich von Stackelberg: a. a. O. S. 283.

²³ ebenda S. 283.

²⁴ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 425.

Die Tatsache, daß vor dem 2. Weltkrieg die Zahl der Berufstätigen rund 70 Prozent der im Alter von 15 bis 64 Jahren stehenden Personen betrug, machte es in der Zwischenkriegszeit möglich, mit Hilfe der jährlich fortgeschriebenen Wohnbevölkerung die Zahl der Berufstätigen ungefähr zu ermitteln. Addierte man zu dieser Zahl den Bestand an ausländischen Saisonarbeitern, so erhielt man das ungefähre Total der Berufstätigen überhaupt. Verwenden wir für die Kriegs- und Nachkriegszeit denselben Prozentsatz zur Ermittlung der Berufstätigen zuzüglich der ausländischen Saisonarbeitskräfte, so werden wir beim Vergleich mit den vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung geschätzten Zahlen der Beschäftigten feststellen, daß diese — wie dies aus der folgenden Tabelle, Linie 6, hervorgeht — bedeutend höher sind als die der Berufstätigen, Linie 5.

In der folgenden Tabelle geben wir die Zahlen für die uns interessierenden Jahre wieder.

Berufstätige, Beschäftigte, Nicht- resp. Mehrbeschäftigte

	1938	1945	1946	1947
1. Gesamte Bevölkerung	4 191 800	4 403 000	4 466 000	4 547 000
2. Altersklasse von 15 bis 64 Jahren	2 902 000	3 013 200	3 062 400	3 115 700
3. Davon Berufstätige 70%	2 021 800	2 103 700	2 144 100	2 204 100
4. Ausländische Saisonarbeiter	17 250	6 700	44 500	149 600
5. Berufstätige Total, Linie 3 und 4	2 039 050	2 110 400	2 188 600	2 353 700
6. Beschäftigte * (geschätzt vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung)	1 983 641	2 252 000	2 347 000	2 430 000
7. Nichtbeschäftigte	55 409	—	—	—
8. Mehrbeschäftigte		141 600	158 400	76 300

* Angaben vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Mitteilung auf Anfrage des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs Basel.

Die Differenz der aus der Bevölkerungszahl ermittelten Berufstätigen (Linie 3), zuzüglich die ausländischen Saisonarbeiter (Linie 4) einerseits und der geschätzten Anzahl der Beschäftigten andererseits, ergibt die Zahl der Nichtbeschäftigten resp. der Mehrbeschäftigten (Linie 8).

Vergleichen wir die Zahl der Nichtbeschäftigten resp. der Mehrbeschäftigten der Jahre 1938 und 1945 miteinander, dann können wir auf Grund der Zahlen feststellen, daß vor dem zweiten Weltkrieg nicht nur eine Reserve an unfreiwilligen Arbeitslosen, sondern auch eine bedeutende potentielle Reserve an freiwillig Arbeitslosen vorhanden war. Die Kriegswirtschaft und die Notwendigkeit zur Selbstversorgung, die bedeutende Umschichtungen im Produktionssektor zur Folge hatte, der dauernde Entzug von Arbeitskräften durch die Armee beanspruchten den schweizerischen Arbeitsmarkt schon während des Krieges derart, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften, wäre nicht eine potentielle Reserve vorhanden gewesen, das Angebot weit übertroffen hätte. Diese für den Arbeitnehmer

relativ günstige Marktsituation ermöglichte es jener potentiellen Reserve an Arbeitskräften, die, angespornt durch das ständig sinkende Realeinkommen, Arbeit suchte, auch Arbeit zu finden. Rund 140 000 Personen, die vor dem Kriege nicht aktiv im Erwerbsleben gestanden waren, sind so in den Wirtschaftsprozess eingetreten. Damit ist die schweizerische Wirtschaft ohne eine Reserve an unfreiwilligen Arbeitslosen — wie wir dies im letzten Abschnitt festgestellt haben — und mit stark ausgeschöpften Reserven an freiwillig Arbeitslosen in den Umstellungsprozeß der Nachkriegszeit eingetreten. Einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften, hervorgerufen durch ein starkes Ansteigen der effektiven Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern, dürfte somit in der Nachkriegszeit ein äußerst unelastisches, inländisches Arbeitsangebot gegenüberstehen.

Aus den Schätzungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung zu schliessen, dürften im Jahre 1946 noch rund 18 000 zusätzliche Arbeitskräfte aus dieser potentiellen Reserve das Angebot von Arbeit erweitert haben, während bereits im Jahre 1947 ein erheblicher Rückgang eingetreten ist.

Die Motive, die freiwillig Arbeitslose dazu bewegten in den Arbeitsprozeß einzutreten, dürften im Jahre 1946 andere gewesen sein als diejenigen während des Krieges. Vom Jahre 1945 an war nämlich ein Ansteigen der Reallohnsätze eingetreten, wie dies aus folgender Tabelle hervorgeht.

*Gewogener Totalindex der realen Stundenverdienste verunfallter Arbeiter*²⁵

Jahre	139 = 100
1945	100,2
1946	112,4
1947	117,4
1948	120,8

Mit der Tatsache des Steigens der Reallöhne über den Stand von 1939 dürfte der Umstand, der während des Krieges die anomale Reaktion des Arbeitsangebotes auszulösen vermochte, für einen großen Teil der zusätzlich beschäftigten Personen dahingefallen sein. Eine Sonderstellung kommt hier etwa den Rentnern zu. Für sie bleibt die Minderung ihres Realeinkommens weiterbestehen, da ihr Einkommen nominell festgelegt ist. Im übrigen dürfte der reale Anstieg der Löhne doch eher von der Tendenz begleitet sein, die zu einer Rückgliederung des zusätzlichen Arbeitsangebots führen dürfte. Vielleicht kann der Rückgang der Mehrbeschäftigten im Jahre 1947 auf diese Weise erklärt werden.

Die Zunahme der Mehrbeschäftigten im Jahre 1946 um 18 000 dürfte zum Teil auf eine «normale» Reaktion der Arbeit, auf die steigenden Löhne, zurückzuführen sein. Die hohen Löhne dürften Jugendliche, die bei weniger günstigen Verdienstverhältnissen den Weg einer verlängerten Schul-

²⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 343.

bildung beschritten hätten, angespornt haben, in den Wirtschaftsprozeß einzutreten. Infolge der lockenden Verdienstverhältnisse dürften jung verheiratete Frauen nach ihrer Verhehlung in größerer Zahl in der vorher ausgeübten Erwerbstätigkeit verbleiben oder rasch wieder dahin zurückkehren, um so die finanzielle Basis des jungen Haushaltes zu verbreitern.

Allgemein darf jedoch festgestellt werden, daß von seiten der potentiellen Reserve — nachdem diese bereits während des Krieges stark ausgepreßt worden war — im Jahre 1946 nur noch ein letzter, relativ bescheidener Zuschuß von Arbeitskräften erfolgt war. Damit aber waren bereits ein Jahr nach Beendigung des Krieges sämtliche inländischen Arbeitsreserven erschöpft. Da durch den vorhandenen Nachholbedarf die Nachfrage nach Konsumgütern und noch stärker diejenige nach Investitionsgütern gesteigert wurde, mußte der Strom der Produktion verbreitert werden. Hierzu wären weitere zusätzliche Arbeitskräfte notwendig. Da die inländischen Reserven ausgeschöpft waren, mußte dies sehr rasch zu den beschriebenen Engpässen in der Produktion und zu inflationistischen Wirkungen führen.

Um jedoch dem bereits bestehenden Arbeitsmangel zu begegnen, versuchte man mit einem Griff ins Arbeiterreservoir unserer Nachbarstaaten das Ungleichgewicht auf unserem Arbeitsmarkt so gut als möglich wieder zu beheben.

C. Der Arbeitermangel

Obwohl in den Jahren 1945/46 mehr als 140 000 inländische, zusätzliche Arbeitskräfte und in den Jahren 1947/48 130 000 bis 150 000 ausländische Saisonarbeiter — wie wir noch sehen werden — in den Arbeitsprozeß eingereiht waren, weist die schweizerische Arbeitsmarktstatistik immer noch auf ein erhebliches Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt hin. Dies dürfte aus der folgenden Tabelle hervorgehen.

Stellensuchende, Arbeitslose und gemeldete offene Stellen im Monatsmittel

Jahre	Stellensuchende ²⁶	davon gänzlich Arbeitslose ²⁷	offene Stellen ²⁸
1938	65 583	52 590	1 989
1945	8 107	6 474	5 224
1946	5 479	4 262	8 073
1947	4 093	3 473	6 478
1948	3 524	2 971	4 786

²⁶ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 334.

²⁷ ebenda S. 336.

²⁸ Die Volkswirtschaft 1947, S. 223 und 1949, S. 74. (Monatsmittel vom Verfasser berechnet.)

Vergleichen wir die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit mit derjenigen im Jahre 1938, dann können wir feststellen, daß noch im Jahre 1938 den 52 590 gänzlich Arbeitslosen nur 1 989 offene Stellen gegenüberstanden, während in den Jahren 1946 bis 1948 der Zahl der gänzlich Arbeitslosen *mehr* offene Stellen gegenüberstehen, was jedenfalls eindeutig auf einen Arbeitermangel hindeutet. Bei den statistisch gemeldeten offenen Stellen ist jedoch zu berücksichtigen, daß sie nur angeben, wieviel Arbeitskräfte bei den Arbeitsämtern tatsächlich nachgefragt wurden. Vielfach wurden aber die offenen Stellen den Arbeitsämtern gar nicht mehr gemeldet, da die Arbeitgeber mit einer Überweisung der gesuchten Arbeitskräfte doch nicht rechnen konnten. Die Tatsache, daß die Arbeitgeber bei ausgeschöpften Reserven auf dem Arbeitsmarkt darauf verzichten, sämtliche offene Stellen den Arbeitsämtern zu melden, zeigt uns deutlich, daß die vorhandene Arbeitsmarktsstatistik bei herrschender Überbeschäftigung nicht mehr im Stande ist, ein zuverlässiges Bild von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln, da das Ausmaß des effektiven Mangels an Arbeitskräften von ihr nicht mehr erfaßt wird.

Daß dieser Arbeitermangel weit höher liegt, als dies aus obiger Tabelle hervorgeht, zeigen uns folgende Zahlen, die Icklé²⁹ auf Grund eigener und fremder Schätzungen ermittelte.

Mangel an Arbeitskräften in den einzelnen Erwerbszweigen in der ersten Hälfte des Jahres 1946:

Baugewerbe	18— 30 000 Arbeitskräfte
Industrie	20— 25 000 Arbeitskräfte
Landwirtschaft	15— 40 000 Arbeitskräfte
Gastgewerbe	5— 20 000 Arbeitskräfte
Hausdienst	30— 40 000 Arbeitskräfte
Total	98—155 000 Arbeitskräfte

Die Tatsache, daß bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1946 ein derart krasser Mangel an Arbeitskräften bestand, zeigt uns, daß, nachdem die Angebotselastizität des Produktionsfaktors Arbeit fast völlig starr war, von der Nachfrageseite her bei dem damals bestehenden Lohnniveau insgesamt mehr Arbeit nachgefragt wurde als überhaupt vorhanden war. Die Wirkungen, die bei einer derartigen Situation die Löhne und Preise in Bewegung setzen, werden wir in einem besonderen Abschnitt betrachten. In diesem Zusammenhang wollen wir nur die wesentlichen Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt bei bestehendem Arbeitermangel näher untersuchen.

Wenn die Arbeit knapp ist, während die Nachfrage nach Arbeit unelastisch ist, «kann irgend ein Arbeitgeber seinen Arbeiterbestand nur auf

²⁹ Arbeitsbeschaffung 1945, Heft 4, S. 2.

Kosten des Bestandes eines anderen Arbeitgebers erweitern».³⁰ Die Arbeitgeber werden daher versuchen, «Arbeit zu sich zu locken»,³¹ indem sie höhere Geldlöhne bieten. Auf diese Weise konkurrenzieren sich die Arbeitgeber gegenseitig auf dem Arbeitsmarkte. Bis jetzt hatten wir festgestellt, daß bei Überbeschäftigung, das heißt bei Arbeitermangel, das Arbeitsangebot, gesamtwirtschaftlich betrachtet, verhältnismäßig starr ist. Es zeigt sich nun, daß diese Tatsache nicht für den einzelnen Unternehmer zutrifft, sofern dieser bereit ist, das Lohnniveau anderer Unternehmungen, die qualitativ gleichartige Arbeit beschäftigen, zu überbieten. Diese Tatsache muß *ganz besonders* hervorgehoben werden, da — wie wir in einem späteren Abschnitt noch sehen werden — von dieser zwischenbetrieblichen Konkurrenz eine allgemeine Tendenz der Lohnsteigerung ausgeht, die zu Preissteigerungen und damit zu inflationistischen Wirkungen führen kann. Das Angebot von «Locklöhnen» hat natürlich zur Folge, daß der Stellenwechsel von einem Erwerbszweig oder Betrieb zu einem anderen beachtlich ansteigen kann.

Charakteristisch für diese Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt sind einige Bemerkungen, die Icklé den vierteljährlichen Meldungen der Wirtschaft an das BIGA entnahm. Laut diesen «beklagt sich die Textilindustrie darüber, daß die während des Krieges abgewanderten Arbeitskräfte nicht mehr zurückkehren wollen, und daß unter dem Mangel an Personal ihre Produktivität leide, während ein Unternehmer der Zündholzindustrie erklärt, daß durch die Hochkonjunktur in der Textilindustrie ein förmliches Wettrennen in der Wegnahme qualifizierter Arbeitskräfte durch Bezahlung höherer Löhne eingesetzt habe. Ein Unternehmer des graphischen Gewerbes konstatiert, daß die Uhren- und Metallindustrie mit ihren Prosperitätslöhnen (vakuumartig) die Leute aus den übrigen, weniger gut honorierten Betrieben abziehen und den jungen, aus der Schule entlassenen Mädchen und Buben Anfangslöhne von Franken 1.50 bis 1.80 bezahlen. Fluchartig laste diese Erscheinung auf vielen Betrieben. Die Städte fressen das Land und die Bevölkerung auf.»³² Diese Wanderung von Arbeitskräften beschränkte sich — wie dies im letzten Satze des wiedergegebenen Zitates angedeutet wird — nicht nur auf die Industrie, sondern spielte sich ebenfalls zwischen der Landwirtschaft und der Industrie ab. In einer Botschaft des Bundesrates im Jahre 1947 wird darauf hingewiesen, daß «die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der meisten Landarbeiter ungünstiger als die eines ungelernten Fabrikarbeiters»³³ seien. Die Tatsache, daß zwi-

³⁰ Vollbeschäftigungsbuch S. 111, G. D. N. Worswick, «Die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung».

³¹ ebenda S. 111.

³² Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 2.

³³ Bundesblatt, 99. Jahrgang, 1. Band Nr. 16: «Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Ausrichtung finanzieller Beihilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Gebirgsbauern.» Vom 18. April 1947. Bundesblatt S. 1256.

schen den erwähnten Erwerbsgruppen ein gewisses Lohngefälle bestand, mußte bei dem damaligen Arbeitermangel in der Industrie und besonders im Baugewerbe dazu geführt haben, «daß zahlreiche Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Industrie abgezogen sind».³⁴ Leider können solche Wanderungsbewegungen schwerlich statistisch genau erfaßt werden. In der betreffenden Botschaft wird diese Abwanderung zu belegen versucht, indem darauf hingewiesen wird, «daß die Zahl der Fabrikarbeiter vom September 1945 bis zum September 1946 um mehr als 45 000 zugenommen»³⁵ habe. Hieraus wird dann der Schluß gezogen, daß «diese Zunahme . . . zu einem nicht geringen Teil auf Kosten der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte möglich»³⁶ gewesen sei.

Aus diesen Ausführungen geht weiter hervor, daß bei bestehendem Arbeitermangel der Lohn seine Verteilungsfunktion auf dem Arbeitsmarkt in verstärktem Maße ausübt und so dazu beiträgt, daß die vorhandenen Arbeitskräfte entsprechend dem ökonomischen Prinzip auf die einzelnen Produktionszweige verteilt werden.

D. Die Eingliederung von ausländischen Arbeitskräften

In unserem letzten Abschnitt haben wir festgestellt, daß schon zu Beginn des Jahres 1946 nicht nur sämtliche inländischen Arbeitsreserven ausgeschöpft waren, sondern daß bereits ein empfindlicher Arbeitermangel bestand. Um diesem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, die jedoch auch in ihrer Wirkungsweise verschieden sind.

Gehen wir von der Tatsache aus, daß der Stand der Beschäftigung abhängig ist von der Höhe der effektiven in- und ausländischen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, dann darf hieraus gefolgert werden, daß dieser Arbeitermangel durch eine Nachfragersteigerung verursacht wurde, die imstande war, die Gesamtnachfrage nach Gütern über das zur Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendige Nachfrageniveau hinauszusteigern. Das heißt also, daß der Stand der effektiven Nachfrage höher ist, als dies zur Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendig gewesen wäre, so daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen, um die augenblicklich nachgefragten Gütermengen zu produzieren.

Eine erzwungene Beschränkung dieser Nachfrage dürfte demnach die Ursache der Überbeschäftigung direkt, wenn auch nicht vollständig, so doch bis zu einem gewissen Grade beseitigen. Die Nachfrage würde damit

³⁴ Bundesblatt, 99. Jahrgang, 1. Band Nr. 16: «Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Ausrichtung finanzieller Beihilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Gebirgsbauern.» Vom 18. April 1947, Bundesblatt S. 1256.

³⁵ ebenda S. 1256.

³⁶ ebenda S. 1256.

dem vorhandenen Angebot auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt angepaßt. Dies erforderte natürlich entsprechende Kontrollen von Seiten des Staates. Eine derartige Kontrolle, die der Delegierte für Arbeitsbeschaffung im Mai 1946 zur Lenkung der Bautätigkeit angesichts der Gefahren, die von der Überbeschäftigung ausgehen können, vorgeschlagen hatte, «ist von der Wirtschaft einmütig abgelehnt worden».³⁷

Weitere Möglichkeiten, die zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen könnten, sind durch eine Erweiterung des Angebots von nachgefragten Gütern oder Arbeitskräften aus dem Auslande und durch die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft gegeben. In diesem Abschnitt werden wir uns besonders mit dem Zuzug von ausländischen Arbeitskräften auseinandersetzen. Auf die Steigerung der Importtätigkeit werden wir in anderem Zusammenhang eingehender zu sprechen kommen.

Nachdem die internationale Freizügigkeit durch Krieg und Krise unterbunden wurde und damit der Vergangenheit angehört, ist dem Staat durch die Erteilung der Einreise- und Aufenthaltsbewilligung ein Mittel in die Hand gegeben worden, das ihm ermöglicht, den Zustrom von Saisonarbeitern unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt bis zu einem gewissen Grad zu regulieren. So wurden ausländische Arbeitskräfte während der Zwischenkriegszeit je nach der Beschäftigungslage in größerem oder geringerem Ausmaß in der Schweiz zur Arbeit zugelassen. In Zeiten der Hochkonjunktur können ausländische Saisonarbeiter dazu beitragen, die vorhandenen Produktionskapazitäten optimal auszunützen und damit an der Steigerung des Sozialproduktes mitzuhelfen, während sie bei einem Rückgang der Konjunktur — bis heute wenigstens — ohne große Schwierigkeiten aus dem Wirtschaftsprozeß ausgegliedert und in ihre Heimat «zurückgeschoben» werden konnten. Damit fallen sie bei verschlechterter Arbeitsmarktlage nicht den inländischen Sozialeinrichtungen zur Last. Vielmehr vergrößern sie in Krisenzeiten das Heer der Arbeitslosen ihrer Heimatländer. Da sie bei abnehmender Beschäftigung von unserer Arbeitslosenstatistik nicht erfaßt werden, ist diese, solange ausländische Arbeitskräfte entlassen werden können, nicht im Stande, ein genaues Bild über den Rückgang der Beschäftigung zu vermitteln. Dieser Umstand dürfte ferner mit dazu beitragen, daß in der Schweiz während der Krise die Zahl der Arbeitslosen in Prozenten der Erwerbstätigen relativ niedrig ist.

Nach diesen mehr oder weniger allgemeinen Erörterungen wollen wir nun ein Bild über das Ausmaß der in der Schweiz zur Zeit der Hochkonjunktur und der Krise beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte geben.

In der folgenden Tabelle geben wir die Maxima und Minima der in der Schweiz beschäftigten Saisonarbeiter und Grenzgänger während der konjunkturellen Wechsellagen von 1926 bis 1948 wieder.

³⁷ Max Icklé a. a. O. S. 28.

Erteilte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen an berufstätige Ausländer

Jahre	Total der Bewilligungen ³⁸
1926	50 911
1931	90 253
1936	21 326
1937	25 015
1938	21 274
1944	1 402
1945	6 695
1946	44 509
1947	149 573
1948	129 473

Aus dieser Tabelle sehen wir, daß die Zahl der im Wirtschaftsprozeß stehenden Saisonarbeiter im großen und ganzen mit den konjunkturellen Wendepunkten in unserer Wirtschaft zusammenfallen. So wurden schon während der Hochkonjunktur Ende der zwanziger Jahre bedeutende Kontingente ausländischer Arbeitskräfte in der Schweiz beschäftigt. Auf hundert unselbständigerwerbende inländische Arbeitskräfte entfielen im Jahre 1931, als der Bestand an ausländischen Arbeitern am höchsten war, sechs ³⁹ Saisonarbeiter. Ihr Ausmaß geht jedoch infolge der Krise der dreißiger Jahre bedeutend zurück und verliert im Laufe des Krieges seine Bedeutung überhaupt. Noch im Jahre 1945 dürfte der Beitrag, den die in der Schweiz beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte zur Bereitstellung des schweizerischen Sozialprodukts geleistet hatten verhältnismäßig gering gewesen sein. Bei zunehmender Verknappung des inländischen Arbeitsangebotes im Jahre 1946 wuchs die Zahl verhältnismäßig rasch an, um bereits im Jahre 1947 ein bis heute noch nie erreichtes Maximum von rund 150 000 zu erklimmen. Damit kommt den ausländischen Arbeitskräften im schweizerischen Wirtschaftsprozeß der Nachkriegszeit eine einmalig hohe Bedeutung zu, die heute nur einigermaßen ermessen werden kann, wenn man bedenkt, daß 1947 auf hundert unselbständigerwerbende inländische Arbeitskräfte ⁴⁰ zehn Saisonarbeiter entfielen — also noch vier mehr als im Jahre 1931 — und daß damit ein entsprechender Anteil

³⁸ 1926—1935 Die Volkswirtschaft 1936, S. 168.

1936—1945 Statistisches Jahrbuch 1945, S. 145 (exklusive längere Aufenthalte an Berufslose).

1946 ebenda 1946, S. 142.

1947 ebenda 1947, S. 110.

1948 ebenda 1948, S. 104.

³⁹ 1930 betrug die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen auf Grund der Volkszählung 1 513 976 Personen. Stat. Jahrb. 1947, S. 48.

⁴⁰ Im Jahre 1941 betrug die Zahl der unselbständig Erwerbenden auf Grund der Volkszählung 1 571 577 Personen. Leider ist für das Jahr 1947 die entsprechende Zahl nicht bekannt. Wir sind daher gezwungen, unsere Aussage auf die Zahl aus dem Jahre 1941 zu beziehen. Stat. Jahrb. 1947, S. 48.

des produzierten Realproduktes von diesen Saisonarbeitern bereitgestellt wurde.

In der von uns behandelten Überbeschäftigungsperiode hat damit der Zuzug von Saisonarbeitern entscheidend dazu beigetragen, die bestehende Starrheit des Arbeitsangebotes auf dem schweizerischen Arbeitsmarkte aufzulockern und auftretende Engpässe in der Produktion zu mildern. Die Unternehmer hatten so die Möglichkeit, ihre Produktion weiter auszuweiten und die vorhandenen Produktionskapazitäten noch stärker auszunützen. Zudem dürfte durch diese Auflockerung der Angebotselastizität der Arbeit die scharfe gegenseitige Konkurrenzierung der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt und die hieraus sich ergebende Tendenz des Lohn- und Preisauftriebes gedämpft worden sein.

Anderseits muß darauf hingewiesen werden, daß bei geringer Elastizität des Arbeitsangebotes die Machtposition der Gewerkschaften, ja überhaupt der gesamten Arbeitnehmerschaft sehr stark ist. Da nun die Interessen der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit darauf gerichtet waren, die während des Krieges in Kauf genommene Reallohn einbuße bei der günstigen Konjunkturlage auszugleichen und nach Möglichkeit eine Verbesserung des Reallohnniveaus gegenüber der Vorkriegszeit zu erreichen, mußten sie an der Erhaltung dieser für sie günstigen Verhandlungsposition bei relativ starrer Angebotselastizität der Arbeit interessiert sein. Es ist nun einleuchtend, daß bei Zuziehung von Saisonarbeitern, die bei Arbeitermangel bestehende günstige Vertragsposition der Gewerkschaften zu Gunsten der Arbeitgeber verschoben wird. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß man sich auf Seiten der Arbeitgeber darüber einig war, «daß die Öffnung der Grenzen eine zwingende Notwendigkeit darstelle, während die Arbeitnehmerorganisationen fast ebenso geschlossen ihr Veto dagegen»⁴¹ einlegten.

Ferner muß festgestellt werden, daß durch die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte die Konjunktur nicht gedämpft werden kann, da mit Hilfe dieser zusätzlichen Arbeitskräfte «im Gegenteil die Produktion und die Investition nur noch gesteigert werden».⁴² Die Tendenz geht dahin, das Angebot der überhöhten Nachfrage anzupassen. Damit werden nicht die Ursachen der Überbeschäftigung — wie wir dies bereits einleitend festgestellt haben — sondern höchstens gewisse inflationistische Wirkungen abgeschwächt. Die typischen Gefahren der Überbeschäftigung, daß einzelne Wirtschaftszweige, die ihre derzeitige Beschäftigung doch nicht aufrecht zu erhalten vermögen, in unerwünschter Weise aufgebläht werden, daß ferner in diesen Erwerbszweigen Fehlinvestitionen vorgenommen werden, um den augenblicklichen Nachholbedarf zu befriedigen und schließlich die Gefahr, daß aufschiebbare Arbeiten bei äußerst angespannter Arbeitsmarktlage ausgeführt werden, dürfte durch den Zuzug dieser

⁴¹ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 5.

⁴² Max Icklé a. a. O. S. 28.

zusätzlichen Arbeiter aus dem Auslande eher verstärkt worden sein. Es würde hier zu weit führen, jetzt schon auf alle weiteren konjunkturpolitischen Folgen einer derartigen Entwicklung einzugehen. Zum Teil werden wir in unserem letzten Abschnitt näher auf diese Probleme eintreten. In diesem Zusammenhang soll lediglich festgehalten werden, daß auf Grund unserer bisherigen Überlegungen geschlossen werden darf, daß von dem durch die ausländischen Arbeitskräfte vermehrten Arbeitsangebot eine gewisse stabilisierende Wirkung auf die Lohn- und Preisentwicklung ausgegangen sein dürfte, wobei jedoch andere vom konjunkturpolitischen Standpunkte aus ungünstige Begleiterscheinungen in vermehrtem Maße in Kauf genommen werden mußten.

3. Ursachen der Überbeschäftigung

A. Allgemeines

Nachdem wir im ersten Teil die typischen Merkmale des schweizerischen Arbeitsmarktes bei Überbeschäftigung behandelt haben, werden wir uns jetzt mit einigen Bestimmungsgründen auseinandersetzen, die für diese außergewöhnliche Ausschöpfung sämtlicher Arbeitsreserven verantwortlich gemacht werden können.

Nach der Theorie der mangelnden Nachfrage, die als «allgemeine» Theorie von Lord J. M. Keynes ausgebaut wurde, wird festgestellt, «daß Arbeitslosigkeit deshalb existiert, weil die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht genügt, um alle verfügbaren Quellen einer Verwendung zuzuführen. Wäre die Nachfrage größer, so würden mehr Produktionsfaktoren beschäftigt, und wenn, wie in Kriegszeiten, die Nachfrage im Vergleich zu den vorhandenen Produktivkräften außerordentlich groß ist, so tendieren die Produktionsfaktoren zur Überbeschäftigung».⁴³ Schließen wir uns dieser Ansicht an, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit «einem Mangel an effektiver Nachfrage, dem geringen Maß an Geldausgaben für den Konsum und, oder die Investition»⁴⁴ zuzuschreiben ist, dann kann hieraus gefolgert werden, daß die naheliegendste Ursache der Überbeschäftigung darin besteht, daß die Gesamtnachfrage größer ist, als dies zur Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte notwendig wäre. Wenn wir deshalb etwas über die Bestimmungsgründe der Überbeschäftigung in der Schweiz nach dem zweiten Weltkrieg aussagen wollen, werden wir unsere Aufmerksamkeit besonders der allgemeinen Entwicklung der effektiven Nachfrage zuwenden müssen.

⁴³ F. A. Burchardt: «Gründe der Arbeitslosigkeit», in: Vollbeschäftigungsbuch S. 48.

⁴⁴ Derselbe a. a. O. S. 22.

Die Gesamtnachfrage der geschlossenen Volkswirtschaft setzt sich ihrerseits aus einem privaten und öffentlichen Anteil zusammen, die beide wieder in eine Nachfrage nach Verbrauchs- und Investitionsgüter zerfallen. Dieser gesamten Nachfrage, ausgedrückt in Geld, steht der gesamte Wert des im Inland produzierten Realproduktes zuzüglich der Importe im weitesten Sinne des Wortes gegenüber. Erreicht nun diese effektive Nachfrage das Niveau, bei dem die unfreiwillige Arbeitslosigkeit verschwindet, dann hat sie jene Höhe erzielt, die zur Vollbeschäftigung notwendig ist. Wenn wir annehmen, daß die Nachfrage dieses Niveau zu Beginn des Jahres 1946 ungefähr erreicht hatte, wie war es dann möglich, daß die Stabilität der Vollbeschäftigung gestört wurde?

Vorwegnehmend kann gesagt werden, daß nach Beendigung des Krieges ein gewisser «Nachholbedarf» vorhanden war, der befriedigt werden wollte. Dies führte zu einer Steigerung der bereits bestehenden Nachfrage, was natürlich nur dadurch möglich war, daß zusätzliches Geld in den Einkommenskreislauf einströmte.

Tritt jedoch eine derartige Nachfragesteigerung in einer bereits vollbeschäftigten Wirtschaft auf, wie dies in der Schweiz vom Jahre 1945 an zutraf, dann kann dies bei relativ starrer Angebotselastizität sowohl der inländischen Produktion als auch der Importe zu einem Nachfrageüberschuß führen, da, nachdem einmal Vollbeschäftigung erreicht ist, die Produktion nicht mehr im selben Ausmaß wie bei Unterbeschäftigung sich ausdehnen kann, weil keine oder nur sehr wenig ungenutzte Produktionsfaktoren vorhanden sind, die noch beschäftigt werden können. Steigt die Nachfrage schneller und stärker als die Produktion oder das Gesamtangebot an Gütern, dann bedeutet dies, daß auf den Gütermärkten ein unbefriedigter Nachfragerest verbleibt. In einer freien Wirtschaft tendieren die dem Markt immanenten, selbsttätigen Kräfte dahin, das Gleichgewicht durch Preissteigerungen wieder herzustellen. Wir sehen hieraus, daß bei Überbeschäftigung nicht nur von der Lohnseite her — wie wir dies bereits früher dargelegt hatten — sondern auch von einem Ungleichgewicht auf den Gütermärkten her, inflationistische Tendenzen wirksam werden können. Auf diese inflationistischen Wirkungen werden wir in unserem letzten Teil näher eingehen. In diesem Teil werden wir versuchen, soweit dies die vorhandenen Unterlagen ermöglichen, die Gesamtnachfrage in die private und öffentliche Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern und in die ausländische Nachfrage aufzuteilen und Schwankungen dieser verschiedenen Teilnachfragen festzuhalten, um so einigermaßen Klarheit darüber zu bekommen, von welchen Sektoren der Gesamtnachfrage die wesentlichen Auftriebskräfte, die zur Überbeschäftigung führten, ausgegangen sein dürften.

Diese Methode des Vorgehens wird uns veranlassen, Vergleiche mit Vorkriegsjahren zu ziehen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß auch die Angebots- und Produktionsstruktur unserer Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit durch die Wirkungen des zweiten Welt-

krieges im Verhältnis zu den vom Kriege direkt betroffenen Ländern zwar geringe, für unsere Betrachtungen jedoch beachtliche Veränderungen aufweist. Solche Veränderungen, die infolge der ungenügenden Importe die schweizerische Wirtschaft dazu veranlaßten, die Selbstversorgung auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiet zu fördern, dürften aus Gründen, die wir später aufzeigen werden, dazu geführt haben, daß Güter, die wir früher aus dem Auslande beziehen konnten, im Inlande mit relativ höherem Arbeitsaufwand hergestellt werden mußten. Dieser Umstand dürfte natürlich einen gewissen Rückgang der Produktivität unserer Wirtschaft zur Folge gehabt haben. Dies bedeutet, daß in der Nachkriegszeit für dieselbe Gütermenge, bei unveränderter Produktivität in den übrigen Produktionszweigen, mehr Arbeit geleistet werden muß als vor dem Kriege. Aus diesen Überlegungen darf der Schluß gezogen werden, daß die Höhe der mengenmäßigen Nachfrage nicht allein maßgebend für den Grad der Beschäftigung sein kann, da unter der Annahme, daß die effektive, mengenmäßige Nachfrage innerhalb einer gewissen Zeitspanne zwar konstant bleibt, während die Produktivität stark zurückgeht, eine Zunahme der Beschäftigung trotz der Konstanz der mengenmäßigen Nachfrage denkbar ist. Aus diesen Gründen werden wir uns im nächsten Kapitel mit der Tatsache der verstärkten Tendenz zur Selbstversorgung der schweizerischen Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit auseinandersetzen und dann in den folgenden Kapiteln dieses Teiles auf die Veränderungen der Nachfrage, welche den entscheidenden Bestimmungsgrund der Überbeschäftigung darstellt, eingehen.

B. Die gestiegene Selbstversorgungstendenz der schweizerischen Volkswirtschaft

Schon die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und in verstärktem Maße der zweite Weltkrieg hatten bedeutende Umschichtungen in unserer Produktionsstruktur erzwungen, indem wir uns im Laufe dieser beiden Epochen mehr und mehr auf unseren Binnenmarkt zurückgezogen hatten. So hat der zweite Weltkrieg mit seiner Blockade und Gegenblockade und die bestehende internationale Transportkrise unser Binnenland immer mehr von der Weltwirtschaft isoliert und brachte das Volumen unseres Außenhandels rasch zum Sinken.

Wenn wir diese Tatsache an Hand des wertgewogenen Mengenindex darstellen, dann tragen wir den Veränderungen der Warenzusammensetzung und der Preisveränderungen im Vergleich zum Basisjahr 1938 Rechnung. Dieser Index gibt also die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrmengen während des Krieges zu Durchschnittspreisen des Jahres 1938 wieder.⁴⁵

⁴⁵ Angaben über die Berechnung des wertgewogenen Mengenindex des schweizerischen Außenhandels, siehe «Die Volkswirtschaft» 1946, S. 4.

Wertgewogener Mengenindex im Monatsmittel der entsprechenden Jahre ⁴⁶
1938 = 100

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr
1938	100	100
1939	118,1	97,1
1942	59,9	74,2
1943	47,3	62,7
1944	31,6	40,2
1945	30,8	57,2

Dieser außerordentliche Rückgang unseres Außenhandels zwang die schweizerische Wirtschaft, Güter, die nicht mehr importiert werden konnten, insbesondere aber Güter des unelastischen Bedarfes, nach Möglichkeit selbst zu produzieren. Andererseits mußten die Exporte tendenziell dem Wertbetrage der Importe angeglichen werden, um den inländischen Markt nicht durch übermäßige Warenlieferungen an das Ausland zu sehr von wichtigen Waren zu entblößen, wodurch die inflationistische Tendenz gesteigert worden wäre. So mußten einerseits die freiwerdenden Arbeitsleistungen der Exportindustrie, die vor dem Krieg als Tauschpreis für die entsprechenden Importe hingegeben wurden, zur Produktion von Gütern für den Inlandmarkt eingesetzt werden, um so den Ausfall der wichtigen Importgüter kompensieren zu helfen. Dies dürfte — wie wir später noch sehen werden — ein Sinken der Produktivität der schweizerischen Wirtschaft zur Folge gehabt haben. Andererseits mußten auch die inlandorientierten Erwerbszweige an der Erweiterung der Gesamtproduktion mithelfen, indem sie ihre Produktion zum Teil stark ausdehnten.

Betrachten wir diesen Vorgang zuerst in unserem hauptsächlich inlandorientierten Erwerbszweig der Nahrungs- und Genußmittel, zu welchem wir natürlich die Landwirtschaft hinzuziehen.

Importierte Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel

Jahre	in 10 Tonnen ⁴⁷
1938	166 845
1939	204 555
1940	149 042
1941	100 337
1942	100 998
1943	72 700
1944	41 879
1945	57 280

⁴⁶ «Die Wirtschaftslage», Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung Nr. 80, S. 29.

⁴⁷ Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik 1945, 1. Teil, S. 15.

Aus diesen Zahlen sehen wir, daß die Mengen der importierten Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel am Ende des Krieges nur noch etwa ein Drittel der Importe des Jahres 1938 ausmachten. Gerade bei dieser Gruppe von importierten Waren handelt es sich um Güter des dringlichen, unelastischen Bedarfes, der auf jeden Fall gedeckt werden sollte. Um diesen Importausfall so gut als möglich auszugleichen, mußte die inländische Produktion bis zum äußersten angespannt werden. So war es möglich, die im Inlande produzierte Kalorienmenge vom Basiszeitpunkt 1934/1936 zum Jahre 1945 wie folgt zu steigern:

*Inlandproduktion von Nahrungsmitteln und alkoholischen Getränken ohne Nahrungs- aus ausländischen Futtermitteln*⁴⁸

Index 1934/36 = 100

1934/36	1938	1943	1944	1945
100	104,5	144,9	154,1	131,6

Aus diesen Zahlen ist der bedeutende Anstieg der inländischen Nahrungsmittelproduktion während des Krieges deutlich sichtbar.

Der Prozentanteil des kalorienmäßigen Verbrauchs an inländischen Nahrungsmitteln am Gesamtverbrauch, der in den Jahren 1934/36 durchschnittlich 49,6% ausmachte, stieg in den Jahren 1943 auf 69,7%, 1944 auf 69,1% und im Jahre 1945 auf 71,8%.⁴⁹

Diese inländische Mehrproduktion erforderte natürlich einen vermehrten Einsatz von Arbeitskräften in der Landwirtschaft und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

So ist nach Schätzungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten vom Jahre 1938 zum Jahre 1945 von 418 400 auf 432 000⁵⁰ angestiegen, während die entsprechende Zahl in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie in der Tabakindustrie zusammen vom Jahre 1938 von 98 074 Beschäftigten auf 107 000⁵¹ Arbeitskräfte im Jahre 1945 anstieg.

Nach diesen Ausführungen über die Umstellungen, welche infolge der erhöhten Selbstversorgung im Sektor der Nahrungsmittelproduktion notwendig waren, wollen wir jetzt unsere Aufmerksamkeit den Umstellungen in den übrigen Produktionssektoren zuwenden. So muß festgestellt werden, daß im Laufe des Krieges nicht nur die Importe von Nahrungsmitteln,

⁴⁸ Hans Brugger: «Produktion und Verbrauch von Nahrungsmitteln in der Schweiz 1934/36, 1943 bis 1945.» In: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1947, S. 256.

⁴⁹ Hans Brugger: «Produktion und Verbrauch von Nahrungsmitteln in der Schweiz 1934/36, 1943 bis 1945.» In: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1947, S. 256.

⁵⁰ Siehe Tabelle im Anhang: «Schätzung der Beschäftigten nach Erwerbszweigen.»

⁵¹ ebenda Anhang.

sondern auch das Angebot von importierten Fabrikaten stark zurückgegangen ist.

Mengenmäßig sanken die Importe von Fabrikaten vom Jahre 1938 zum Jahre 1945 wie folgt:

Jahre	Import von Fabrikaten Mengen in 10 Tonnen * ⁵²
1938	30 420
1939	36 410
1940	26 545
1941	26 442
1942	27 833
1943	21 221
1944	14 321
1945	6 499

* Hektoliter und Stück in Tonnen umgerechnet.

Diese Tabelle zeigt uns, daß besonders in den letzten drei Kriegsjahren die Importe von Fabrikaten mengenmäßig stark zurückgegangen sind. Wollte man diesen Ausfall an früher importierten Halb- und Fertigfabrikaten einigermaßen kompensieren, war man gezwungen, gleiche oder Ersatz-Güter in der Schweiz herzustellen.

Hierin bestand nun eine gewisse Chance für die zum Teil von ihren Auslandsmärkten abgeschnittene Exportindustrie, sich auf den Binnenmarkt umzustellen und gemeinsam mit den bereits bestehenden inland-orientierten Industriezweigen in vermehrtem Maße für den inländischen Bedarf zu produzieren.

So hat beispielsweise eine Enquete, die vom Verein Schweiz. Maschinenindustrieller bei zwanzig Firmen mit 28 000 Arbeitern durchgeführt wurde, gezeigt, daß sich im Laufe des Krieges eine Verlagerung der fakturierten Umsätze vom Ausland auf das Inland vollzogen hat.

Es entfielen nämlich von den fakturierten Umsätzen in den Jahren 1938 und 1946 folgende Prozentanteile auf In- und Ausland:

<i>Fakturierte Umsätze</i> ⁵³		
Jahre	Inland	Ausland
1938	40,2%	59,8%
1946	58,1%	41,9%

Diese Zahlen bestätigen wenigstens für die Maschinenindustrie unsere oben angestellten theoretischen Überlegungen. Nach ihnen hat sich das

⁵² Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik 1945, 1. Teil S. 15.

⁵³ Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1945. Herausgegeben vom Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins, Zürich 1946, S. 18.

Verhältnis Inlandabsatz : Export infolge des Krieges von 4 : 6 in 6 : 4 umgekehrt.

Berücksichtigt man andererseits, daß die Zahl der in der gesamten Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter vom Jahre 1938 zum Jahre 1945 von 60 229 auf 89 826⁵⁴ gestiegen ist, so darf hieraus der Schluß gezogen werden, daß der Inlandabsatz nicht nur relativ zum Export, sondern absolut stark zugenommen haben mußte. Zu einem gewissen Teil darf diese absolute Zunahme jedoch auf den zusätzlichen Wehrbedarf zurückgeführt werden.

Ein ähnlicher Vorgang mußte sich bei der chemischen und pharmazeutischen Industrie abgespielt haben. Diese war vor dem Kriege mit rund 70%⁵⁵ ihrer Produktionskapazität auf den Export angewiesen. Obschon die Ausfuhr dieses Industriezweiges mengenmäßig von 36 850 Tonnen⁵³ im Jahre 1938 kontinuierlich auf 7 240 Tonnen⁵⁵ im Jahre 1944 zurückging, stieg die Zahl der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeitskräfte von 23 217⁵⁶ im Jahre 1938 auf 32 000⁵⁶ im Jahre 1944. Aus diesem Tatbestand darf man auch hier den Schluß ziehen, daß auch in diesem Produktionszweig der inländische Markt im Laufe des Krieges sehr an Bedeutung zugenommen hat.

«Berücksichtigt man ferner, daß wir, abgesehen von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Kohle, kaum auf irgendeinem Gebiet einen ausgesprochenen Mangel» hatten, «wenn auch zuzugeben ist, daß die Nachfrage nicht voll befriedigt werden» konnte, «so erkennen wir, in welchem außerordentlichem Umfang die Binnenwirtschaft in die Lücke gesprungen sein» mußte «und die ausgebliebenen Auslandsfabrikate selbst erzeugte.»⁵⁷

Leider ist es auf Grund des zur Verfügung stehenden Materials unmöglich, genau das Ausmaß festzustellen, in welchem sich die während des Krieges vollzogene Umstellung auf Selbstversorgung auch in der Nachkriegszeit auf Kosten der Einfuhr erhalten hat.

Insoweit sich die Umstellung während des Krieges auf die Förderung von Rohstoffen wie Kohle oder auf die Produktion von Ersatzprodukten bezogen hat, darf angenommen werden, daß diese Produktionsumstellungen, nachdem unsere Lager mit den nötigen Gütermengen wieder aufgefüllt waren und die laufenden Importe den laufenden Bedarf ausreichend zu decken vermochten, zum großen Teil wieder rückgängig gemacht wurden.

Die durch ungenügende Importe bedingte Selbstversorgung im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor mußte jedoch mindestens in der ersten Hälfte des Jahres 1946 aufrechterhalten werden, da die entsprechenden Importe in diesem Jahre nicht einmal im Stande gewesen wären, den in normalen Zeiten *laufenden* Bedarf zu decken. An eine Befriedigung des

⁵⁴ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 160.

⁵⁵ Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik 1945, 1. Teil S. 26.

⁵⁶ Vergleiche Tabelle: «Schätzung der Beschäftigten nach Erwerbszweigen.» Anhang.

⁵⁷ Max Icklé: a. a. O. S. 10.

während des Krieges zurückgestauten Nachholbedarfes einerseits und des Auffüllungsbedarfes zur Ergänzung der während des Krieges abgebauten Lager andererseits, war somit von der Importseite her nicht zu denken. Denn bei den Importen von Lebensmitteln wurde das Niveau 1938 = 100 erst im vierten Quartal des Jahres 1946 erstmals wieder erreicht.⁵⁸ Bei den Rohstoffen erreichten die Importe das Vorkriegsniveau bereits im ersten Quartal desselben Jahres.⁵⁹ Angesichts der immer noch unsicheren Einfuhraussichten mußten auch wesentliche Bestimmungen bezüglich des Mehranbaues, teils als gesetzliche Vorschriften, teils als verpflichtete Richtlinien weiterhin in Kraft bleiben. So war auch das durch die Landwirtschaft bebaute offene Ackerland, das im Jahre 1939 eine Fläche von 209 301 ha⁶⁰ ausmachte und im Jahre 1945 mit 355 276 ha⁶⁰ das Maximum erreichte, in den Jahren 1946 nur langsam auf 342 966 ha⁶¹ und 1947 auf 307 175 ha⁶¹ zurückgegangen. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten stieg allerdings auf Grund der Schätzungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung im Jahre 1947 um rund 9 000 Beschäftigte auf 441 000⁶² an, nachdem sie in den Jahren 1944/45/46 konstant geblieben war.

Da es keine zuverlässige Schätzung gibt, die uns angeben könnte, wie sehr sich die Selbstversorgungstendenz in der Nachkriegszeit erhalten hat, müssen wir uns mit folgender Überlegung zufrieden geben: Wenn man bedenkt, daß die geschätzte Zahl der in der Schweiz Beschäftigten vom Jahre 1938 von 1 983 641⁶³ auf 2 430 000⁶³ 1947, also um über 400 000 Beschäftigte angestiegen ist, während der wertgewogene Mengenindex für die Ausfuhr 1947 im Jahresmittel mit 115,2 (1938 = 100)⁶⁴ nur bescheiden über den entsprechenden Wert des Jahres 1938 hinausgestiegen ist, dann darf hieraus wohl geschlossen werden, daß diese gewaltige Zunahme der Beschäftigten in erster Linie durch die Binnenwirtschaft beansprucht wurde. Dabei dürfte nebst der Steigerung des Gesamtbedarfes infolge des effektiv gewordenen inländischen Nachholbedarfes der gestiegenen Selbstversorgungstendenz ein nicht unbedeutender Anteil an der Zunahme der Beschäftigung zukommen.

Die Tatsache, daß die schweizerische Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber 1938 in vermehrtem Maße auf Selbstversorgung umgestellt war, hat verschiedene Konsequenzen in bezug auf die Erhaltung der Beschäftigung. Allgemein darf gesagt werden, «daß im Ausland die Produktivität der Erzeugung der importierten Waren höher sein dürfte

⁵⁸ Vergleiche hierzu: Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik Jahrgang 1947, 1. Teil, S. 9.

⁵⁹ ebenda S. 9.

⁶⁰ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 122.

⁶¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 122.

⁶² Vergleiche Tabelle: «Schätzung der Beschäftigten nach Erwerbszweigen.» Anhang.

⁶³ ebenda, Anhang.

⁶⁴ Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik 1947, 1. Teil, S. 9.

als im Inland.⁶⁵ Deshalb ist es wahrscheinlich, daß zur Erzeugung einer gleichen Warenmenge im Inlande mehr Arbeitskräfte verwendet werden müssen, als wenn wir diese Warenmenge aus dem Ausland importieren würden. Bei der Annahme, daß die nachgefragten Gütermengen in der Nachkriegszeit dasselbe Niveau wie im Jahre 1938 erreicht hätten, müßte daher das Beschäftigungsniveau in der Nachkriegszeit bei gleich hohem Stand der mengenmäßigen Nachfrage nach Gütern höher sein als vor dem Kriege, da — wie wir feststellten — zur Produktion derselben Gütermenge mehr Produktivkräfte und damit auch mehr Arbeitskräfte erforderlich sein dürften. Ferner darf angenommen werden, daß selbst ein gewisser Teil unseres inländischen Nachholbedarfes, nachdem die Zufuhr der nötigen Rohstoffe gesteigert werden konnte, in der Schweiz hergestellt wurde, der bei intensiverer internationaler Arbeitsteilung aus dem Auslande bezogen worden wäre. So dürfte die durch den Nachholbedarf bedingte Steigerung der Gesamtnachfrage in verstärktem Maße der Beschäftigung im Inlande zugute gekommen sein, da bei höherer Selbstversorgungstendenz gegenüber der Vorkriegszeit auch ein entsprechend größerer Teil der zusätzlich nachgefragten Gütermenge im Inland produziert wurde. Diese relative Verminderung des «Hanges zum Import» bedeutet aber, daß bei einer Steigerung der Gesamtnachfrage Einkommen, das bei stärkerem «Hang zum Import» ins Ausland abgeflossen wäre, jetzt im Einkommenskreislauf des Inlandes verbleibt. Die Einkommenswirkungen, wie wir sie später mit Hilfe des Beschleunigungsprinzips und des Multiplikators erklären werden, können sich nun im Inlande in verstärktem Maße auswirken.

Eine weitere Konsequenz dieses Rückzuges auf den Binnenmarkt liegt schließlich darin, daß wir bei höherer Selbstversorgung bedeutend weniger exportieren müssen, um dasselbe Beschäftigungsniveau zu erreichen, das wir bei niedrigerer Selbstversorgung in der Vorkriegszeit bei einem höheren Exportvolumen erzielten.

Der Rückgang der Produktivität als Folge der verminderten Arbeitsteilung mit dem Auslande dürfte während des Krieges, als sich dieser Umstellungsprozeß auf dem Binnenmarkt vollzogen hatte, dazu geführt haben, daß Kosten und Preise für jene Güter unseres Sozialproduktes, die wir früher zu niedrigeren Preisen aus dem Auslande importiert hatten, anstiegen.

C. Der steigende Export in der Nachkriegszeit

In den kriegführenden und den besetzten Ländern wurde ein bedeutender Teil der dauerhaften Gebrauchs- und Kapitalgüter durch den zweiten Weltkrieg vernichtet. Der noch vorhandene Teil von Kapitalgütern wurde durch den intensiven kriegswirtschaftlichen Produktionsprozeß

⁶⁵ E. Böhler: «Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung.» Gutachten zuhanden des Schweiz. Städteverbandes, Zürich 1942, S. 20.

stark abgenützt und konnte bei der bestehenden Mangellage während des Krieges kaum ersetzt werden. Dieser gewaltige «Verschleiß» von Realkapital führte nach Beendigung des Krieges zu einer intensiven Steigerung des ausländischen Bedarfes nach derartigen Gütern. Im ersten Falle handelt es sich um Güter, die für den Wiederaufbau in den vom Kriege verwüsteten Ländern dringend benötigt werden. Im zweiten Fall sind die Güter des sogenannten Nachholbedarfs gemeint. In beiden Fällen handelt es sich um einen Bedarf, der dringend, kriegsbedingt und einmalig ist. Dieser bedeutende Nachhol- und Wiederaufbaubedarf, der sich in fast allen Ländern der Welt im Laufe des Krieges angesammelt hatte, sollte nun in der Nachkriegszeit nebst dem laufenden Bedarf befriedigt werden. In unserem Zusammenhang ist jedoch nicht die Höhe des Gesamtbedarfes von Bedeutung, sondern das Ausmaß, in welchem dieser Bedarf als effektive Nachfrage auf dem schweizerischen Markte wirksam werden konnte.

Da in der vom Kriege verschonten Schweiz die technischen Umstellungsaufgaben, die sich im Produktionssektor durch den Übergang von der Kriegs- zur Friedensproduktion stellten, bedeutend geringer waren als in den ehemals kriegsführenden und kriegszerstörten Ländern, waren wir in bezug auf die Lieferbereitschaft gegenüber unseren früheren Konkurrenten auf den Weltmärkten bedeutend im Vorsprung. So war besonders Deutschland als früherer Konkurrent, allerdings auch als unser bedeutendster Abnehmer, fast vollständig ausgefallen. Damit waren unsere wirtschaftlichen Voraussetzungen, soweit diese durch interne Faktoren bedingt waren, für unsere Exportindustrie außerordentlich günstig. Da anderseits aber unsere Exportindustrie auf den Import von Rohstoffen für die Produktion ihrer Exportprodukte angewiesen ist, mußte sich der scharfe Rückgang der Rohstoffimporte von 550 000 Wagen⁶⁶ im Jahre 1938 auf rund 90 000 Wagen zu 10 Tonnen⁶⁶ im Jahre 1945 hemmend auf die gesamte Produktion und damit auch auf die Exportfähigkeit auswirken. Weitere Schwierigkeiten für unsere Exportindustrie bestanden darin, daß die meisten vom Kriege heimgesuchten europäischen Länder nicht nur einen bedeutenden Teil ihrer Produktionskapazität, sondern auch ihre Reserven an Gold, Devisen oder ausländischen Aktiven ganz oder teilweise eingebüßt hatten. Die potentielle ausländische Nachfrage war aus diesem Grunde nur in geringem Umfange mit der notwendigen Kaufkraft unterbaut. So stellte sich bei diesem gewaltigen dringlichen Bedarf das Problem, wie diese Importe bezahlt werden sollten. Angesichts dieser Währungsschwierigkeiten verschiedener Länder mußte unsere Ausfuhr kontingentiert werden, um sie auf diese Weise der Zahlungsfähigkeit des Auslandes anzupassen. In Anbetracht dieser vielfältigen Schwierigkeiten fand sich der Bundesrat bereit, an einzelne Länder Vorschüsse zu gewähren, die im Rahmen von Handels- und Zahlungsabkommen eingeräumt und vom Bund finanziert wurden. Ferner wurden Kredite von schweizerischen Banken gewährt,

⁶⁶ Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik, 1. Teil 1947, S. 6.

wobei der Bund die Rückzahlung garantierte. Bei der Gewährung dieser Kredite ließ sich der Bundesrat «von der Überlegung leiten, daß wir als ein vom Kriege verschontes Land gegenüber dem kriegsgeschädigten Ausland Solidaritätsverpflichtungen haben, denen wir uns nicht entziehen können, ohne uns selbst aus dem Welthandel und der Weltpolitik auszuschalten».⁶⁷

Mit Hilfe dieser Kredite war es der Schweiz auch möglich, die für sie so notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuhandeln. Nachdem die Zufuhrwege zu unserem Lande im Jahre 1946 notdürftig wiederhergestellt waren und die Produktion im Auslande sich allmählich erholt hatte, konnte auch unsere Einfuhr von Rohstoffen im Jahre 1946 gegenüber dem Vorjahre bedeutend gesteigert werden. So erreichte der wertgewogene Mengenindex der Einfuhr von Rohstoffen 1946 im Jahresmittel wieder die Höhe von 119,1⁶⁸ gegenüber 33,5⁶⁸ im Jahre 1945.

Auf Grund der in den verschiedenen Zahlungsabkommen — (mit Belgien, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen und der Tschechoslowakei) — vom Bund gewährten Kredite von insgesamt 642 Millionen Franken⁶⁹ waren vom Jahre 1945 bis zum 31. Dezember 1946 482,2 Millionen Franken⁶⁹ von diesen Ländern beansprucht worden.

Die Tatsache, daß der Warenhunger des Auslandes nach Kriegsende sehr groß und dringlich und das ihm gegenüberstehende Güterangebot beschränkt war, dürfte dazu geführt haben, daß die Preiselastizität der ausländischen Nachfrage relativ gering war. Damit dürfte die Kurve, welche die ausländische Nachfrage nach Gütern darstellt, in der Nachkriegszeit steiler verlaufen sein, als dies bei normalen Marktverhältnissen der Fall war.⁷⁰ Die vom Ausland nachgefragten Gütermengen werden demnach nicht im gleichen Ausmaß von der Höhe der Preise abhängig sein, wie dies bei größerer Preiselastizität der Nachfrage bei normaleren Marktbedingungen der Fall wäre. In derselben Richtung dürften die von der Schweiz an das Ausland gewährten Kredite gewirkt haben, da das Ausland infolge seiner bedeutenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten gezwungen war, seinen dringlichen Bedarf — solange es diesen mit eigenen Exporten oder mit Gold und Devisen begleichen konnte — dort einzudecken, wo ihm die notwendigen Kredite gewährt wurden. Es darf deshalb angenommen werden, daß wir «wahrscheinlich ... gegenüber den kriegsgeschädig-

⁶⁷ Max Icklé: a. a. O. S. 16.

⁶⁸ Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik, 1. Teil 1947, S. 6.
Wertgewogener Mengenindex der Einfuhr von Rohstoffen 1938 = 100.

⁶⁹ Bundesblatt, 99. Jahrgang, Band 124, S. 802. «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die gemäß Bundesratsbeschluß vom 14. Oktober 1933 erlassenen wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber dem Auslande vom 25. Februar 1947.»

⁷⁰ Vergleiche hierzu: Walter Adolf Jöhr: «Soll der Schweizerfranken aufgewertet werden?» In: Überbeschäftigung und Frankenparität, St. Gallen 1947, S. 80.

ten Ländern auf Grund der Kredite eine Mehrausfuhr erzielen»⁷¹ und dies trotz der relativ hohen Preise.

Diese komplexe außenwirtschaftliche Marktsituation dürfte der schweizerischen Exportindustrie die Möglichkeit gegeben haben, sich eine gewisse Monopolstellung als Anbieter zu sichern. Andererseits konnte sie es sich nun leisten, «Monopolpreise» für ihre Exportprodukte zu verlangen. So sind beispielsweise die Lohnsätze in der Industrie seit dem Jahre 1939 (= 100) bis zum Dezember 1947 auf 178,0⁷² und der Außenhandelspreisindex für importierte Rohstoffe 1938 = 100 bis zum vierten Quartal des Jahres 1947 auf 232,1⁷³ gestiegen, während der Außenhandelspreisindex für exportierte Fabrikate in derselben Zeit auf 280,8⁷⁴ (1938 = 100) anstieg. Der Index der Lohnsätze ist damit um 78,0 Prozente und der Preisindex der importierten Rohstoffe um 132,1 Prozente gestiegen, während der Preisindex der exportierten Fabrikate gegenüber 1938 um 180,8 Prozente angestiegen ist. Selbst unter der Annahme, daß bei den exportierten Fabrikaten die Materialkosten stärker ins Gewicht fallen sollten als die Lohnkosten, geht aus unserer obigen Gegenüberstellung doch hervor, daß in der Exportindustrie in der Nachkriegszeit eine günstige Preis-Kostenrelation bestand, die den Anreiz zum Export kräftig verstärkte.

Unter all diesen Voraussetzungen nahm der schweizerische Export nach dem Kriege einen bedeutenden Aufschwung. Dieser sei mit Hilfe der wertgewogenen Indexzahlen für die Ausfuhr dargestellt.

*Wertgewogener Mengenindex der Ausfuhr, Jahresmittel*⁷⁵

Jahre	1938 = 100
1938	100
1945	57
1946	101
1947	115
1948	126

Aus diesen Indexzahlen geht hervor, daß der Export im Jahre 1946 den Stand von 1938 wieder erreicht und im Jahre 1947 um rund einen Viertel bereits überschritten hat.

Da es sich bei unserem Export zu einem großen Teil um arbeitsintensive Güter handelt, darf festgestellt werden, daß damit der Export von geleisteter Arbeit gegenüber dem Jahre 1945 ganz bedeutend gestiegen ist.

⁷¹ Walter Adolf Jöhr: a. a. O. S. 97.

⁷² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 344. «Lohnsätze in der Industrie und im Baugewerbe seit 1939.»

⁷³ Die Wirtschaftslage: Mitteilung Nr. 80 der Kommission für Konjunkturbeobachtung, Augustheft 1948, S. 28.

⁷⁴ ebenda S. 28.

⁷⁵ Die Wirtschaftslage: Mitteilung Nr. 82 der Kommission für Konjunkturbeobachtung 1949, S. 33.

Diese Exportausweitung gegenüber dem letzten Kriegsjahr, die natürlich eine Steigerung der Beschäftigung in der Exportindustrie zur Folge hatte, mußte bei der im Jahre 1945 annähernd erreichten Vollbeschäftigungslage ihren Teil zur darauffolgenden Überbeschäftigung beigetragen haben. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die im Kriege verstärkte Tendenz zur Selbstversorgung zusammen mit den hohen Ausgaben des Staates *bei gedrossem Export* den Vollbeschäftigungsstand herbeigeführt hatten. Die vom Export in der Nachkriegszeit ausgehende Konjunkturbelebung «ist deshalb vielleicht besonders augenfällig, weil sie gleichsam den letzten Tropfen darstellte, der das volle Glas zum Überlaufen brachte und so trotz des im Vergleich zu früheren Jahren mäßigen Umfanges, eine weit stärkere dynamische Wirkung hatte, als dies unter normalen Umständen der Fall gewesen wäre».⁷⁶

Vergleicht man nämlich die Exportwerte und -mengen der Nachkriegszeit mit denjenigen des konjunkturrell günstigen Jahres 1929, so sieht man, daß die bedeutenden Exporte der Nachkriegszeit doch nicht an jene des Jahres 1929 herankommen, und daß auch die Zahl der schätzungsweise direkt im Export Beschäftigten den Stand von 1929 nicht mehr erreichten.

Dies dürfte aus der folgenden Tabelle, in der wir die Exportwerte, die Exportmengen und bis zum Jahre 1946 einen Index der direkt durch den Export Beschäftigten wiedergeben, hervorgehen.

Jahre	Exportwerte ⁷⁷ in Mio. Fr.	Exportmengen ⁷⁸ in 1 000 t	Index der durch den Export direkt Beschäftigten ⁷⁹
1929	2 097	1 045	100
1938	1 316	614	65,7
1944	1 131	309	26,1
1946	2 675	507	57,0*
1947	3 267	460	— **
1948	3 434	683	— **

* Max Icklé: a. a. O. S. 7.

** Für diese Jahre fehlen leider nähere Angaben.

Auf Grund dieser Tabelle kann gesagt werden, daß im Jahre 1946 in der Exportindustrie etwas mehr als halbsoviel Arbeitskräfte beschäftigt waren wie im Hochkonjunkturjahr 1929. Unter Berücksichtigung der wert- und mengenmäßigen Steigerung des Exportes in den Jahren 1947/48 dürfte kaum angenommen werden, daß selbst im Jahre 1948 die Beschäftigung in der Exportindustrie das hohe Niveau von 1929 wieder erreicht hat.

Um jedoch die Wirkungen des schweizerischen Außenhandels auf die Beschäftigung beurteilen zu können, dürfen wir nicht nur die Wirkungen

⁷⁶ Max Icklé: a. a. O. S. 7.

⁷⁷ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 275.

⁷⁸ ebenda S. 275.

⁷⁹ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 6, S. 2.

des Exportes in unsere Betrachtung einbeziehen, sondern müssen vielmehr berücksichtigen, daß es dabei auf die Überschüsse oder Defizite unserer Leistungsbilanz gegenüber dem Auslande ankommt. Die Theorie, welche vor allem die Wirkungen des Außenhandels auf die Beschäftigung untersucht, stellt fest, daß eine Aktivierung der Leistungsbilanz «zusätzliches Einkommen ohne gleichzeitige Erhöhung des Angebots im Inland erzeugt und somit wie andere Einkommensüberschüsse expansiv wirkt».⁸⁰ In der Periode, in welcher diese Aktivierung der Leistungsbilanz auftritt, strömt zusätzliches Geld in den aktiven Geldkreislauf, indem zusätzliche, in der Exportindustrie ausbezahlte Arbeitseinkommen in den Einkommenskreislauf eingeflossen sein dürften. Dabei handelt es sich einerseits um Lohn-einkommen, welche *direkt* von der Produktionssteigerung in den Exportindustrien herkommen. Macht diese Mehrproduktion andererseits eine Erhöhung der Produktionskapazität dieser Industrien notwendig — wie dies tatsächlich in der Exportindustrie der Fall gewesen sein dürfte⁸¹ — so fließen zusätzliche Arbeitseinkommen *indirekt*, das heißt über die Investitionen in den Einkommenskreislauf ein. Wird nun ein Teil dieser zusätzlichen Gelder von den Einkommensempfängern zum Kauf von Konsumgütern ausgegeben, werden die Konsumgüter produzierenden Industrien in ihrer Produktionstätigkeit angeregt. Unter der Annahme, daß dieses Geld immer wieder ausgegeben wird, darf angenommen werden, daß aus diesem primären Einkommenszuschuß eine ganze Reihe aufeinanderfolgender Einkommen und Beschäftigung schaffender Ausgaben hervorgehen werden, wobei auch dem Akzelerationsprinzip — wie wir später bei der Behandlung des Konsums noch sehen werden — eine gewisse Bedeutung zukommen kann. Diese multiplikativen Wirkungen können sich jedoch nur solange geltend machen, als noch unbeschäftigte Arbeitskräfte vorhanden sind. Der kumulative Prozeß wird aber mit abnehmen-der Angebotselastizität des Produktionsfaktors Arbeit abgebremsst werden, das heißt, er kann sich nicht voll entfalten, wie dies bei bestehender Unterbeschäftigung der Fall gewesen wäre. Dagegen dürften die inflationistischen Wirkungen mit zunehmender Erstarrungstendenz des Arbeitsangebotes aus bereits dargelegten Gründen zunehmen. Diese außenwirtschaftlich bedingte Steigerung unseres Nominaleinkommens wird demnach nur weitere Produktions- und Einkommenssteigerungen zur Folge haben, insofern dieses zusätzliche Geld nicht durch inflationistische Preissteigerungen absorbiert wird, oder was ebenso wichtig sein dürfte, insofern die entstandenen Mehreinkommen nicht wieder für Importe verwendet oder gehortet werden.

Da in der Schweiz keine amtliche Zahlungsbilanz-Statistik veröffentlicht wird, müssen wir uns für die weiteren Betrachtungen auf die Unter-

⁸⁰ Charles La Roche: «Die Schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit». S. 57.

⁸¹ Vergleiche hierzu unsere folgenden Ausführungen über die Investitionstätigkeit.

lagen, die uns die Statistik der schweizerischen Handelsbilanz auf Grund der ein- und ausgeführten Waren vermittelt, begnügen.

Die Einkommensbilanz umfaßt die Handelsbilanz und die Bilanz der Dienstleistungen und Kapitalerträge. Ist nun aber die Bilanz der Dienstleistungen und der Kapitalnutzungen *aktiv*, dann muß die Handelsbilanz ein *Passivum* aufweisen, soll nicht die gesamte Einkommensbilanz *aktiv* werden. Es muß daher festgestellt werden, daß bei bereits ausgeschöpften Arbeitsreserven «einem notorischen Gläubigerland, wie die Schweiz, welches zudem noch eine stark aktive Fremdenverkehrsbilanz und Dienstleistungsbilanz hat, Exportüberschüsse recht wenig zuträglich sind».⁸²

In den Jahren 1925 bis 1930, der Blütezeit unserer schweizerischen Exportindustrie, schwankten die Einfuhrüberschüsse in Prozenten der Einfuhr zwischen 22,6% und 31,2%⁸³ Vom konjunkturpolitischen Standpunkte aus wären für die Zeit der Überbeschäftigung noch höhere Einfuhrüberschüsse zu begrüßen, da von zusätzlichen Importgütern, welche einen Teil der inländischen Nachfrage befriedigen würden, eine restriktive Wirkung auf die Beschäftigung ausgehen könnte. Nun vermittelt die schweizerische Handelsbilanz in der Nachkriegszeit eher ein Bild, wie man sich dieses für eine Periode des Umschwunges aus einer Krise nicht schöner wünschen könnte.

*Der schweizerische Außenhandel*⁸³

Werte in 1 000 Franken

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß	Einfuhrüberschuß in % der Einfuhr
1945	1 225 367	1 473 697	— 248 330	— 20,3
1946	3 422 534	2 675 506	747 028	+ 21,8
1947	4 820 015	3 267 566	1 552 449	+ 32,2

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die schweizerische Handelsbilanz im Jahre 1945 stark aktiv war, während sie in den Jahren 1946/47 langsam ihre traditionelle Passivität wieder zurückgewann. Der im schweizerischen Außenhandel einzig dastehende Exportüberschuß im Jahre 1945 dürfte zu einer Aktivierung unserer gesamten Einkommensbilanz geführt haben.⁸⁴ Zu dieser Aktivität der schweizerischen Leistungsbilanz dürften die eingangs erwähnten Kredite an das Ausland ihren Anteil beigetragen haben. Dieser Aktiv-Überschuß bedeutet jedoch, daß Arbeit exportiert und Einkommen in der Schweiz bezogen wurde, ohne daß auf den inländischen

⁸² Alfred Böshardt: «Außenwirtschaftliche Chronik, Schweiz», in Außenwirtschaft. Herausgegeben vom Schweiz. Institut für Außenwirtschaft und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen. Bern 1946, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 141.

⁸³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 275.

⁸⁴ Vergleiche hierzu: 9. Wochenbericht 1947 der Schweizerischen Konjunkturforschungsstelle der E. T. H. Zürich. Der Überschuß der Einkommensbilanz wird dort für das Jahr 1945 auf 500 Millionen bis 1 Milliarde Franken geschätzt.

Gütermärkten das Gesamtangebot von so dringend nachgefragten Konsum- und Investitionsgütern vermehrt worden wäre. In dem Ausmaß, als dieses zusätzliche Einkommen die bereits bestehende Nachfrage zu steigern vermochte, mußte es sekundär expansiv auf die inländische Produktion und den bereits hohen Beschäftigungsgrad wirken. Eine derartige Entwicklung konnte, nachdem einmal Vollbeschäftigung erreicht war, die inflationistischen Tendenzen, die von binnenwirtschaftlichen Faktoren ausgingen, verstärken.

Bei der Beurteilung der Importüberschüsse in den Jahren 1946/47 muß berücksichtigt werden, daß diese zu einem gewissen Teil zur Auffüllung der während des Krieges abgebauten Lager verwendet und damit nicht sofort den Konsumenten auf den Märkten angeboten wurden. Hieraus darf geschlossen werden, daß erst die Importe im Jahre 1947 zu einer gewissen Entspannung auf den inländischen Gütermärkten beitragen konnten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf Grund dieser Tatbestände der Exportüberschuß, abgesehen von den übrigen Größen der Einkommensbilanz im Jahre 1945 und in geringerem Umfange im Jahre 1946, zusammen mit anderen Faktoren, auf die wir noch zu sprechen kommen, den Anstoß zum weiteren konjunkturellen Anstieg gegeben hat und damit seinen Teil zur Überbeschäftigung mit ihren verschiedenen Wirkungen beigetragen hat. Im Jahre 1947 kann infolge des hohen Einfuhrüberschusses eher von einer restriktiven Wirkung unseres Außenhandels gesprochen werden.

D. Der Nachholbedarf und die steigende Konsumgüternachfrage

Nicht nur in den vom Kriege direkt betroffenen Ländern, sondern auch in der Schweiz, machte sich nach Beendigung des Krieges ein aufgestauter Bedarf an mehr oder weniger dauerhaften Konsumgütern geltend. Ferner äußerte sich bei den Konsumenten das Bestreben, «den laufenden Konsum wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen»⁸⁵, nachdem dieser während des Krieges infolge der Reallohneinbuße oder der schlechteren Güterversorgung bedeutend zurückgegangen war, wie dies aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht.

Über die Entwicklung der Nachfrage auf den Konsumgütermärkten können uns die vom BIGA statistisch erfaßten Kleinhandelsumsätze orientieren. Bei diesem jährlich steigenden Index der Umsatzwerte im Kleinhandel ist natürlich zu berücksichtigen, daß dieser nur die wertmäßigen Umsätze wiedergibt, aus denen nicht direkt auf eine entsprechende Steigerung der Umsatz-Mengen geschlossen werden darf, da die Preissteigerungen seit 1939 eine entscheidende Rolle spielen. Um die preisbereinigten Kleinhandelsumsätze zu ermitteln, dividieren wir die Indexzahlen der Kleinhandelsumsätze durch jene der entsprechenden Lebenskosten ohne Miete.

⁸⁵ Charles La Roche: «Aktuelle Probleme der Überbeschäftigung.» In: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1945, S. 261.

Jahre	Kleinhandels- umsätze ⁸⁶	Lebenskosten- index ohne Miete ⁸⁷	Preis- bereinigte Umsätze	Zunahme der preisbe- reinigten Umsätze gegenüber dem Vorjahre in % des Vorjahres
1939	100*	100	100	
1944	130	169	77	— 23
1945	144	171	84	9
1946	170	169	101	20
1947	196	178	110	9
1948	208	183	114	4

* Auf das Basisjahr 1939 vom Verfasser umgerechnet.

Wir sind uns jedoch bewußt, daß die gewählte Methode zur Ermittlung der realen Umsätze uns höchstens Nährungswerte vermittelt. Trotzdem darf diesem Index ein Erkenntniswert zugesprochen werden.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die realen Umsätze während des Krieges um rund einen Viertel gegenüber 1939 zurückgegangen sind, während sie bereits im letzten Kriegsjahr 1945 wieder kräftig zu steigen begannen. Besonders auffallend ist jedoch der Anstieg im Jahre 1946, wo die Umsätze um rund einen Fünftel über die realen Umsätze des Vorjahres hinauskletterten, womit der reale Konsumgüterumsatz wieder den Stand von 1939 erreicht haben dürfte. Dieser rasche Anstieg dürfte durch den Nachholbedarf und die Steigerung der Beschäftigung und der Lohnsätze bedingt sein. Aber auch das weitere Ansteigen im Jahre 1947 um 9 Prozente und 1948 um weitere 4 Prozente deutet auf die außergewöhnlichen Umstände auf der Nachfrageseite nach Konsumgütern hin.

Wenn man bedenkt, daß der preisbereinigte Index der Kleinhandelsumsätze, wie wir ihn in der unten aufgeführten Tabelle wiedergeben, vom Jahre 1933 zum Jahre 1938 sich jährlich nur um ein bis vier Prozente gegenüber dem Vorjahr veränderte,

Jahre	Kleinhandels- umsätze ⁸⁸	Lebenskostenindex ohne Miete ⁸⁹	Preisbereinigte Umsätze ⁹⁰	Zunahme gegenüber Vorjahr in % des Vorjahres ⁹¹
1933	100	100	100	
1934	97,5	98	99	— 1
1935	95,4	98	97	— 2
1936	96,8	101	97	0
1937	100,6	108	93	— 4
1938	102,6	108	95	+ 2

⁸⁶ Die Volkswirtschaft 1948, Heft 3, S. 196 und 1949, Heft 3, S. 133.

⁸⁷ ebenda 1947, Heft 1, S. 9 und 1949, Heft 3, S. 116, 1948, Heft 12, S. 430.

⁸⁸ Die Volkswirtschaft 1939, S. 361.

⁸⁹ ebenda 1939, S. 11 (Index vom Verfasser auf das Basisjahr 1933 umgerechnet).

⁹⁰ und ⁹¹ vom Verfasser berechnet.

dann können die Wirkungen der Konsumausweitung in der Nachkriegszeit auf die Beschäftigung kaum übersehen werden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Nachholbedarf in den Jahren 1946/47 in vermehrtem Maße durch Importe von Lebensmitteln und Fabrikaten gedeckt werden konnte, da der wertgewogene Mengenindex der importierten Lebensmittel und Fabrikate 1946 im Jahresdurchschnitt den Stand von 1938 wieder erreichte. Dieser betrug für die Einfuhr von Lebensmitteln 1946 87,2⁹² für die Einfuhr von Fabrikaten 103,9⁹². Trotzdem dürfen wir annehmen, daß ein bedeutender Teil dieser Mehrnachfrage nach Konsumgütern in der Nachkriegszeit durch unsere Binnenproduktion bereitgestellt wurde. Nachdem wir bereits früher festgestellt hatten, daß die schweizerische Wirtschaft «autarker» aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, darf gesagt werden, daß bei dieser abnormalen Umsatzsteigerung auf den Konsumgütermärkten unseren inlandorientierten Konsumgüterproduzenten nach dem Kriege ein größerer Teil dieser Nachfrage und damit auch der Nachfragesteigerung zufiel, als dies vor dem Krieg noch der Fall gewesen wäre. Entsprechend dürften auch die Wirkungen, die von einer Nachfragesteigerung nach Konsumgütern in der Nachkriegszeit auf die Beschäftigung ausgingen, stärker gewesen sein als vor dem Kriege.

Die bedeutende Ausweitung des Konsums, welche uns die preisbereinigten Umsätze einigermaßen anzeigen, dürften nun in doppelter Hinsicht expansiv auf die bereits vollbeschäftigte Wirtschaft gewirkt haben. Einmal ist es selbstverständlich, daß die verstärkte Konsumneigung, insofern sich diese auf schweizerische Produkte bezog, eine entsprechende Ausweitung im Sektor der Konsumgüterproduktion und damit der Beschäftigung in diesen Erwerbszweigen zur Folge haben mußte.

So stieg beispielsweise die geschätzte Zahl der Beschäftigten im typisch inlandorientierten Erwerbszweig der Nahrungs- und Genussmittelbranche in den Jahren 1945/46/47 trotz der bedeutenden Importsteigerung weiter an.

*Jährliche prozentuale Zunahme der Beschäftigten in der
Nahrungs- und Genussmittelbranche:*

Jahre	Jährliche prozentuale Zunahme der Beschäftigten in Prozenten des Vorjahres ⁹³
1945	5%
1946	11%
1947	5%

Andererseits darf angenommen werden, daß bei dieser übermäßigen Steigerung der Konsumgüterproduktion das Beschleunigungsprinzip eine gewichtige Rolle spielt. Dieses geht von dem Gedanken aus, «daß aus technischen Gründen leichte Veränderungen der Nachfrage nach Konsumgütern

⁹² Jahresbericht der Schweiz. Handelsstatistik 1947, 1. Teil, S. 9.

⁹³ Die absoluten Zahlen finden sich in der Tabelle über die geschätzte Zahl der Beschäftigten. Siehe Anhang.

viel heftigere Veränderungen der Nachfrage nach Kapitalgütern hervorgerufen».⁹⁴ Ferner muß berücksichtigt werden, daß bei dem hohen Beschäftigungsstand nach Kriegsende die ungenutzten Produktionskapazitäten in vielen Industrien verhältnismäßig klein waren, was zur Folge hat, daß relativ geringe Nachfragesteigerungen «eine größere Investitionsrate hervorrufen als die gleichen Variationen es bei Vorhandensein großer ungenützter Kapazitäten und entsprechend niedriger Beschäftigung tun würde.»⁹⁵

Betrachten wir die Tatsache, daß die Konsumgüterumsätze nach Kriegsende gewaltig angestiegen sind unter dem kreislauftheoretischen Gesichtspunkte, dann werden wir zu einer weiteren Erkenntnis vorstoßen.

Eine Steigerung der Konsumgüternachfrage kann sich proportional zur Steigerung des Gesamteinkommens einer Volkswirtschaft entwickeln. In diesem Falle braucht sich das Verhältnis zwischen Ausgaben für den Konsum und der Ersparnisquote nicht zu verändern. Steigen jedoch die Ausgaben für den Konsum prozentual stärker als das Gesamteinkommen, dann ist das nur möglich, wenn entweder das Verhältnis zwischen Konsumquote und Ersparnisquote zu Gunsten des Konsums verschoben wird, oder indem zwar dieses Verhältnis konstant bleibt, die überproportionale Konsumsteigerung aber durch frühere Ersparnisse oder durch die Auflösung von Horten, die zum Beispiel während des Krieges angelegt wurden, finanziert wird. Auf diese Weise fließt dann zusätzliches Geld in den Einkommenskreislauf, das natürlich expansiv auf die Produktion und die Beschäftigung einwirkt.

Vergleichen wir nun die prozentuale jährliche Steigerung des verfügbaren persönlichen Realeinkommens in der Schweiz mit der prozentualen Steigerung der Konsumgüterumsätze, so werden wir feststellen, daß die prozentuale Steigerung der Konsumgüterumsätze mindestens tendenziell stärker gewesen sein dürfte als diejenige des Realeinkommens. Dies geht aus folgender Gegenüberstellung hervor.

Jahre	Jährliche Veränderung des schweizerischen Realeinkommens in Prozenten ⁹⁶	Prozentuale Steigerung der realen Konsumgüterumsätze
1945	+ 8	+ 9
1946	+ 11	+ 20
1947	+ 11	+ 9
1948	+ 2	+ 4

Während demnach das verfügbare Realeinkommen vom Jahre 1945 zum Jahre 1946 um 11 Prozente anstieg, betrug die Steigerung der realen

⁹⁴ Gottfried Haberler: a. a. O. S. 88.

⁹⁵ Vollbeschäftigungsbuch S. 64. F. A. Burchardt a. a. O.

⁹⁶ Nominelles Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen, ohne direkte Steuern, dividiert durch die Lebenshaltungskosten 1938 = 100. Jährliche Veränderung in Prozent, siehe: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 424.

Konsumgüterumsätze in derselben Zeitspanne zirka 20 Prozente. Es darf daher angenommen werden, daß ein Teil der Konsumsteigerung auf Kosten der Sparquote des entsprechenden Jahres oder durch die Liquidierung früherer Ersparnisse oder durch die Auflösung von Horten ermöglicht wurde.

Diese erwähnte Tendenz zur Liquidierung von Ersparnissen dürfte auch durch die unten stehende Tabelle, die uns über die Bewegung der bei den Banken eingelegten Spargelder aufklärt, angedeutet werden. Ohne der Bewegung der Spargelder in diesem Zusammenhang allzuviel Gewicht beizumessen, möchten wir es doch nicht unterlassen, auf die quantitativen Veränderungen der bei den Banken eingelegten Spargelder hinzuweisen.

Jahre	Vermehrung der Spargelder netto in Millionen Franken ⁹⁷
1942	326,9
1943	444,8
1944	452,0
1945	195,8
1946	339,7
1947	396,2
1948	261,5

Die Zunahme der bei den Banken eingelegten Spargelder war gegen Ende des Krieges bedeutend angestiegen, um dann im Jahre 1945 rasch und stark zurückzugehen. Dieser Rückgang dürfte mit der plötzlich verstärkten Neigung zum Konsum in einem gewissen Zusammenhang stehen, da ja, wie wir weiter oben ausgeführt hatten, die Kriegersparnisse zur Finanzierung des Nachholbedarfes wahrscheinlich herangezogen werden mußten.

Da nun die schweizerische Wirtschaft bereits Ende 1945 in vollbeschäftigtem Umfange arbeitete, so mußte diese Erhöhung der Verbrauchsquote, soweit diese anderseits auf Kosten der laufenden Ersparnisse sich durchgesetzt hatte, bei ebenfalls überproportionaler Steigerung der Investitionen — deren Ausmaß wir im folgenden Abschnitt untersuchen werden — zu Untersparen und so zur Überbeschäftigung führen, wenn der Staat und in gewissem Umfange die private Wirtschaft nicht bereit sind, ihre Investitionen zu Gunsten des Konsums zu beschränken. Wir werden jedoch bei der Behandlung der privaten Investition feststellen, daß die der unkontrollierten kapitalistischen Wirtschaft immanenten Kräfte, wie sie sich etwa im Beschleunigungsprinzip offenbaren, auf einen Anstoß, wie er von dieser einmaligen intensiven Steigerung des inländischen Konsums und des Exportes ausgehen mußte, mächtig auszuwirken vermochten.

⁹⁷ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 234. (Spargelder inbegriffen Gelder auf Depositen — und Einlageheften.)

E. Der Anstieg der Investitions- und Bautätigkeit

a) Allgemeines

In der neueren Literatur über die Gründe der wirtschaftlichen Wechselagen stimmen die Meinungen der Nationalökonomien weitgehend darin überein, daß die Auf- und Abwärtsbewegungen des Wirtschaftsprozesses und damit der Beschäftigung besonders durch die Veränderungen der Höhe der Investition hervorgerufen werden.⁹⁸ Es wird deshalb zur Erklärung des gewaltigen Expansionsprozesses, der sich nach Kriegsende in unserer Wirtschaft abspielte, besonders interessant sein, wenigstens den allgemeinen Verlauf der Investitionstätigkeit zu kennen.

Da uns zuverlässige Unterlagen über das Ausmaß der Investitionstätigkeit nur für den Sektor der Bauwirtschaft zur Verfügung stehen, werden wir uns bei den Ausführungen über die Investition weitgehend auf die Entwicklung im Baugewerbe stützen müssen, um von hier aus einige Aussagen über den Verlauf der gesamten Investition machen zu können. Wir müssen uns jedoch klar sein, daß die von uns später angeführten Bausummen der jährlich gemeldeten Bauvorhaben nur einen Teil der gesamten Investition unserer Volkswirtschaft ausmachen. Immerhin kann gesagt werden, daß zum Beispiel im Jahre 1948 die Bausummen der gemeldeten Bauvorhaben rund 58 Prozente⁹⁹ des geschätzten Wertes der Gesamtinvestition unserer Volkswirtschaft betragen.

In Anbetracht der hohen Bedeutung, die damit der Bautätigkeit als solcher im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung unserer Wirtschaft zukommt, wird es für unsere Ausführungen über die Gründe der Überbeschäftigung notwendig sein, unsere Aufmerksamkeit der gesamten Bautätigkeit zuzuwenden, die durch die gewerbliche Bautätigkeit, den Wohnungsbau und das öffentliche Bauen bestimmt wird. Die Bedeutung der Bautätigkeit im Wirtschaftsprozeß unseres Landes wird uns ferner mit einem Blick auf die Arbeitslosenstatistik während der Krise der dreißiger Jahre einigermaßen bewußt. Diese «lehrt uns, daß unsere Arbeitslosen in der Hauptsache aus der Exportindustrie oder dem Baugewerbe stammen.»¹⁰⁰

So betrug der prozentuale Anteil der beschäftigungslosen Bauarbeiter im Jahre 1935 42 Prozent¹⁰¹ und 1936 47 Prozent¹⁰¹ der gesamten Arbeitslosigkeit, die 1935 82 468¹⁰¹ und 1936 93 009¹⁰¹ Arbeitslose aufwies: während sich der prozentuale Anteil der Exportindustrie an der Gesamtarbeitlosigkeit im Jahre 1935 auf 31 Prozente¹⁰¹ und 1936 auf rund 26 Pro-

⁹⁸ F. A. Burchardt: Vollbeschäftigungsbuch S. 47.

⁹⁹ W. A. Jöhr: «Aktuelle Probleme der Kapitalanlage.» In: Wirtschaft und Recht 1949, Heft 3, S. 173 und Anhang. Jöhr schätzt die gesamte Investition für das Jahr 1948 auf rund 3,6 Milliarden Franken. Davon entfallen auf den öffentlichen Bau 756 Millionen Franken, auf den gewerblichen Bau 480 Millionen und auf den Wohnungsbau 879 Millionen Franken. Der Anteil des Baugewerbes an der Gesamtinvestition betrug damit 2,115 Milliarden Franken oder 58 Prozente.

¹⁰⁰ Arbeitsbeschaffung in Kriegs- und Krisenzeit: Zwischenbericht des Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 1, Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1942, S. 11. In: Schriftenreihe des Delegierten für Arbeitsbeschaffung.

zente¹⁰¹ belief. «Export und Bauwirtschaft sind demnach die eigentlichen Träger unserer Konjunktur.»¹⁰² Berücksichtigen wir ferner, daß die Bauwirtschaft in unserer Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung einnimmt, da von einer regen Bautätigkeit nicht nur das engere Baugewerbe, sondern auch eine große Zahl von vor- und nachgelagerten Erwerbszweigen profitieren, dann dürften unsere später folgenden Ausführungen über die Bautätigkeit doch einigermaßen die Tendenz der gesamten Investitionstätigkeit wiedergeben.

Ferner ist die Bauwirtschaft ein sehr arbeitsintensiver Produktionszweig, da «die Löhne zirka 60 Prozente der Baukosten bilden».¹⁰³ Hieraus darf gefolgert werden, daß Schwankungen der Bautätigkeit relativ starke Veränderungen der Beschäftigung und des Lohneinkommens zur Folge haben, die sich natürlich rasch auf die Gesamtnachfrage nach Konsumgütern auswirken und somit eine kumulative Wirkung auf den gesamten Wirtschaftsprozeß auszulösen vermögen. Dieser Tatsache kommt nicht nur in Krisenzeiten, sondern ebenso sehr in der Phase der Voll- und Überbeschäftigung eine hohe Bedeutung zu.

Bevor wir uns der allgemeinen Beschreibung der sich ausdehnenden Investitionstätigkeit zuwenden, soweit sich diese eben auf die Tätigkeit im Baugewerbe auswirken vermochte, wollen wir vorerst auf einige uns besonders wichtig erscheinende Tatbestände hinweisen, die wesentlich dazu beigetragen haben dürften, daß die Produktion von Kapitalgütern in der Nachkriegszeit einen so bedeutenden Aufschwung genommen hat.

b) Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit

Die gesamte Investitionstätigkeit dürfte in der Nachkriegszeit in der Hauptsache durch die folgenden Bestimmungsgründe beeinflusst worden sein:

1. Durch das Vorhandensein eines Nachholbedarfes an Kapitalgütern und neuen Wohnungen.
2. Durch die Notwendigkeit der Umstellung des kriegswirtschaftlich orientierten Produktionsapparates auf die Friedensproduktion, was sogenannte Umstellungs-Investitionen erforderte.
3. Durch die laufenden Ersatz- und Neuinvestitionen, welche durch den steigenden Konsum und den hohen Export kräftig stimuliert wurden.

Wir sind uns allerdings bewußt, daß unsere Aufzählungen noch erweitert werden könnte. Dennoch glauben wir, die wichtigsten Gründe der Investitionstätigkeit für die Nachkriegszeit berücksichtigt zu haben.

¹⁰¹ Arbeitsbeschaffung in Kriegs- und Krisenzeit: Zwischenbericht des Delegierten für Arbeitsbeschaffung. In: Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 1, Polygraphischer Verlag AG., Zürich 1942. S. 11, Tabelle. Prozentzahlen auf Grund der Angaben des Delegierten für Arbeitsbeschaffung vom Verfasser berechnet.

¹⁰² ebenda S. 11.

¹⁰³ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 4, S. 11.

1. Die knappe Versorgungslage unseres Landes in bezug auf Rohstoffe und die Notwendigkeit, in erster Linie unseren wehrwirtschaftlichen Bedarf zu befriedigen, hatten während des Krieges dazu geführt, daß die laufend notwendigen Ersatzinvestitionen, soweit diese nicht wehrwirtschaftlich unbedingt notwendig waren, zurückgestellt werden mußten. So hat sich im Laufe des Krieges ein nicht unbedeutender Nachholbedarf an derartigen Investitionen angesammelt, der sich nach einer Lockerung der Kriegsbewirtschaftung — das heißt nach der Aufhebung der Zementrationierung im Frühjahr 1946 — geltend gemacht hat.

Das Ausmaß dieses Nachholbedarfes an Kapitalgütern kann jedoch nur für den Wohnungsbau einigermaßen geschätzt werden, da wir beim Wohnungsmarkt dank den Erhebungen der Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung laufend über den Bedarf an Wohnungen und die Produktion von neuen Wohnungen orientiert sind. Bei der Schätzung des Wohnungsbedarfes geht der Delegierte für Arbeitsbeschaffung von der Erfahrung aus, daß durchschnittlich 98 Prozent aller Haushaltungen eine eigene Wohnung beanspruchen.¹⁰⁴

Die Tatsache, daß während des Krieges die laufende Produktion von neuen Wohnungen den laufenden Bedarf nicht zu decken vermochte, und daß sich damit ein Nachholbedarf an Wohnungen nach dem Kriege geltend gemacht haben dürfte, geht aus folgender Tabelle hervor.

Jahre	Jährlicher Zuwachs des Haushalt- bestandes ¹⁰⁵	Jährl. Zuwachs des Wohnungsbedarfes = 98 % des jährl. Zuwachses des Haushaltbestandes ¹⁰⁶	Jährliche Produktion von Wohnungen ¹⁰⁷	+ Wohnungs- überschuß — Wohnungs- manko ¹⁰⁸
1939	—	—	—	+ 25 170
1940	13 160	12 900	6 060	+ 18 330
1941	17 060	16 720	6 600	+ 8 210
1942	17 250	16 910	8 030	— 670
1943	16 610	16 280	8 960	— 7 990
1944	14 660	14 370	11 320	— 11 040
1945	15 510	15 200	11 960	— 14 280
Laufender Wohnungsbedarf vom Jahre 1940—1945		92 380	52 930	
Laufende Wohnungsproduktion vom Jahre 1940—1945		52 930		
Überschuß des laufenden Wohnungsbedarfes über die laufende Wohnungsproduktion		39 450		
Leerwohnungsbestand 1939		25 170		
Wohnungsmanko im Jahre 1945 ohne Beachtung eines notwendigen Leerwohnungsbestandes		14 280		

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die laufende jährliche Produktion von Wohnungen in den ersten Kriegsjahren weit hinter dem laufenden Wohnungsbedarf zurückblieb. Dies dürfte dazu geführt haben, daß bereits im Jahre 1942, gesamtschweizerisch betrachtet, der für eine normale Lage auf dem Wohnungsmarkt notwendige Leerwohnungsbestand verschwunden war. Für das Jahr 1945 kann auf Grund obiger Tabelle angenommen werden, daß sich das Wohnungsmanko auf zirka 14 000 Wohnungen belief, ohne daß hierbei ein für normale Zeiten notwendiger Leerwohnungsbestand berücksichtigt wäre. Um wieder zu einem normalen Leerwohnungsbestand zu kommen, könnten über die im Jahre 1945 direkt mangelnden 14 000 Wohnungen hinaus «weitere 17 000 Wohnungen erstellt werden».¹⁰⁹ Damit ergäbe sich für die Nachkriegszeit ein Nachholbedarf von zirka 31 000 Wohnungen.

Ferner dürfte sich der während des Krieges bestehende Mangel an Baumaterial¹¹⁰ hemmend auf die industrielle Bau- und Investitionstätigkeit ausgewirkt haben. Verschiedene Ersatz- und Neuinvestitionen dürften so auf die Nachkriegszeit verschoben worden sein. Jedenfalls geht aus der folgenden Tabelle deutlich hervor, daß die jährlichen Bausummen im industriellen Sektor während des Krieges sehr niedrig und gegen Kriegsende trotz steigendem Baukostenindex sogar nominell stark zurückgegangen sind.

Jahre	Baukostensummen im gewerblichen Bau in 1000 Franken ¹¹¹	Baukostenindex Zürich seit 1920 1936 = 100 ¹¹²	Preisbereinigte Baukostensummen im gewerblichen Bau
1936	138 717	100	138 717
1939	137 198	108	127 035
1940	136 296	121	112 641
1941	142 871	140	102 051
1942	141 126	157	89 889
1943	105 068	154	64 066
1944	105 106	170	61 827

¹⁰⁴ Arbeitsbeschaffung. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 1, S. 16.

¹⁰⁵ Arbeitsbeschaffung 1947, Heft 3, S. 1.

¹⁰⁶ Vom Verfasser auf Grund von Kolonne 1 berechnet.

¹⁰⁷ Arbeitsbeschaffung 1947, Heft 3, S. 1.

¹⁰⁸ Vom Verfasser berechnet. Differenz von Kolonne 2 und Kolonne 3, zuzüglich Wohnungsüberschuß des Vorjahres. Vergl. hierzu Arbeitsbeschaffung 1947, Heft 3, S. 1.

¹⁰⁹ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 6, S. 5.

¹¹⁰ Infolge der sinkenden Kohlenimporte ging die Zementproduktion von 710 000 Tonnen im Jahre 1941 auf 420 000 Tonnen im Jahre 1944 und auf 265 000 Tonnen im Jahre 1945 zurück, um 1946 bei steigenden Kohlenimporten wieder auf 650 000 Tonnen anzusteigen. Die entsprechenden Zahlen sind dem Augustheft der Arbeitsbeschaffung 1945, S. 1 und dem Aprilheft 1946, S. 3 entnommen.

¹¹¹ Arbeitsbeschaffung 1945, Heft 2, S. 5.

¹¹² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 159. Umrechnung der Indexreihe auf das Basisjahr 1936 vom Verfasser vorgenommen.

Wenn man bedenkt, daß gegenüber dem Krisenjahr 1936 die gewerbliche Bautätigkeit trotz der intensiven Beanspruchung des schweizerischen Produktionsapparates während des Krieges vom Jahre 1939 bis zum Jahre 1944 ständig zurückgegangen ist, wie dies aus den preisbereinigten Bausummen sehr deutlich hervorgeht, und daß diese in den Jahren 1943/44 noch etwa knapp die Hälfte der gewerblichen Bausummen des schweren Krisenjahres 1936 ausmachten, dann dürfte unsere Behauptung, daß sich auch im industriellen Sektor unserer Wirtschaft ein gewisser Nachholbedarf an Investitionen während des Krieges angestaut hatte, einigermaßen begründet sein.

Aber auch beim Bund und bei den Kantonen hat sich ein gewisser Teil des Baubedarfes während des Krieges aufgestaut, dessen Befriedigung in vielen Fällen nach Kriegsende nicht mehr länger aufgeschoben werden konnte. Dazu stellt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung fest: «Schulhäuser müssen erstellt werden, um die starken Geburtsjahrgänge seit 1941 aufzunehmen, Spitäler leiden unter einer akuten Platznot und vermögen den modernen hygienischen Anforderungen nicht mehr zu genügen. Die öffentlichen Versorgungsbetriebe müssen der gesteigerten Nachfrage entsprechend ausgebaut werden, die Straßen sind während der ganzen Kriegszeit nur noch notdürftig unterhalten worden. Neubauten sind, abgesehen von der strategisch wichtigen Sustenstraße, überhaupt nicht mehr erstellt worden.»¹¹³

Es darf angenommen werden, ja es hat sich nach dem Kriege wirklich gezeigt, daß dieser Nachholbedarf, nachdem endlich die nötigen Rohstoffe im Baugewerbe wieder vorhanden und ferner keine Anzeichen sichtbar waren, die auf eine baldige Senkung der im Kriege erneut angestiegenen Baukosten hindeuteten, sich mit ganzer Kraft durchzusetzen suchte, um endlich befriedigt zu werden.

2. Gleichzeitig erforderte die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion Investitionen. Auf diese mögliche Entwicklung hatte V. F. Wagner schon im Jahre 1942 hingewiesen, indem er damals ausführte: «Die Waren, die nach dem Kriege wieder in vermehrtem Maße nachgefragt werden, sind anderer Art als die kriegswirtschaftlichen Produkte. Es sind Lebensmittel und andere Verbrauchsgüter, nicht mehr Munition, Maschinengewehre und Kanonen.»¹¹⁴ Diese nach dem Kriege sich wandelnde Bedarfsstruktur erforderte eine entsprechende Anpassung der Produktion und des hierzu notwendigen Produktionsapparates. Maschinen, Werkzeuge und technische Anlagen, die zur Herstellung von Kriegsmaterial oder Ersatzprodukten benötigt wurden, müssen teils umgebaut oder durch andere ersetzt werden. Diese technischen Umstellungen im Sektor der Verbrauchsgüterproduktion verlangen natürlich entsprechende

¹¹³ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 4.

¹¹⁴ Valentin F. Wagner: «Nachkriegsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft.» In: Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1942, S. 324.

technische Umstellungen in den verschiedenen Stufen der Konsumgüterabteilung und führen so zu einer Steigerung der Nachfrage nach Kapitalgütern.

Während des Krieges hat sich jedoch nicht nur eine binnenwirtschaftliche Umschichtung von der Friedens- zur Kriegswirtschaft vollzogen. Wie wir bereits in einem früheren Abschnitt dargelegt hatten, ist unsere Wirtschaft während des Krieges auch «autarker» geworden. Wichtige Produktionszweige, die vor dem Kriege stark exportorientiert gewesen waren, sahen sich gezwungen, in vermehrtem Maße für den Inlandsmarkt zu produzieren. Auch in der Nachkriegszeit hat sich diese während des Krieges aufgebaute Selbstversorgungstendenz teilweise weiter erhalten. Dies bedeutet jedoch, daß von der gesamten vorhandenen Produktionskapazität ein größerer Teil für die Bereitstellung von Gütern für den Inlandmarkt beansprucht wurde. Steigt nun der Export in der Nachkriegszeit wieder auf das für die Vorkriegszeit normale Niveau, so erfordert schon diese Normalisierung des Exportes eine gewisse Ausweitung der Produktionskapazität. Es darf daher nicht einfach angenommen werden, daß, solange der Export nicht über das Niveau von 1938 hinausgestiegen sei, die indirekten Wirkungen auf die Investition und auf die Beschäftigung, die von der Steigerung des Exportes ausgegangen sind, nur gering zu bemessen seien.

3. Ferner kommt natürlich den laufenden Ersatz- und Neuinvestitionen große Bedeutung zu. Bei der Behandlung der Vorgänge auf dem Konsumgütermarkt haben wir bereits darauf hingewiesen, daß eine Ausdehnung der Konsumgüterproduktion Investitionen erforderte, und daß auf Grund des Beschleunigungsprinzips eine Nachfrageveränderung auf den Konsumgütermärkten bedeutend größere Nachfrageveränderungen auf den Kapitalgütermärkten zur Folge habe.

Aus all diesen Überlegungen dürfte hervorgehen, daß nach Beendigung des Krieges die Investitionstätigkeit infolge des Nachhol- und Umstellungsbedarfes an Kapitalgütern und infolge der bedeutenden Nachfragesteigerung nach Konsum- und Exportgütern mächtig stimuliert wurde.

c) Die Entwicklung der baulichen Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit.

Um zunächst einen Überblick über die gesamte bauliche Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit zu vermitteln, werden wir in der folgenden Tabelle die Bausummen der jährlich gemeldeten Bauvorhaben aufführen. In den folgenden Abschnitten werden wir dann näher auf die Entwicklung im gewerblichen Bau, im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau eingehen.

Seit dem Jahre 1944 stiegen die Bausummen der gemeldeten Bauvorhaben für die ganze Schweiz wie folgt an:

Jahre	Gemeldete Bauvorhaben in 1000 Franken ¹¹⁵
1944	633 861
1945	689 439
1946	1 092 654
1947	1 734 676
1948	1 940 573

Die Zahlen dieser Tabelle lassen uns erkennen, daß die gesamte Bautätigkeit vom Jahre 1946 an gewaltig zugenommen hat. Gegenüber dem Jahre 1945 waren die im Jahre 1947 gemeldeten Bausummen auf das Zweieinhalbfache und die 1948 gemeldete Bausumme beinahe auf das Dreifache gestiegen.

Bei den Angaben über die nominelle Höhe der Bauvorhaben muß allerdings noch berücksichtigt werden, daß sich diese nur auf diejenigen Neubauten und größeren Umbauten beziehen, welche stets im Januar des betreffenden Jahres dem Delegierten für Arbeitsbeschaffung gemeldet wurden. Diese umfassen «jeweils 75 bis 80 Prozente der Bauvorhaben».¹¹⁶ Um das volle Jahresvolumen zu errechnen, müßte das gemeldete Bauvolumen noch um 20 bis 25 Prozente höher bewertet werden. Diesem müßten ferner die Bausummen für Reperatur- und Renovationsarbeiten hinzugefügt werden. So würden sich die Bauvorhaben im Jahre 1946 insgesamt auf 1,731 Milliarden Franken ¹¹⁷ im Jahre 1947 auf zirka 2,515 Milliarden Franken ¹¹⁸ und im Jahre 1948 sogar auf zirka 2,876 Milliarden Franken ¹¹⁹ belaufen.

Vergleicht man diese mit dem Baukostenindex (1920 = 100) bereinigten Bausummen der Nachkriegszeit mit den entsprechenden Bausummen der Hochkonjunktur am Ende der zwanziger Jahre und derjenigen des Krisenjahres 1936, so kommen wir zu folgender Feststellung:

Jahre	Bausummen der gesamten Bautätigkeit in 1000 Franken ¹²⁰	Baukostenindex der Stadt Zürich seit 1920 ¹²¹	Preisbedingte Bausummen der gesamten Bautätigkeit in 1000 Fr. ¹²²
1927	992 177	163	608 698
1928	1 082 164	161	672 152
1929	1 211 021	158	766 469
1930	1 287 636	154	836 127
1931	1 366 489	150	910 993
1936	781 827	131	596 815
1946	1 731 000*	249	695 185
1947	2 500 000*	274	912 409
1948	2 800 000*	278	1 007 194

* Vergleiche Anmerkungen ¹¹⁶ bis ¹¹⁸.

¹¹⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 160.

¹¹⁶ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 2, S. 3.

Diese mit dem Baukostenindex bereinigten Bausummen weisen deutlich darauf hin, daß in der Nachkriegszeit die gesamte Bautätigkeit viel schneller angestiegen ist als Ende der zwanziger Jahre. So stiegen die gemeldeten preisbereinigten Bausummen vom Jahre 1928 zum Jahre 1931 von rund 672 Millionen auf 910 Millionen Franken. Dabei benötigte diese Steigerung eine Zeitspanne von drei Jahren, während dieselbe Zunahme sich nach dem Kriege innerhalb eines einzigen Jahres (1947) durchzusetzen vermochte. Ferner geht aus dieser Tabelle hervor, daß im Jahre 1948 die Bautätigkeit über den Höchststand des Jahres 1931 hinausgestiegen ist. Gegenüber dem Krisenjahr 1936 dürfte die Bautätigkeit schon im Jahre 1947 um die Hälfte und 1948 sogar um zwei Drittel höher gewesen sein.

Nun gibt die Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung als oberste Grenze des zur Vollbeschäftigung im Baugewerbe in der Nachkriegszeit erforderlichen Bauvolumens entfällt zirka 1,9 Milliarden Franken¹²³ an. Bei dieser Schätzung dürfte als Kriterium der Vollbeschäftigung im Baugewerbe eher die zur Verfügung stehende technische Produktionskapazität und nicht die Zahl der verfügbaren inländischen Bauarbeiter im Vordergrund gestanden haben.¹²⁴ Denn obwohl das Bauvolumen im Jahre 1946 diese obere Grenze noch nicht erreicht hatte, waren bereits 6 000¹²⁵ ausländische Bauarbeiter im Baugewerbe tätig. Zudem wird der Bauarbeitermangel im selben Jahre vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung auf über 10 000¹²⁶ geschätzt. Hieraus darf geschlossen werden, daß ein Bauvolumen von 1,9 Milliarden Franken nur unter Mitarbeit eines sehr bedeutenden Kontingentes ausländischer Arbeitskräfte durchgeführt werden kann. Jedenfalls deutet der Arbeitermangel im Jahre 1946 bereits auf das Bestehen einer Überbeschäftigungslage hin. Auf die sich hieraus ergebenden Probleme werden wir bei der Behandlung der Wohnbautätigkeit näher eingehen und uns vorerst fragen, wie die Entwicklung in den eingangs genannten einzelnen Sektoren des Baugewerbes vor sich ging.

Dabei wollen wir unsere Aufmerksamkeit zuerst der privaten gewerblichen Bautätigkeit zuwenden, die als Gradmesser der Unternehmernachfrage nach Kapitalgütern, vor allem nach festen Anlagen, herangezogen werden kann.

¹¹⁷ ebenda 1946, Heft 2, S. 4, vergl. Tabelle.

¹¹⁸ ebenda 1947, Heft 1, S. 3, vergl. Tabelle.

¹¹⁹ ebenda 1948, Heft 1, S. 6, vergl. Tabelle.

¹²⁰ Arbeitsbeschaffung, Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 1, S. 13.

¹²¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 153.

¹²² Vom Verfasser berechnet.

¹²³ Arbeitsbeschaffung 1947, Heft 1, S. 2.

¹²⁴ Vergleiche hierzu: Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 8.

¹²⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, S. 142.

¹²⁶ Arbeitsbeschaffung, Heft 3, S. 2. Andere Schätzungen geben sogar einen Mangel von 18–30 000 Bauarbeitern an. Vergleiche hierzu unsere Angaben im Abschnitt über den Arbeitermangel.

d) Die gewerbliche Bautätigkeit

Mit Hilfe der vom Eidgenössischen Fabrikinspektorat veröffentlichten Angaben über die begutachteten Bauvorlagen wollen wir versuchen, die allgemeine Tendenz der industriellen Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit festzustellen. Um ferner die Schwankungen der industriellen Investition nach dem Kriege mit derjenigen der Hochkonjunktur Ende der zwanziger Jahre und jener unmittelbar vor Kriegsausbruch vergleichen zu können, werden wir in der folgenden Tabelle die entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1928, in welchem die gewerblichen Bauvorlagen ein Maximum erreichten, und jene aus dem Jahre 1938 miteinbeziehen.

In den betreffenden Jahren wurden durch die eidgenössischen Fabrikinspektorate folgende Bauvorlagen begutachtet:¹²⁷

Jahre	Neubauten	Einrichtung bestehender Räume zu Fabrikzwecken	Erweiterungsbauten	Umbauten und Umgestaltung der innern Einrichtung	Total
1928 ¹²⁸	184	118	449	215	966
1938 ¹²⁹	102	257	487	269	1 115
1944	129	207	609	500	1 445
1945	214	350	797	648	2 009
1946	509	445	1 119	1 135	3 208
1947	481	469	1 026	1 395	3 371
1948	367	478	719	1 136	2 600

Aus dieser Tabelle geht der gewaltige Anstieg der gewerblichen Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit deutlich hervor. So stieg die Zahl der begutachteten Fabrikneubauten im Jahre 1945 gegenüber dem Vorjahre um 60 Prozent, 1946 um beinahe 150 Prozent, um dann vom Jahre 1947 an langsam wieder zurückzugehen. Verglichen mit dem Maximum während der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre ist das Maximum im Jahre 1946 beinahe dreimal so hoch. Gegenüber dem Jahre 1938 stieg die Zahl der begutachteten Fabrikbauvorhaben des Jahres 1946 sogar auf das Fünffache. Einen ähnlichen Verlauf deuten die Zahlen der übrigen Kolonnen an. Infolge des im Jahre 1945 noch bestehenden Zementmangels dürfte die Einrichtung bestehender Räume zu Fabrikzwecken in diesem Jahre stärker zugenommen haben als die gemeldeten Fabrikneubauten.

Wenn man bedenkt, daß all diese Fabrikneubauten und Umbauten entsprechend mit Maschinen und technischen Einrichtungen aller Art ausgestattet werden mußten, darf man aus diesen Zahlen wohl schließen, daß die industrielle Investitionstätigkeit in den Jahren 1946/47 und 1948 ein Ausmaß angenommen hat, wie dies in der schweizerischen Wirtschaft wohl kaum je erreicht worden ist.

¹²⁷ Die Volkswirtschaft 1950, S. 38.

¹²⁸ ebenda 1931, S. 19.

¹²⁹ ebenda 1945, S. 15.

Unterlagen über die Wirkungen der Investitionstätigkeit in den übrigen Kapitalgüterindustrien sind leider sehr spärlich. «Immerhin lassen die Angaben über den Inlandabsatz der Maschinenindustrie erkennen, welches Ausmaß die inländische Investition auf diesem Gebiet erreicht haben muß. So kann angenommen werden, daß die Maschinenindustrie im Jahre 1938 30 000 Arbeitskräfte zur Befriedigung des Inlandbedarfs beschäftigte, während es 1946 etwa 60 000 sein dürften.»¹³⁰

Der stürmische Anstieg der gewerblichen Investitionstätigkeit findet ferner seinen Niederschlag in den ständig steigenden Bausummen der gemeldeten gewerblichen Bauvorhaben, wie sie in der folgenden Tabelle wiedergegeben werden.

*Gemeldete Bauvorhaben im industriellen und gewerblichen Sektor*¹³¹

Jahre	Bausummen der gemeldeten gewerblichen Bauvorhaben in 1 000 Franken	Bausummen in Prozent des Vorjahres
1944	76 282	—
1945	90 685	118,9
1946	167 840	185,1
1947	364 197	217,0
1948	382 149	104,9

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß die gewerbliche Investitionstätigkeit im Jahre 1946 gegenüber 1945 um 85 Prozente, 1947 gegenüber dem Vorjahr sogar um 117 Prozent angestiegen ist, um im Jahre 1948 ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres zum Stillstand zu kommen.

Wie verhält sich nun die Steigerung der Nachfrage nach Kapitalgütern zur Steigerung der Konsumgüternachfrage?

Bei der Behandlung der Konsumgüternachfrage in der Nachkriegszeit hatten wir auf Grund der preisbereinigten Kleinhandelsumsätze festgestellt, daß diese im Maximum um zirka 20 Prozent gegenüber dem betreffenden Vorjahre angestiegen ist, während der Export zwar vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1947 sich ungefähr verdoppelt hatte. Demgegenüber dürfte die Investitionstätigkeit in derselben Zeitspanne prozentual dreibis viermal mehr als die Konsumgüternachfrage gestiegen sein, wenn man für eine derartige Schätzung die gewerbliche Bautätigkeit als einzige Unterlage heranzieht. Die Tatsache des relativ bedeutend stärkeren Anstiegs der industriellen Investitionstätigkeit gegenüber dem Steigen der Konsumgüternachfrage in der Nachkriegszeit dürfte unsere früher auf Grund des Akzelerationsprinzips angestellten theoretischen Überlegungen praktisch bestätigen.

Die relativ stärkere Ausweitung der Nachfrage nach Investitionsgütern gegenüber der relativ geringeren Nachfragesteigerung im Konsumgüter-

¹³⁰ Max Icklé: a. a. O. S. 8.

¹³¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 165.

sektor, dürfte ferner dazu beigetragen haben, daß auch die Preise der Investitionsgüter eine stärker ansteigende Tendenz aufweisen als diejenigen der Konsumgüter. So ist beispielsweise der Index der Lebenshaltungskosten vom Jahre 1945 zum Jahre 1948 von 152 nur auf 163¹³², also um 11 Punkte angestiegen, während der Baukostenindex in derselben Zeit von 164 auf 197¹³³ um 33 Punkte, also dreimal mehr angestiegen ist. Die Tatsache, daß die Nachfrage nach Kapitalgütern trotz stärkerem Ansteigen ihrer Preise sich rascher und stärker entfaltet hat als die Nachfrage nach Konsumgütern bei geringerem Steigen der Preise, dürfte darauf hindeuten, daß in der Nachkriegszeit die Preiselastizität der Nachfrage nach Investitionsgütern weniger elastisch war als diejenige nach Konsumgütern.

Diese günstige marktstrategische Position der Kapitalgüterproduzenten gegenüber den Konsumgüterproduzenten dürfte jene veranlaßt haben, beim bestehenden Arbeitermangel in bezug auf ihre Lohnangebote großzügiger zu sein als diese. Auf diese Weise dürften die Kapitalgüterproduzenten Arbeitskräfte, die sie für eine Ausweitung ihrer Produktion unbedingt brauchten, dem Sektor der Konsumgüterproduktion entzogen und sie dem Prozeß der Kapitalgüterproduktion eingegliedert haben. In der Zeit der Überbeschäftigung bestand somit die Tendenz, daß sich die Expansion in der Kapitalgüterproduktion bis zu einem gewissen Grad auf Kosten einer eventuellen Ausweitung der Konsumgüterproduktion durchzusetzen vermochte. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in gewisse Zweige der Industrie und in das Baugewerbe in der Nachkriegszeit, eine Entwicklung, auf welche wir bereits früher näher eingegangen sind. In unserem nächsten Abschnitt werden wir ferner feststellen, daß ein ähnlicher Vorgang auch innerhalb des Baugewerbes selbst in Erscheinung trat, indem die gewaltige Expansion im Sektor des gewerblichen Baues den Wohnungsbau zu erdrücken drohte.

e) Der Wohnungsbau

Nebst dem gewaltigen Bauvolumen im gewerblichen Sektor sollte unmittelbar nach Kriegsende, trotz der Überbeschäftigungslage im Baugewerbe, der Wohnungsbau mit allen Mitteln gesteigert werden, um die bestehende Wohnungsnot durch eine großzügige Erweiterung der Produktion von neuen Wohnungen allmählich zu beseitigen. Dabei zeigt es sich, daß oft konjunkturpolitisch wünschenswerte Ziele hinter sozialpolitisch vordringlichen Zielsetzungen zurücktreten müssen. Vom rein konjunkturpolitischen Standpunkte aus wäre es nämlich wünschenswert, den Nachholbedarf an Wohnungen von der Hochkonjunktur auf die Niedergangsphase des Konjunkturverlaufes zu verlegen und so Arbeitsgelegenheiten

¹³² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 317.

¹³³ ebenda 1948, S. 159. Baukostenindex der Stadt Zürich. Auf das Basisjahr 1939 = 100, vom Verfasser umgerechnet.

für die Krisenzeiten zurückzustellen. Diesen rein konjunkturpolitischen Erwägungen können jedoch sozial- und bevölkerungspolitische Überlegungen übergeordnet sein, wie dies beim Wohnungsbau in der Nachkriegszeit auch deutlich der Fall war.

Da ferner der wirtschaftliche Anreiz zum Bau neuer Wohnungen infolge der niedrigen Rendite, die von Wohnungsneubauten erwartet werden konnte, relativ gering war, wird es uns interessieren, unter welchen Umständen und mit welchen Mitteln der Wohnungsbau in der Nachkriegszeit sich gegenüber dem gewerblichen Bau einerseits und dem öffentlichen Bau andererseits durchzusetzen vermochte und so seinen Teil zur überbordenden Bau- und Investitionstätigkeit beigetragen hat.

Bei der Behandlung der gesamten Bautätigkeit hatten wir zum Schluß darauf hingewiesen, daß schon im Jahre 1946 im Baugewerbe Anzeichen von Überbeschäftigung sichtbar waren, während die Bausumme für den gemeldeten Wohnungsbau erst etwa eine halbe Milliarde Franken¹³⁴ betrug. Ferner hatten wir festgestellt, daß der gewerbliche Bau in den folgenden Jahren einen gewaltigen Aufschwung nahm, während die öffentliche Bautätigkeit, wie wir noch sehen werden, sich ebenfalls weiter ausdehnte. Dieser bedeutende Anstieg der Nachfrage auf dem Bauparkt hatte bei der Knappheit an Bauarbeitern zu einem Nachfrageüberschuß und damit zur Überbeschäftigung im Baugewerbe geführt.

Die Aufhebung der Zementrationierung im Mai 1946 hatte zur Folge, daß mitten im Sommer Bauten in Angriff genommen wurden, die in den ersten Monaten des Jahres 1946 infolge der damals noch bestehenden Zementrationierung zurückgestellt werden mußten. Nun hat «die Erfahrung... gezeigt, daß Bauunternehmer ungern auf einen Auftrag verzichten. Sie haben vielmehr das Bestreben, die Baustelle zu eröffnen, um hernach nach Arbeitskräften Umschau zu halten».¹³⁵ Wenn nun Bauten begonnen werden, für die nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, müssen sich unweigerlich die Fertigstellungstermine verzögern. Dies aber bedeutet Zinsverlust. Unter diesen Bedingungen werden die einzelnen Bauunternehmer versuchen, zusätzliche Arbeitskräfte durch Anbieten höherer Löhne aus andern Erwerbszweigen oder von andern Bauunternehmern wegzulocken. Mit Hilfe dieser angebotenen «Locklöhne» werden sich die Bauunternehmer gegenseitig die beschäftigten Bauarbeiter abjagen. So wird schließlich jeder Bauunternehmer gezwungen sein ebenfalls höhere Löhne zu bezahlen, sofern er nicht seine Arbeitskräfte an einen Konkurrenten verlieren will. Bei dieser für die Arbeiter günstigen Marktposition ist es natürlich auch für die Gewerkschaften verhältnismäßig leicht, Lohnerhöhungen durchzusetzen. In der Folge dürfte das Lohnniveau im Baugewerbe rasch ansteigen. Für die Bauunternehmer stei-

¹³⁴ Im Jahre 1946 betrug die Bausumme der gemeldeten Wohnbauvorhaben 501 857 000 Franken. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 160.

¹³⁵ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 4.

gen damit die Kosten, ohne daß gleichzeitig die gesamte Produktion weiter gesteigert werden könnte. Bei dem bestehenden Nachfrageüberschuß nach Bauten ist es jedoch kaum wahrscheinlich, daß die Bauunternehmer diesen Kostenzuwachs selber tragen werden. Vielmehr werden sie diesen auf die Preise weiterwälzen, was natürlich eine Steigerung der Baupreise zur Folge hat.

Unter diesen günstigen Bedingungen konnten die ungelernten Bauarbeiter ihre Lohnansätze den während des Krieges gestiegenen Lebenshaltungskosten bereits im Jahre 1945 angleichen, während dies den gelernten Bauarbeitern erst im Laufe des Jahres 1946 gelang. In den darauffolgenden Jahren stieg der Nominallohnindex, den wir auf Grund der durchschnittlichen Stundenverdienste verunfallter Bauarbeiter berechneten, wobei wir als Basisjahr die Stundenverdienste vom Jahre 1939 wählten, weit über den Stand des Index der Lebenshaltungskosten hinaus, wie dies aus folgender Tabelle hervorgeht.

Jahre	Landesindex der Lebenshaltungskosten (Jahresmittel) ¹³⁶	Indices der durchschnittlichen Stunden- verdienste verunfallter Arbeiter des Baugewerbes (1939 = 100) ¹³⁷	
		Gelernte und angelernte Arbeiter über 18 Jahren	Ungelernte Arbeiter über 18 Jahre
1939	100	100	100
1945	152	141	155
1946	151	156	175
1947	158	168	188
1948	163	177	198

Wenn die Baukosten zu zirka 60 Prozent durch die Lohnkosten bedingt sind, wie wir dies früher erwähnt haben, und die Bauunternehmer, die dadurch entstehenden Mehrkosten weiterwälzen, dann mußten diese ansehnlichen Lohnsteigerungen im Baugewerbe den Baukostenindex kräftig in die Höhe treiben.

So stieg der Index der Baukosten in der Nachkriegszeit wie folgt:

<i>Baukostenindex der Stadt Zürich</i>	
Jahre	(1939 = 100) ¹³⁸
1939	100
1945	164
1946	176
1947	194
1948	197

¹³⁶ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 317.

¹³⁷ ebenda S. 340. Indexzahlen vom Verfasser auf Basisjahr 1939 = 100 berechnet.

¹³⁸ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 159. Index vom Verfasser auf Basisjahr 1939 = 100 umgerechnet.

Nun lehrt uns die Erfahrung, daß die Baukosten einen entscheidenden Einfluß auf die Wohnbautätigkeit ausüben. «So blieb die Wohnbautätigkeit in der letzten Nachkriegszeit (nach 1918) trotz großer Nachfrage weit hinter dem Bedarf zurück, weil die damals stark angestiegenen Baukosten eine normale Rendite des Hausbesitzers verunmöglichte.»¹³⁹ Auch während des zweiten Weltkrieges sind die Baukosten um 64 Prozente gegenüber dem Jahre 1939 angestiegen. Nun hatte die Eidg. Preiskontrolle nach dem Kriege für Wohnungsneubauten «eine Bruttorendite von zirka 5 Prozent zugebilligt».¹⁴⁰ Gegenüber dem Jahre 1938, für welches der Delegierte für Arbeitsbeschaffung auf Grund der Mietpreiserlöse eine Bruttorendite des Hausbesitzers von 7 Prozent errechnet hat, liegt sie damit in der Nachkriegszeit um 2 Prozent niedriger, womit natürlich auch die Nettorendite gegenüber 1938 entsprechend zurückgegangen sein dürfte. Mochte diese geringe Bruttorendite im Interesse der Niedrighaltung der Mietpreise gerechtfertigt gewesen sein, dürfte sie anderseits nicht ausreichend gewesen sein, um einen genügenden Anreiz zum Bau neuer Wohnhäuser auszulösen. Ersteller neuer Wohnhäuser mußten nämlich damit rechnen, daß sie, nachdem einmal genügend Wohnungen vorhanden sein werden, mit den Besitzern von Altwohnungen in Konkurrenz treten müssen, wobei diese die Mietpreise auf einer Höhe halten dürften, die es ihnen ermöglicht, ihre alten Wohnungen auf jeden Fall zu vermieten. Die Vermutung liegt daher nahe, daß dann die Kosten des notwendigen Leerwohnungsbestandes zum größeren Teil von den Besitzern teurer Neuwohnungen getragen werden müßten, was sich natürlich ungünstig auf die langfristige Rentabilität der neuen Wohnungen auswirken müßte. Es darf zwar angenommen werden, daß die Mietpreise für Altwohnungen entsprechend der Lockerung der Mietpreiskontrolle steigen werden. Dies dürfte bei den Altwohnungen dazu führen, daß ihre Rentabilität die Tendenz hat anzusteigen, während die Besitzer von neuen Wohnhäusern aus den oben angeführten Gründen später Mühe haben dürften, das anfängliche Rentabilitätsniveau zu halten.

Um jedoch bei dieser erwarteten Konkurrenz eine angemessene Rendite auch in einem späteren Zeitpunkt erzielen zu können, waren die Ersteller von neuen Wohnungen gezwungen, die Gestehungskosten für neue Wohnungen äußerst niedrig zu halten.

Ganz anders waren jedoch die Voraussetzungen für den Industrie-Bau. In der Industrie war das Preis-Kostenverhältnis und damit die Gewinnchance nach dem Kriege äußerst günstig. Jedenfalls deuten die bei den Aktiengesellschaften der Industrie in der Nachkriegszeit ausgeschütteten Dividenden auf diese Tatsache hin.

¹³⁹ Arbeitsbeschaffung 1945, Heft 4, S. 14.

¹⁴⁰ ebenda S. 27.

Ausgeschüttete Aktiendividenden in der Industrie

Jahre	Dividenden in Prozenten des einbezahlten Kapitals
1936	4,15 ¹⁴¹
1945	6,73 ¹⁴²
1946	7,26 ¹⁴²
1947	9,83 ¹⁴³
1948	8,29 ¹⁴⁴

Dieser Tabelle kann entnommen werden, daß die durchschnittlichen Dividendensätze vom Jahre 1945 an dauernd gestiegen sind und im Jahre 1947 mehr als doppelt so hoch lagen als im Krisenjahr 1936.

Gehen wir von der Tatsache aus, daß eine günstige Preis-Kostenrealisation und die vorzüglichen Absatzmöglichkeiten der ersten Nachkriegsjahre die Erwartungen der Unternehmer in bezug auf die zukünftigen Gewinnmöglichkeiten zu beeinflussen vermochten, dann dürften die Industrieunternehmungen auf Grund der damaligen Gewinnmöglichkeiten und der bestehenden Marktverhältnisse eher bereit und in der Lage gewesen sein, teure Investitionen in Kauf zu nehmen als die Nachfrager nach Wohnbauten. Auf denselben Tatbestand in der Exportindustrie haben wir bereits früher hingewiesen. Hieraus dürfte hervorgehen, daß infolge der zu erwartenden höheren Rentabilität industrieller Investitionen gegenüber der Rentabilität im Wohnungsbau die Preiselastizität der Nachfrage nach gewerblichen Bauten stabiler war als diejenige nach Wohnungsbauten.

Besteht nun ein Nachfrageüberschuß im Baugewerbe, so werden die Bauunternehmer nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge handeln, und die ihnen zur Verfügung stehenden personellen und physischen Produktivkräfte auf jenen Baustellen beschäftigen, wo sie für die Bauunternehmer die höheren Grenzerträge abwerfen. Aber auch die Arbeiter werden ihre Arbeitskraft dort anbieten, wo der Lohn und die Arbeitsbedingungen für sie am günstigsten sind. Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn der Delegierte für Arbeitsbeschaffung bereits im Jahre 1946 mitteilte, «daß die Arbeitskräfte vom Wohnungsbau, der nicht wie der Industriebau in der Lage ist, die hohen Konjunkturlöhne zu zahlen, in den industriellen oder gar in den öffentlichen Bau abwandern».¹⁴⁵

Es bestand somit bei der Überbeschäftigungslage im Baugewerbe die Gefahr, daß angesichts der hohen und noch weiter ansteigenden Nachfrage nach gewerblichen Bauten der Wohnungsbau durch den Industriebau und durch den öffentlichen Bau, bei dem Rentabilitätsüberlegungen kaum von Bedeutung sind, erdrückt werde. Dies hätte angesichts der Dringlichkeit,

¹⁴¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1938, S. 333.

¹⁴² ebenda 1947, S. 368.

¹⁴³ ebenda 1948, S. 368.

¹⁴⁴ ebenda 1949, S. 372.

¹⁴⁵ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 4, S. 2.

die der Lösung des Problems der Wohnungsnot vom sozialpolitischen Standpunkte aus zukam, die öffentliche Hand zu Interventionen im Bau-sektor veranlassen können. So stellt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung Mitte 1946 in einem Artikel über die Maßnahmen der Konjunkturpolitik fest: «Der einzige Weg bei der heutigen Arbeitsmarktlage, den Wohnungs-bau wirksam zu fördern, scheint uns... durch eine Zurückstellung der öffentlichen und industriellen Bauvorhaben zugunsten des Wohnungsbaues gegeben zu sein. Dies ist aber nach dem Wegfall der Zementrationierung nur durch eine gewisse Lenkung der Bautätigkeit möglich.»¹⁴⁶

Um bei dieser für den Wohnungsbau ungünstigen Situation ein Mini-mum von Wohnungsneubauten sicherzustellen, und um einer staatlichen Lenkung der Bautätigkeit, die vom Standpunkte einer aktiven Konjunktur-politik durchaus das zweckmäßigere Mittel zur Dämpfung der Überbe-schäftigung einerseits und zur Förderung des Wohnungsbaues gewesen wäre, vorzubeugen, übernahmen der Schweizerische Gewerbeverband und der Schweizerische Baumeisterverband die Verantwortung dafür, «daß jährlich 13 000 Wohnungen erstellt werden».¹⁴⁷ Andererseits wurde dem Baugewerbe von den Behörden die Zulassung von zusätzlichen, ausländi-schen Arbeitskräften unter der Bedingung zugesichert, daß diese ausschließ-lich im Wohnungsbau eingesetzt werden. Ferner haben «die Bundesbehör-den... die Erklärung abgegeben, daß die vorgesehene Wohnungsproduktion nicht etwa an der Subventionsfrage scheitern werde, und daß die zur Sicherstellung eines Wohnbauprogrammes von jährlich 13 000 Wohnungen notwendigen Bundesbeiträge gewährt werden».¹⁴⁸

Die in der Folge zugesicherten Subventionen von Seiten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden ergaben in den Jahren 1946 bis 1948 folgende Beträge:

Zugesicherte Subventionen für den Wohnungsbau in 1000 Franken

Jahre	Bund	Kantone Gemeinden und Dritte	Total
1946 ¹⁴⁹	63 830	107 618	171 448
1947 ¹⁵⁰	75 229	146 551	221 780
1948 ¹⁵¹	19 054	55 481	74 535

Im Jahre 1947, in welchem die Bausumme der gemeldeten Wohnbau-vorhaben 817 380 000 Franken ¹⁵² betrug, machten somit die zugesicher-ten Subventionen rund 27 Prozent aus. Damit dürften die gewährten Subventionen in hohem Maße dazu beigetragen haben, das Verhältnis

¹⁴⁶ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 8.

¹⁴⁷ ebenda 1946, Heft 4, S. 2.

¹⁴⁸ ebenda 1946, Heft 4, S. 2.

¹⁴⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, S. 210.

¹⁵⁰ ebenda 1947, S. 167.

¹⁵¹ ebenda 1948, S. 162.

¹⁵² ebenda 1948, S. 160.

zwischen Kosten und anwartschaftlichen Erträgen im Wohnungsbau günstiger zu gestalten.

Die Zahl der an ausländische Bauarbeiter erteilten Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen stiegen in denselben Jahren wie folgt an:

Jahre	Total der erteilten Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Bauarbeiter
1946 ¹⁵³	6 677
1947 ¹⁵⁴	26 056
1948 ¹⁵⁵	31 032

Mit Hilfe dieser bedeutenden Kontingente von ausländischen Bauarbeitern einerseits und der gewährten öffentlichen Subventionen andererseits war es möglich, dem Wohnungsbau die notwendige Durchschlagskraft zu verleihen und die Wohnungsproduktion bedeutend zu steigern.

So stieg die Zahl der in den Jahren 1946 bis 1948 neuerstellten Wohnungen wie folgt an:

Jahre	Neuerstellte Wohnungen in der Schweiz
1946 ¹⁵⁶	12 929
1947 ¹⁵⁷	16 526
1948 ¹⁵⁸	22 005

Es zeigt sich, daß es mit den angewendeten Mitteln gelang, das sozialpolitische Ziel, nämlich die Linderung der bestehenden Wohnungsnot, zu erreichen. Andererseits muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß dieses Ziel unter Vernachlässigung des konjunkturpolitischen Gesichtspunktes erreicht wurde.

Während nämlich zur Zeit der Überbeschäftigung alles daran gesetzt werden sollte, die überdimensionierte Investitionstätigkeit besonders im öffentlichen Sektor, aber nach Möglichkeit auch im privaten Sektor, auf ein mit dem Zustande der Vollbeschäftigung noch zu vereinbarendes Ausmaß zu begrenzen, wurden dem Baugewerbe, wie in der Hochkonjunktur Ende der zwanziger Jahre, mehr als 30 000 ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, damit der Industriebau zusammen mit dem öffentlichen Bau ihre gewaltigen Bauvorhaben möglichst ungehindert verwirklichen konnten, ohne den wirtschaftlich schwächeren Wohnungsbau allzusehr zu konkurrenzieren.

Damit zeigt es sich, daß auch die Lösung des Problems der Wohnungsnot im wesentlichen nicht durch eine Beschränkung der übrigen Bautätigkeit, sowohl im industriellen Sektor und wie wir anschließend noch sehen

¹⁵³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, S. 142.

¹⁵⁴ ebenda 1947, S. 110.

¹⁵⁵ ebenda 1948, S. 104.

¹⁵⁶ ebenda 1946, S. 204; ¹⁵⁷ 1947, S. 161; ¹⁵⁸ 1948, S. 156.

werden im öffentlichen Sektor, gefunden wurde. Vielmehr wurde die Wohnbautätigkeit durch Subventionen stimuliert, während in den übrigen Sektoren die Teilnachfragen nicht entsprechend beschränkt wurden, um so die Gesamtnachfrage im Baugewerbe auf einer für die Vollbeschäftigung notwendigen Höhe zu halten. Damit überstieg die gesamte Baunachfrage den zur Vollbeschäftigung im Baugewerbe notwendigen Stand. Zur Befriedigung des über die Vollbeschäftigungsnachfrage hinausgehenden Nachfrageanteiles mußte die vorhandene Produktionskapazität des Baugewerbes erweitert und ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden.

Daß eine derartige Aufblähung eines Produktionszweiges die Gefahr in sich schließt, daß Investitionen vorgenommen werden, die bei einem Nachfragerückgang nicht mehr ausgenützt werden können und sich in der Folge als Fehlinvestitionen erweisen könnten, liegt auf der Hand. Auf die weitere Gefahr der Vorwegnahme von Arbeitsgelegenheiten in der Zeit der Überbeschäftigung sind wir bereits bei der Behandlung der Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozess näher eingegangen.

f) Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, ist die öffentliche Bautätigkeit in der Nachkriegszeit stark gestiegen und hat ferner im Rahmen des gesamten Bauvolumens einen bedeutenden Raum eingenommen.

Jahre	Gemeldete öffentliche Bauvorhaben in 1000 Franken ¹⁵⁹	Prozentualer Anteil der öffentlichen Bauvorhaben an den gesamten Bauvorhaben ¹⁶⁰
1945	343 417	49,8%
1946	422 957	38,7%
1947	552 999	31,9%
1948	677 802	34,9%

Diese Zahlen weisen auf die starke Stellung der öffentlichen Bautätigkeit am gesamten Bauvolumen hin. Hieraus darf geschlossen werden, daß der Staat durch eine konjunkturgerechte zeitliche Verteilung seiner Bauaufträge — das heißt, durch Verlagerung der aufschiebbaren öffentlichen Investitionen auf die Niedergangsphase des Konjunkturzyklus — imstande sein dürfte, einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich der privaten Investitionsschwankungen und damit zur Glättung des Konjunkturverlaufes zu leisten.

In Anbetracht der Beschäftigungslage, besonders im Baugewerbe, mahnt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung bereits im Februar 1946 die zuständigen Stellen der Bundesverwaltung, der Kantone und der Gemeinden,

¹⁵⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 160.

¹⁶⁰ Prozentsätze vom Verfasser berechnet. Absolute Zahlen siehe Tabelle: Gemeldete Bauvorhaben S. 53 dieses Kapitels.

«größte Zurückhaltung bei der Vergebung nicht dringlicher öffentlicher Arbeiten»¹⁶¹ walten zu lassen.

In der Folge verfügt der Bundesrat in einem Beschluß vom 22. April 1946¹⁶², daß die Vergebung bundeseigener Arbeiten und Aufträge, unter Einschluß jener der Regiebetriebe, nur noch erfolgen dürfe, wenn ihre Ausführung absolut unaufschiebbar sei. Die Ausführung von Bauobjekten, die im einzelnen Fall 100 000 Franken übersteigen, bedarf der Zustimmung des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes.

Wie wir jedoch bereits feststellen konnten, sind die Bauvorhaben der öffentlichen Hand in den Jahren 1946/47/48 im Verhältnis zum Jahre 1945 weiter angestiegen. Die prozentuale Steigerung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr belief sich, wie dies auf Grund unserer Tabelle (auf Seite 62) berechnet werden kann, im Jahre

1946 auf	23,2%
1947 auf	30,7%
1948 auf	22,6%

Es darf jedenfalls gesagt werden, daß die öffentliche Bautätigkeit in den Jahren der Überbeschäftigung, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie die private Bautätigkeit, so doch tendenzmäßig in derselben Richtung sich entwickelte, wie diese; und das, trotz den beschränkenden Maßnahmen von Seiten des Bundes. Damit hat die öffentliche Bautätigkeit eher dazu beigetragen, die Überbeschäftigung im Baugewerbe zu verstärken, anstatt sie zu mildern.

Nimmt man ferner eine Aufteilung der gemeldeten öffentlichen Bauvorhaben nach dem Gesichtspunkt der jeweiligen Auftraggeber vor, so verteilen sich die Bauvorhaben für das Jahr 1948 wie folgt auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden.

*Gemeldete öffentliche Bauvorhaben nach Auftraggebern 1948*¹⁶³

Auftraggeber	öffentliche Bauvorhaben	
	in 1000 Franken	in %
Direktion der eidg. Bauten (inkl. PTT-Hochbauten)	48 970	7,2
PTT-Tiefbauten	10 316	1,5
SBB	75 723	11,2
Übrige Transportanstalten	23 650	3,5
Kantone	132 912	19,6
Gemeinden und Korporationen mit öffentlichem Charakter (ohne Verkehrsbetriebe)	318 946	47,1
Kraftwerke	67 285	9,9
Total	677 802	100,0

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß rund ein Fünftel aller gemeldeten Bauvorhaben auf den Bund einschließlich SBB und der PTT und ein wei-

¹⁶¹ Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 1, S. 1.

¹⁶² ebenda 1946, Heft 3, S. 6.

¹⁶³ Arbeitsbeschaffung 1948, Heft 1, S. 8.

terer Fünftel auf die Kantone entfallen. 47,1 Prozente, also beinahe die Hälfte, stammen von den Gemeinden und den öffentlichen Körperschaften.

Unter Berücksichtigung der föderalistischen Struktur des schweizerischen Staatswesens und der Gemeindeautonomie kann aus der oben stehenden Verteilung der Bauvorhaben geschlossen werden, daß der Bund nur etwa auf einen Fünftel der öffentlichen Bauvorhaben seinen direkten Einfluß geltend machen kann. Der Bund kann es daher «nicht verhindern, daß einzelne Kantone oder Gemeinden ohne Subventionen, auf eigene Rechnung bauen, wo die privaten Investitionen hoch sind und eine weitere Expansion unerwünscht ist».¹⁶⁴ Auf diese Umstände dürfte die konjunkturwidrige Ausweitung der öffentlichen Bauvorhaben in der Nachkriegszeit zum überwiegenden Teil auch zurückzuführen sein. Es darf in diesem Zusammenhang vielleicht darauf hingewiesen werden, daß zum mindesten noch in der Periode der Überbeschäftigung der Nachkriegszeit die Maßnahmen des Bundesrates und die Empfehlungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, die beide immer und immer wieder darauf hingewiesen haben, die öffentliche Hand möge Bauvorhaben nicht in der Zeit des Arbeiter- und Materialmangels zur Ausführung bringen, sondern alle nicht sehr dringlichen Arbeiten zurückstellen, nicht überall verstanden und befolgt wurden. Zu dieser enttäuschenden Entwicklung stellt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung fest: «Auch wenn billigerweise zugegeben werden muß, daß es viele öffentliche Arbeiten gibt, die sich nicht ohne weiteres zurückstellen lassen (wie beispielsweise Straßen, Kanalisationen zur Erschließung von Bauland, Munitionsmagazine, Kraftwerke, Gewässerkorrekturen, Spitäler, Schulhäuser u. a. m.), so steht andererseits doch fest, daß trotz aller Ermahnungen und Empfehlungen heute öffentliche Bauvorhaben zur Ausführung gebracht werden, bei denen offensichtlich von einer absoluten Dringlichkeit nicht gesprochen werden kann. Wir denken insbesondere an den Bau von Sportplätzen, Verwaltungsgebäuden, Güterstraßen, Waldwegen usw.»¹⁶⁵

Für das konjunkturwidrige Verhalten der öffentlichen Hand in der Zeit der Überbeschäftigung dürfte weitgehend das Festhalten an den Grundsätzen der orthodoxen Finanzpolitik eine Rolle gespielt haben. In unserem nächsten Abschnitt werden wir sehen, daß die Einnahmen der öffentlichen Haushalte mit zunehmendem Beschäftigungsgrad ansteigen. Vom Standpunkte der klassischen Finanztheorie aus, welche grundsätzlich den Budgetausgleich innerhalb eines Fiskaljahres anstrebt, ist daher gegen eine Steigerung der öffentlichen Bautätigkeit bei steigenden jährlichen Einnahmen nichts einzuwenden. Eine aktive Konjunkturpolitik ist allerdings auf Grund derartiger Überlegungen unmöglich, da der Staat durch seine entsprechend den steigenden Einnahmen höheren Ausgaben höchstens die private Nachfrage konkurrenziert, wie wir dies beim Wohnungsbau festgestellt hatten und ferner durch die so hervorgerufene

¹⁶⁴ Charles La Roche a. a. O. S. 55.

¹⁶⁵ Arbeitsbeschaffung 1948, Heft 1, S. 8.

Steigerung der gesamten Nachfrage mit dazu beiträgt, die Spannung auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken und damit direkt mitschuldig wird an den lohn- und preistreibenden Tendenzen, die von einer derartigen Übersteigerung der Investitionstätigkeit ausgehen.

F. Der Einfluß der öffentlichen Finanzhaushalte auf die Gesamtnachfrage und die Beschäftigung unter Berücksichtigung der Wirkungen, welche sich durch den Abbau der direkten konsum- und investitionsbeschränkenden Maßnahmen für den Beschäftigungsgrad in der Nachkriegszeit ergaben

a) Allgemeines

Um den tendenziellen Einfluß der öffentlichen Finanzhaushalte auf die Beschäftigungslage der Nachkriegszeit beurteilen zu können, wollen wir ausgehen von der modernen Finanztheorie, welche feststellt, daß der staatlichen Finanzpolitik grundlegende Bedeutung im Hinblick auf die Möglichkeit einer Beeinflussung und Regulierung der gesamten Nachfrage und damit des Beschäftigungsniveaus zukommt. Nach dieser Theorie hat der Staat nicht nur durch die Festsetzung der Höhe der öffentlichen Ausgaben und deren Verwendungsart ein konjunkturpolitisches Mittel zur Beeinflussung des Beschäftigungsgrades in der Hand, sondern auch durch die Art und Weise der Finanzierung dieser öffentlichen Ausgaben.

Bei der Behandlung unseres Problems müssen wir daher unterscheiden zwischen *Mittelverwendung* einerseits und *Mittelbeschaffung* anderseits.

Von den öffentlichen Ausgaben kann eine expansive Wirkung auf die Beschäftigung ausgehen, sofern sie zusätzliches Einkommen schaffen, während von der Mittelbeschaffung gesagt werden kann, daß sie primär restriktiv auf die Nachfrage und die Beschäftigung wirkt, insoweit sie eine Verminderung der privaten Ausgaben für den Konsum und die Investitionen zur Folge hat. So definiert La Roche den konjunkturpolitisch wirksamen Einnahmen- oder Ausgabenüberschuß «als Unterschied zwischen dem Betrag, der ‚expansiven‘ Ausgaben und dem Betrag der ‚restriktiv‘ beschafften Mittel».¹⁶⁶ Dabei muß man sich darüber klar sein, daß, selbst wenn diese beiden Größen aus den öffentlichen Rechnungen ermittelt werden könnten, ihre Differenz uns höchstens ein ungefähres Bild von der Größenordnung der Wirkungen der betreffenden öffentlichen Haushalte auf den Wirtschaftskreislauf¹⁶⁷ zu geben vermöchten, da niemals auch nur annähernd genau festgestellt werden kann, inwieweit beispielsweise die Mittelbeschaffung wirklich restriktive Wirkungen auslöst, beziehungsweise wie groß die expansiven Wirkungen auf den Wirtschaftsprozess gewesen wären, wenn das Geld nicht an den Staat abgeführt, sondern den privaten Haushalten und den Unternehmungen zur freien Verwendung überlassen worden wäre.

¹⁶⁶ Charles La Roche: Die schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, a. a. O. S. 135.

¹⁶⁷ Derselbe: a. a. O. S. 138.

Diese einleitenden Ausführungen mögen uns gleich zu Beginn die Grenzen der Möglichkeit, Aussagen über Wirkungen finanzpolitischer Maßnahmen zu machen, vor Augen führen.

Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Finanzpolitik der Nachkriegszeit sich gegenüber jener der Kriegszeit in einer teilweise veränderten Wirtschaftsordnung abspielte, da unter dem Einfluß der politischen Willensäußerung die direkten staatlichen Kontrollen der Verteilung des Sozialproduktes in der Nachkriegszeit rasch wieder abgebaut wurden. Durch den teilweisen Abbau dieser Kontrollen hat der Staat ein Mittel aus der Hand gegeben, das verkoppelt mit den finanzpolitischen Maßnahmen es ihm während des Krieges ermöglicht hatte, die private effektive Nachfrage viel besser in Schranken zu halten, als dies in der Nachkriegszeit mit Hilfe der Finanzpolitik *allein* möglich war.

Es stellt sich daher die Frage, ob nicht gerade aus diesem Grunde die *restriktiven* Wirkungen, die in der Nachkriegszeit von der Art der Beschaffung der öffentlichen Mittel auf die Beschäftigung ausgingen, tendenziell sogar geringer waren als in den letzten Kriegsjahren. Schließlich kommt es nicht *allein auf die rechnungsmäßigen* Überschüsse oder Defizite der öffentlichen Haushalte an, sondern auf den Überschuß der expansiven, bzw. restriktiven *Wirkungen*. Dabei soll natürlich keineswegs bestritten werden, daß Budgetüberschüsse, sofern sie durch abgeschöpfte *aktive* Kaufkraft finanziert worden sind, tendenziell restriktiv auf die Nachfrage und damit auf die Beschäftigung einwirken können.

b) Die hohen Ausgaben der öffentlichen Haushalte und ihr Einfluß auf die Gesamtnachfrage und die Beschäftigung

In der Einleitung zum zweiten Teil unserer Arbeit hatten wir darauf hingewiesen, daß das Beschäftigungsniveau abhängig sei von der Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, ausgedrückt in Geld. Die gesamte Nachfrage hatten wir unterteilt in die in- und ausländische Nachfrage, wobei die inländische Nachfrage wieder aufgeteilt werden kann in einen privaten und öffentlichen Sektor.

In diesem Abschnitt werden wir den Einfluß der *öffentlichen* Nachfrage in der Nachkriegszeit auf die Beschäftigung untersuchen.

Da die Größe des Anteils der öffentlichen Nachfrage an der Gesamtnachfrage von entscheidender Bedeutung für das Ausmaß des konjunkturpolitisch möglichen Einflusses der öffentlichen Finanzen auf die Gesamtwirtschaft ist, werden wir zuerst versuchen, die Höhe dieses öffentlichen Anteils an der Gesamtnachfrage ungefähr zu ermitteln.

Als Anhaltspunkt für den Wert der öffentlichen Nachfrage können wir die Höhe der «wirklichen Ausgaben»¹⁶⁸ von Bund, Kantonen und

¹⁶⁸ Wirkliche Ausgaben — Gesamtausgaben abzüglich rechnungsmäßige Ausgaben, wie: Abschreibungen, Amortisationen unechter Aktiven, Fondseinlagen, Reservestellungen, buchmäßige Posten etc. . .

Nähere Angaben hierüber siehe: Finanzen und Steuern, Beiträge zur schweizerischen Statistik. Herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt. Heft 16, S. 163 ff.

Gemeinden heranziehen. Um den Anteil der öffentlichen Nachfrage an der gesamten inländischen Nachfrage festzustellen, wäre es sehr aufschlußreich, wenn wir die öffentlichen «wirklichen Ausgaben» in ein Verhältnis zu den gesamten inländischen Ausgaben, welche die inländische Gesamtnachfrage finanzieren, setzen könnten. Leider fehlen uns aber die näheren Angaben über die Höhe der inländischen Gesamtnachfrage.

Über den Wert der jährlichen inländischen Produktion orientiert uns jedoch die Schätzung des Nettovolkseinkommens zu Marktpreisen, welches die jährlich «produzierten Sachgüter und Leistungen zu den für den letzten Abnehmer geltenden Preisen»¹⁶⁹ umfaßt. Ein Teil dieser Güter und Dienstleistungen wird nun exportiert. Unter der Voraussetzung, daß der Wert dieser exportierten Güter und Dienstleistungen durch den «Import» von Gütern, Dienstleistungen und Kapitalerträgen wertmäßig ausgeglichen wird, d. h., daß die schweizerischen Einkommensbilanz ein Gleichgewicht aufweist, dürfte der Wert des schweizerischen Nettovolkseinkommens zu Marktpreisen annähernd dem Werte der gesamten im Inland angebotenen Güter und Dienstleistungen entsprechen. Nimmt man ferner an, daß die inländische Nachfrage ausreichend war, um diese angebotenen Güter und Dienstleistungen zu kaufen, was zur Zeit der Überbeschäftigung nicht bezweifelt werden kann, dann dürfte der Wert des Nettovolkseinkommens zu Marktpreisen wohl einigermaßen repräsentativ sein für die Höhe der effektiven inländischen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Um nun näherungsweise den Anteil der öffentlichen Nachfrage an der gesamten inländischen Nachfrage zu erhalten, werden wir in Ermangelung besserer Unterlagen die «wirklichen Ausgaben» von Bund, Kantonen und Gemeinden dem geschätzten jährlichen Nettovolkseinkommen zu Marktpreisen gegenüberstellen.

So kommen wir für die Jahre 1938/45/46 zu folgenden Verhältniszahlen:

Jahre	Wirkliche Ausgaben des Bundes, der Kantone und sämtlicher Gemeinden, zirka in Mia. Franken ¹⁷⁰	1938 = 100 ¹⁷¹	Nettovolkseinkommen zu Marktpreisen in Mia. Franken ¹⁷²	Nominal-einkommen 1938 = 100 ¹⁷²	Ausgaben in % des Nettovolkseinkommens ¹⁷³
1938	1,75	100	9,0	100	19,4
1945	3,62*	207	13,8	153	26,2
1946	3,74**	214	15,6	173	24,0

* ohne 900 Millionen Franken für die Sanierung der SBB.

** ohne 250 Millionen Franken für Finanzabkommen von Washington.

¹⁶⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 422, Erläuterungen.

¹⁷⁰ Finanzen und Steuern: Beiträge zur schweiz. Statistik Jahrgang 1945/46, Heft 16, S. 26 und Jahrgang 1946/47, Heft 19, S. 25.

Wirkliche Ausgaben: Ausgaben der Verwaltungsrechnungen, der außerordentlichen Rechnungen des Bundes, der Kantone, der statistisch erfaßten Städte und 3 000 weiterer

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte bis zum Jahre 1945 sich gegenüber den Ausgaben von 1938 mehr als verdoppelt haben, während das Volkseinkommen nur etwa um die Hälfte gestiegen ist. Dies bedeutet natürlich, daß die öffentliche Hand im Laufe des Krieges durch die bedeutende Steigerung ihrer Ausgaben sich zu einem größeren Teil an der gesamten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen beteiligt hat als vor dem Kriege.

Unter der Annahme, daß die gesamte Nachfrage aus dem laufenden Volkseinkommen finanziert würde, hätte sich die öffentliche Hand im Jahre 1938 mit 19,4 Prozent und 1945 mit 26,2 Prozent an der Gesamtnachfrage beteiligt. Aus diesen Überlegungen geht hervor, daß sich während des Krieges eine gewisse Verschiebung in der Struktur der Nachfrage und der Nachfrager ergeben hat, die der Staat mit Hilfe seiner Lenkungsmaßnahmen und seiner erhöhten Ausgaben zu seinen Gunsten und auf Kosten der privaten Nachfrage erzwingen konnte. Der Anteil der öffentlichen Nachfrage an der Gesamtnachfrage hat somit während des Krieges zugenommen. So ist aber die Möglichkeit und damit die Aufgabe des Staates, mit Hilfe seiner Finanzpolitik in vermehrtem Maße ausgleichend auf starke Veränderungen der privaten Nachfrage einzuwirken, entsprechend gestiegen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist es jedoch notwendig, daß sämtliche öffentlichen Haushalte sich bezüglich ihrer Einnahmen- und Ausgabenpolitik konjunkturgerecht verhalten.

Nachdem wir bereits in unseren früheren Darlegungen festgestellt hatten, daß schon Ende 1945, also nach der Demobilisation unserer Armee, sämtliche Arbeitsreserven ausgeschöpft waren, und das bei der damaligen Höhe und Verteilung der Gesamtnachfrage, *dann mußte ein rasches Ansteigen der privaten in- und ausländischen Nachfrage selbst bei gleichbleibender Höhe der öffentlichen Nachfrage zur Überbeschäftigung führen*, da, wie wir gesehen hatten, einer raschen Ausweitung der Produktion infolge der nur allmählich steigenden Rohstoffversorgung aus dem Auslande und infolge des Mangels an Arbeitskräften im Inlande, bedeutende Hemmnisse entgegenstanden, die zu Engpässen in der Produktion geführt hatten. Die Tatsache, daß durch den vorhandenen Nachholbedarf die der Wirtschaft immanenten Kräfte bei gleichzeitigem Abbau der kriegswirtschaftlichen Kontrollen zu einem mächtigen und raschen wirtschaftlichen Aufschwung führten, wobei das verfügbare Güterangebot zeitlich und mengenmäßig nicht mit der Nachfragesteigerung Schritt zu halten vermochte, hätte nicht nur den Bund, sondern ebenso sehr die Kantone und

Haushalte von politischen Gemeinden. (Die Ausgaben der 3 000 einbezogenen Gemeinden beruhen auf Schätzungen.) Von den Gesamtausgaben wurden die rechnungsmäßigen Ausgaben abgezogen, wie: Abschreibungen, Amortisation unechter Aktiven, Fondseinlagen, Reservestellungen, buchmäßige Posten etc. Siehe ferner Erläuterungen Heft 16, S. 163 ff.

¹⁷¹ Indexzahlen vom Verfasser berechnet.

¹⁷² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, S. 424.

¹⁷³ Indexzahlen vom Verfasser berechnet.

Gemeinden dazu veranlassen sollen, ihrerseits die Ausgaben möglichst herabzusetzen und damit zu Gunsten des privaten Konsums und der privaten Investition auf die Deckung ihres nicht dringlichen Bedarfs zu verzichten. Dies gilt natürlich unter der Voraussetzung, daß die öffentlichen Haushalte das Ausmaß der restriktiv beschafften Mittel auf derselben Höhe beibehielten und Budgetüberschüsse zurücklegen würden. Durch den Verzicht auf einen Teil ihrer eigenen, bisherigen Nachfrage hätten die öffentlichen Haushalte dazu beitragen können, die plötzliche Nachfragesteigerung, wie sie vom privaten Sektor in der Nachkriegszeit ausgegangen war, zu mildern. Damit hätte dem Preisauftrieb, insoweit er seine Ursache in einem Ungleichgewicht auf den Güter- und Produktionsfaktorenmärkten hatte, entgegengewirkt werden können.

Nun ist aber der Wert der gesamten öffentlichen Nachfrage in der Nachkriegszeit ungefähr auf der Höhe der letzten Kriegsjahre verblieben, wie dies aus der folgenden Tabelle deutlich ersichtlich sein wird. Dabei ist allerdings schon zum voraus darauf hinzuweisen, daß sich der Bund bezüglich seiner Ausgabenpolitik mindestens nicht in demselben Maße konjunkturwidrig verhalten hatte, wie dies der größte Teil der Kantone und der Gemeinden getan hat. Vergleichen wir nämlich die Entwicklung betreffend der Höhe der Ausgaben des Bundes mit derjenigen der Ausgaben der Kantone und der statistisch erfaßten Gemeinden, so kommen wir zu folgenden Schlüssen:

*Ausgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden des
Schweiz. Städteverbandes seit 1938, in 1000 Franken:*

Jahre	Bund ¹⁷⁴	Jährliche Abnahme in % des Vorjahres	Kantone ¹⁷⁵	Jährliche Zunahme in % des Vorjahres	Gemeinden ¹⁷⁶	Jährliche Zunahme in % des Vorjahres
1938	702 812	—	727 016*	—	389,6	—
1944	2 132 949	—	1 036 863	—	523,2	—
1945	1 980 272*	7,2	1 091 461	5,3	593,1	13,4
1946	1 779 754**	10,1	1 164 356	6,7	627,9	5,9
1947	1 502 761	15,6	1 241 743	6,6	702,9	11,9
1948	1 739 298	— 15,7	1 436 271	15,7	756,2	7,7

* ohne 900 Millionen Franken für SBB-Sanierung.

** ohne 250 Millionen Franken für Finanzabkommen von Washington.

* ebenda 1945/46, S. 93.

Aus dieser Tabelle geht eindeutig hervor, daß die Ausgaben des Bundes zwar im Kriege bedeutend stärker angestiegen sind — sie haben sich vom

¹⁷⁴ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 385. Ausgaben der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung (inkl. Vermögensrechnung). Addiert vom Verfasser.

¹⁷⁵ Finanzen und Steuern 1947/48, S. 89. Wirkliche Ausgaben ohne rechnungsmäßige Ausgaben.

¹⁷⁶ Schweizerisches Finanzjahrbuch 1949, S. 195. Ausgaben der Gemeinden des Schweiz. Städteverbandes gemäß deren Verwaltungsrechnungen.

Jahre 1938 bis zum Jahre 1945 verdreifacht — als die Ausgaben der Kantone und der statistisch erfaßten Gemeinden, deren Ausgaben gegenüber 1938 in den folgenden Jahren bis 1945 um rund 50 Prozente zugenommen haben. Vom Jahre 1945 an zeigt es sich dann allerdings, daß die Ausgaben des Bundes gegenüber den entsprechenden Ausgaben in den jeweiligen Vorjahren langsam zurückgehen, während diejenigen der Kantone und Gemeinden weiter im Steigen begriffen sind. Die sinkenden Ausgaben des Bundes wurden damit durch die steigenden Ausgaben der Kantone und Gemeinden ungefähr kompensiert. So blieben die gesamten öffentlichen Ausgaben auch in der Nachkriegszeit auf dem durch den Krieg herbeigeführten, hohen Niveau.

Trotz den Mahnrufen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung in seinem Mitteilungsblatt vom Februar 1946 und dem Kreisschreiben des Eidg. Militärdepartementes vom 22. Januar 1946 an sämtliche Kantonsregierungen, durch welche den zuständigen Stellen in Bund, Kantonen und Gemeinden eindringlich empfohlen wurde, bei der Vergebung nicht dringlicher öffentlicher Arbeiten möglichst zurückzuhalten und die staatlichen Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken, zeigt es sich, daß bei der Unabhängigkeit der kantonalen Finanzpolitik die Kantone und bis zu einem gewissen Grade auch die Gemeinden es in der Hand haben, die auf die Konjunkturlage mehr oder weniger abgestimmte Ausgabenpolitik des Bundes um ihre Früchte zu bringen. Auf dieselbe Tatsache waren wir bei der Behandlung der öffentlichen Bautätigkeit gestoßen. Auch dort hatte es sich gezeigt, daß die vom Bund aufgestellten Richtlinien nicht genügen, um die öffentliche Bautätigkeit bei den Kantonen auf ein einigermaßen konjunkturgerechtes Ausmaß zu beschränken.

Vom Standpunkt einer Vollbeschäftigungspolitik aus gesehen, ergibt sich daher für unser föderalistisches Staatswesen das Problem, auf das bereits Salin¹⁷⁷ in der Einleitung zum Vollbeschäftigungsbuch hingewiesen hat, wie und mit welchen Mitteln nämlich eine zweckmäßige und wirkungsvolle Koordinierung der finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden im Rahmen einer aktiven Konjunkturpolitik erzielt werden könnte.

Nachdem wir in unseren bisherigen Darlegungen festgestellt haben, daß die öffentlichen expansiven Ausgaben, die während des Krieges stark angewachsen waren, in der Nachkriegszeit in ihrer Gesamtheit nicht zurückgegangen sind, und daß damit die direkten Wirkungen auf die Nachfrage und die Beschäftigung, welche von den öffentlichen Ausgaben in der Nachkriegszeit ausgegangen sind, auf derselben Höhe wie im Kriege geblieben sind, wollen wir anschließend untersuchen, inwieweit die öffentlichen Haushalte durch die Art der *Mittelbeschaffung* gegenüber der Kriegszeit in stärkerem oder geringerem Ausmaße restriktiv auf die effektive Nachfrage und damit auf die Beschäftigung einzuwirken vermochten.

¹⁷⁷ Edgar Salin, Vollbeschäftigungsbuch, a. a. O. Einl., S. 11 ff.

c) Die Mittelbeschaffung

1. *Allgemeines.* Die beschafften Mittel können restriktiv auf die private Nachfrage und die Beschäftigung einwirken, insoweit sie eine Verminderung der privaten Ausgaben für den Konsum oder die Investition zur Folge haben.¹⁷⁸

Bevor wir nun feststellen können, inwieweit speziell der Bund durch die Art seiner Mittelbeschaffung in der Nachkriegszeit einen größeren oder geringeren restriktiven Druck auf die private Nachfrage auszuüben vermochte als etwa in den letzten Jahren des Krieges, müssen wir auf folgende Tatbestände hinweisen. Einerseits hat der Bund während des Krieges einen bedeutenden Teil seiner Mittel nicht durch Steuern, sondern auf dem Anleihensweg beschafft, während er sich diese in der Nachkriegszeit fast ausschließlich auf dem Steuerwege verschaffen konnte. Andererseits wurden in der Nachkriegszeit wesentliche Elemente unserer kriegsbedingten Wirtschaftsordnung abgebaut. So wurden beispielsweise die investitionsbeschränkenden Maßnahmen, die während des Krieges aufs engste mit den finanzpolitischen Vorkehrungen verkoppelt waren, durch die Aufhebung der Zementrationierung bereits im Mai 1946 aufgehoben, während die Rationierung im Konsumgütersektor und die Bewirtschaftung der Rohstoffe mit zunehmender Versorgung aus dem Auslande abgebaut wurden. Dadurch wurden die wichtigsten Schranken, welche die privaten Verbrauchsausgaben und die private Investition zurückzudämmen vermochten, rasch beseitigt. Die einzelnen Wirtschaftssubjekte hatten damit wieder die Möglichkeit, ihr Einkommen zur Finanzierung ihrer privaten Wirtschaftspläne, die durch den Nachholbedarf und die günstige Konjunktur bestimmt wurden, *frei* zu verwenden. So verzichtete der Bund auf ein Mittel, welches ihm im Kriege zur Regulierung der privaten Nachfrage gute Dienste geleistet hatte. Diese Tatsache hat nun verschiedene Konsequenzen im Hinblick auf die ökonomischen Wirkungen, welche von der Art der Mittelbeschaffung auf den Wirtschaftsprozess ausgegangen sind.

Während der Staat im Kriege die private Nachfrage mit Hilfe der Rationierung und Kontingentierung direkt begrenzen konnte, war er in der Nachkriegszeit ohne diese direkten Kontrollen gezwungen, sich auf die konsum- und investitionsbeschränkenden Wirkungen der Steuern zu verlassen; ein Mittel, das, wie wir noch sehen werden, zur Beschränkung der privaten Nachfrage sehr problematisch sein dürfte.

Nachdem wir bei der Behandlung der öffentlichen Ausgaben festgestellt hatten, daß die Gesamtheit der öffentlichen Ausgaben und damit deren Einwirkungen auf die gesamte Nachfrage in der Nachkriegszeit ungefähr auf derselben Höhe geblieben sind wie während der letzten Kriegsjahre, können wir uns jetzt folgende Frage vorlegen: Hat der Bund durch die Art seiner Mittelbeschaffung und durch das Ausmaß der im privaten

¹⁷⁸ Charles La Roche, a. a. O. S. 136.

Sektor abgeschöpften Kaufkraft in der Nachkriegszeit die private Nachfrage mehr oder weniger verringert, als er dies während der letzten Kriegsjahre bei der damals bestehenden Verkoppelung seiner finanzpolitischen Maßnahmen mit den direkten Kontrollen der Verteilung getan hat?

Je nachdem wir nun feststellen werden, daß die restriktiven Wirkungen, welche von der Art der Mittelbeschaffung in der Nachkriegszeit gegenüber jenen restriktiven Wirkungen in den letzten Kriegsjahren tendenziell größer oder geringer sein werden, dürfen wir vielleicht den Schluß ziehen, daß auch der Staat durch die Art seines finanzpolitischen Verhaltens die Konjunktur und damit die Beschäftigungslage in der Nachkriegszeit verschärft oder gemildert hat.

2. Die Art der Kriegsfinanzierung und ihre ökonomischen Wirkungen auf den Wirtschaftsprozess.

In den Jahren 1943/44/45 hatte der Bund, wie dies aus der folgenden Tabelle hervorgeht, etwa die Hälfte seiner gesamten Ausgaben auf dem Anleihensweg gedeckt.

Jahre	Ausgaben des Bundes Bundes in 1000 Franken ¹⁷⁹	Begebene Anleihen des Bundes, Neubedarf in 1000 Franken ¹⁸⁰
1943	2 466 659	1 019 000
1944	2 558 338	1 210 000
1945	2 346 092	1 090 000

Nun weist Böhler darauf hin, daß während des Krieges, mit Ausnahme der ersten beiden Kriegsjahre «der größte Teil der gezeichneten Beträge nicht aus stillliegenden Mitteln — heimgeschafften Kapitalien, Horten und Liquiditätsreserven — stammt, sondern aus freigesetzten Betriebskapitalien und laufenden Ersparnissen (insbesondere nicht ausgeschütteten Gewinnen), aus Mitteln also, denen durch die Maßnahmen der Rationierung und Investitionsbeschränkung der direkte Weg in die Verbrauchsausgaben und in die Investition verbaut wurde».¹⁸¹

Hieraus können wir den Schluß ziehen, daß der Bund die Herabsetzung der privaten Nachfrage primär durch die Rationierung und die Investitionsbeschränkung erzwungen hatte. Hernach hat er die überschüssige Kaufkraft auf dem Anleihenswege abgeschöpft und damit für seine Ausgabenüberschüsse Gelder verwendet, die eigentlich konsum- oder investitions-gewidmet waren. Die produktive Verwendung dieser Gelder durch den Staat konnte deshalb keine wesentliche Expansion der gesamten in-

¹⁷⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 383.

¹⁸⁰ ebenda 1948, S. 241.

¹⁸¹ E. Böhler: Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung. Gutachten zuhanden des Schweiz. Städteverbandes, Zürich 1942, S. 21.

ländischen Nachfrage zur Folge haben, weil die mit diesen Geldern finanzierte öffentliche Nachfrage im großen und ganzen von einer entsprechenden Verminderung der privaten Nachfrage begleitet war. Andererseits soll jedoch keineswegs behauptet werden, daß besonders während der ersten Kriegsjahre nicht auch zusätzliches Geld zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben verwendet wurde. Nach einer Schätzung von Böhler dürften vom Jahre 1939 bis zum Jahre 1941 jährlich etwa 500 Millionen Franken¹⁸² neue Gelder in den Kreislauf eingegangen sein, da die laufenden Ersparnisse damals nicht ausgereicht hatten, «um neben den sonstigen Kapitalmarktbedürfnissen auch noch Bundesanleihen in dieser Höhe zu decken».¹⁸³ Damit ist besonders während dieser Jahre zusätzliches Geld in den aktiven Kreislauf eingeflossen, was damals tatsächlich zu einer Steigerung der effektiven Gesamtnachfrage und der Beschäftigung gegenüber der Vorkriegszeit geführt haben dürfte.

Tatsächlich deuten auch die vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung geschätzten Zahlen der Beschäftigten darauf hin, daß die Expansion der Beschäftigung besonders in den ersten Kriegsjahren groß war, während sie im Jahre 1943 zum Stillstand gekommen ist und erst wieder nach Kriegsende neuen Auftrieb bekommen hat.

*Die geschätzten Zahlen der Beschäftigten in 1000 Personen*¹⁸⁴

Jahre	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Zahl der Beschäftigten	1 971	1 988	2 064	2 104	2 142	2 144	2 220

Auf dieselbe Tendenz weist andererseits der Index der Lebenshaltungskosten hin, der vom Jahre 1939 zum Jahre 1943 von 100 auf 148¹⁸⁵ angestiegen ist, während er in den folgenden Jahren, zum Teil allerdings infolge der Subventionen des Bundes zur Verbilligung der Lebenshaltung, nur noch um 4 Punkte auf 152¹⁸⁶ weitergestiegen ist.

Auf Grund dieser beiden Tatsachen darf kaum angenommen werden, daß vom Jahre 1943 an bis zum Kriegsende zusätzliches Geld in größerem Ausmaß, weder von privater Seite noch durch die öffentliche Hand, in den aktiven Kreislauf eingeführt worden ist. Dies bedeutet aber für unseren Zusammenhang, daß es dem Staate durch die Art seiner Mittelbeschaffung und mit Hilfe der erwähnten Kontrollen zum mindesten vom Jahre 1943 an gelungen war, einerseits die expansiven Wirkungen, die von seinen Ausgaben ausgegangen waren, durch die restriktiven Wirkungen, welche er durch die differenzierte Art der Mittelbeschaffung zu erzielen vermochte, etwa auszugleichen und andererseits die gesamte inländische Nach-

¹⁸² E. Böhler: Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung, Zürich 1941, S. 7.

¹⁸³ ebenda S. 7.

¹⁸⁴ Dem Schweiz. Wirtschaftsarchiv vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung zuhänden des Verfassers mitgeteilt.

¹⁸⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 317.

frage dem Gesamtangebot anzupassen und damit die Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten.

3. Die Art der Mittelbeschaffung in der Nachkriegszeit und ihre Wirkungen auf die private Nachfrage.

Nicht nur in Kriegszeiten besteht das oberste wirtschaftspolitische Ziel der Finanzpolitik darin, die gesamte Wirtschaft vor einer drohenden konjunkturellen Überspannung, die sich in einem Ungleichgewicht auf fast allen Märkten äußert und schließlich zur Inflation führt, zu bewahren. Dieselbe Zielsetzung gilt bei gleichen Tendenzen auch in Friedenszeiten. So hat in der Zeit der Überbeschäftigung die Finanzpolitik nicht nur darauf zu achten, daß sie ihre Ausgaben möglichst «inflationfrei» finanziert, indem sie die Bürger daran hindert, jene Produktivkräfte für sich zu benützen, welche der Staat selbst für kollektive Zwecke zu gebrauchen wünscht, sondern darüber hinaus kommt ihr die Aufgabe zu, dem privaten Sektor auf dem Steuerwege mehr aktive Kaufkraft zu entziehen, als die öffentlichen Haushalte auszugeben gedenken. Das heißt, die öffentlichen Haushalte sollten bestrebt sein, bei Überbeschäftigung Budgetüberschüsse zu erzielen, um auf diese Weise einer gefährlichen Übersteigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit entgegenzuwirken.

Da nun, wie wir aus unseren früheren Darlegungen wissen, der durchschnittliche Hang zum Konsum und zur Investition in der Nachkriegszeit überaus hoch war und die öffentlichen Haushalte gesamthaft nicht davon absehen wollten, einen Teil derjenigen Produktivkräfte, die sie während des Krieges für ihre kollektiven Zwecke eingesetzt hatten in der Nachkriegszeit weiterhin der privaten Wirtschaft zu entziehen, sollten sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Zügelung des Konsums und der Investitionstätigkeit schenken. Auf diese Weise sollte versucht werden, die plötzliche Steigerung der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, die in einer bereits vollbeschäftigten Wirtschaft zur Überbeschäftigung und zur Inflation führen, zu verlangsamen.

Nachdem der Staat seine investitionsbeschränkenden Maßnahmen und die Rationierung nach Kriegsende verhältnismäßig rasch wieder abbaut und damit auf eine direkte Lenkung des Konsums und der Investition verzichtete, blieb es im wesentlichen seiner Steuerpolitik vorbehalten, einer allzuraschen Ausweitung des Konsums und der Investition entgegenzuwirken. Unter diesen Umständen ist jedoch die Art der Mittelbeschaffung von größter Bedeutung.

Was nun die Art der Mittelbeschaffung beim Bund betrifft, so kann festgestellt werden, daß dieser gegenüber der Kriegszeit, vom Jahre 1946 an seine Ausgaben nicht mehr zur Hälfte auf dem Anleienswege, sondern fast ausschließlich durch Steuern und Zölle zu finanzieren vermochte.

So stieg der prozentuale Anteil der Steuern, Zölle und der Preiszuschläge an den wirklichen Ausgaben des Bundes in der Nachkriegszeit gegenüber den letzten Kriegsjahren, wie dies aus der folgenden Tabelle hervorgeht:

Jahre	Ausgaben des Bundes in 1000 Franken ¹⁸⁶	Einnahmen des Bundes aus Steuern, Zöllen und Preiszuschlägen, nur Bundesanteile in 1000 Franken ¹⁸⁷	Einnahmen des Bundes in Prozenten der Ausgaben ¹⁸⁸
1938	702 812	425 539	60,5
1944	2 132 949	706 019	33,1
1945	1 980 272	711 193	35,9
1946	1 779 754	1 444 803	81,2
1947	1 502 761	1 389 494	92,5
1948	1 739 298	1 475 935	84,9

Auf Grund dieser Tabelle kann geschlossen werden, daß der Bund in den letzten Kriegsjahren seine Ausgaben etwa zu einem Drittel durch Steuern, Zölle und Preiszuschläge finanzierte, während der prozentuale Anteil der Steuereinnahmen an den Ausgaben im Jahre 1947 auf 92,5 Prozent anstieg.

In bezug auf das Ausmaß der beschafften Mittel kann gesagt werden, daß es dem Bund vom Jahre 1946 an sogar gelungen war, Einnahmenüberschüsse zu erzielen, da die Steuererträge durch die Eingänge aus dem zweiten Wehropfer einerseits und infolge der überaus günstigen Konjunkturlage in der Nachkriegszeit anderseits Rekordzahlen erreichten. So beliefen sich die wirklichen Einnahmenüberschüsse beim Bund in den Jahren 1946/47/48 auf folgende Höhe:

Jahre	1946	1947	1948
Einnahmenüberschüsse in Millionen Franken ¹⁸⁹	108,5	172,3	199,2

Auch bei den Kantonen und Gemeinden konnten die steigenden Ausgaben annähernd durch vermehrte wirkliche Einnahmen, insbesondere durch steigende Steuereingänge finanziert werden.

Bei den Kantonen und Gemeinden des Schweizerischen Städteverbandes beliefen sich die Einnahmen- beziehungsweise Ausgabenüberschüsse auf folgende Beträge:

¹⁸⁶ Vergleiche Anmerkung ¹⁷⁴ dieses Kapitels.

¹⁸⁷ Finanzen und Steuern 1948/49, S. 44/45.

¹⁸⁸ Prozentsätze vom Verfasser berechnet.

¹⁸⁹ Differenzen zwischen dem Total der wirklichen Einnahmen und dem Total der wirklichen Ausgaben. Vergleiche Finanzen und Steuern 1948/49, S. 63/65. Differenzen vom Verfasser berechnet.

Jahre	Kantone	Gemeinden
	Überschüsse der wirklichen Einnahmen über die wirklichen Ausgaben der Verwaltungsrechnungen in Millionen Franken ¹⁹⁰	Einnahmenüberschüsse der Verwaltungsrechnungen in Millionen Franken ¹⁹¹
1945	+ 4 246	— 6 655
1946	— 7 804	— 5 487
1947	+ 34 286	— 7 312
1948	— 12 987	+ 12 493

Vergleicht man die beiden obenstehenden Tabellen miteinander, so fällt in erster Linie auf, daß der Bund vom Jahre 1946 an regelmäßig Budgetüberschüsse erzielte, während die Kantone und Gemeinden mehr oder weniger ausgeglichene Budgets aufweisen. Infolge der kriegsbedingten hohen Verschuldung sah sich der Bund gezwungen, in der günstigen Nachkriegskonjunktur seine Ausgaben einzuschränken, um aus den hohen Steuereingängen Einnahmenüberschüsse zu erzielen und so seiner weiteren Verschuldung Einhalt zu gebieten.

Demgegenüber deuten die geringfügigen Schwankungen der Budgetüberschüsse und Budgetdefizite bei den Kantonen und Gemeinden darauf hin, daß sowohl die Kantone als auch die Gemeinden entsprechend den Richtlinien der orthodoxen Finanzpolitik in ihrer Gesamtheit bestrebt waren, ihre Finanzhaushalte jährlich im Gleichgewicht zu halten.

Dasselbe konjunkturwidrige Verhalten äußert sich bei den Kantonen und Gemeinden ebenfalls in ihrer Steuerpolitik. Entsprechend der modernen Finanztheorie hätten die öffentlichen Haushalte zur Milderung der Überbeschäftigung ihre Steuersätze gegenüber der Kriegszeit eher hinaufsetzen müssen, um auf diese Weise dem privaten Sektor möglichst viel aktive Kaufkraft zu entziehen. So hätten Einnahmeüberschüsse erzielt werden können, welche zur Aufnung von Reserven für spätere Krisenzeiten oder für die Schuldenrückzahlung zu gegebener Zeit hätten verwendet werden können. Demgegenüber stellt die Eidgenössische Steuerverwaltung in ihren Angaben über die Steuerbelastung für die Jahre 1946/47 fest: «Während die jährliche Belastung des Einkommens (Ertrages) und Vermögens (Kapital) der natürlichen Personen und der Aktiengesellschaften durch die in die Statistik einbezogenen eidgenössischen Steuern (Wehrsteuer, Couponsteuer, neues Wehropfer) unverändert blieb, machte sich für die kantonalen und kommunalen Steuern eine leichte Tendenz in der Richtung einer Ermäßigung geltend. Die Steigerung der Steuererträge, zum Teil als Folge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, zum Teil als Folge der Steueramnestie und der übrigen Maßnahmen des Bundes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, ermöglichte es einer Reihe von

¹⁹⁰ Differenz zwischen wirklichen Einnahmen und Ausgaben. Vergleiche hierzu Finanzen und Steuern 1948/49, S. 85 und S. 99.

¹⁹¹ Schweiz. Finanzjahrbuch 1949, S. 201.

Kantonen und Gemeinden trotz Zunahme der Ausgaben *Steuerreduktionen* vorzunehmen.»¹⁹² Als allgemeine Entwicklungstendenz der Steuerbelastung im Jahre 1947 muß die erhöhte Belastung der höheren Erwerbseinkommen und der Geschäftserträge durch die zusätzliche Wehrsteuer, die für die Jahre 1947/48/49 als Ersatz für die Kriegsgewinnsteuer erhoben wurde, genannt werden.¹⁹³ Es zeigt sich demnach, daß sich speziell die Kantone und Gemeinden nicht nur in bezug auf ihre Ausgabenpolitik, sondern ebenso sehr hinsichtlich ihrer Steuerpolitik konjunkturwidrig verhielten.

Nun hatten wir bereits in der Einleitung zu diesem Abschnitt ausgeführt, daß es bei der Beurteilung der Einwirkungen der öffentlichen Haushalte auf die Beschäftigung nicht allein auf die rechnungsmäßigen Überschüsse oder Defizite ankomme, sondern auf die Differenz der expansiven und restriktiven Wirkungen, welche von den öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf den Wirtschaftsprozess ausgehen.

Während wir für die letzten Kriegsjahre bezüglich der Mittelbeschaffung des Bundes feststellten, daß der Staat durch seine direkten Kontrollen der Verteilung ein Mittel in der Hand hatte, das ihm erlaubte, die Konsum- und Investitionsquote direkt zu beschränken, und die damit überschüssig werdende Kaufkraft durch Steuern und Anleihen abzuschöpfen und zur Finanzierung seiner Ausgaben zu verwenden, dürfte ihm dies in der Nachkriegszeit, ohne direkte Kontrollen über den Konsum und die Investition, nicht mehr im selben Ausmaß gelungen sein. Dies darf sogar angesichts der Tatsache, daß der Bund in der Nachkriegszeit den größten Teil seiner Mittel auf dem Steuerwege beschafft hatte, angenommen werden. Denn Steuern werden kaum in vollem Umfange weder die Konsum- noch die Investitionsquote vermindern, wie dies durch die Rationierung geschehen ist. Damit ist aber bereits schon angedeutet, daß die der Steuerpolitik zur Verfügung stehenden Mittel allein nicht genügen, um bedeutende Schwankungen der privaten Nachfrage mit einiger Sicherheit auszugleichen.

Das Ausmaß der restriktiven Wirkungen, welches von den Steuern auf die private Nachfrage und damit auf die Beschäftigung ausgeht, dürfte allerdings für die einzelnen Steuerarten verschieden sein.

Am wirksamsten dürften Steuern, welche direkt den Konsum oder die Investition belasten, die Neigung zum Konsum oder zur Investition vermindern. Damit wollen wir jedoch nicht behaupten, daß solche Steuern unter allen Umständen auf jenes Niveau hochgeschraubt werden können, das genügen würde, um bei einer relativ unelastischen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern die effektive Nachfrage ebenso wirksam zu begrenzen, wie dies die Rationierung vermochte. Nur wenn dies annähernd gelingen sollte, könnte der Staat von seinen Steuergeldern behaupten

¹⁹² Steuerbelastung in der Schweiz 1946. In: Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 174, Reihe Mg. 17, S. 7.

¹⁹³ ebenda Jahrgang 1947, Heft 187, Reihe Mg. 17, S. 7.

ten, daß sie ungefähr im gleichen Grade von restriktiven Wirkungen begleitet wären, wie dies in den letzten Kriegsjahren der Fall gewesen ist.

In der Tat lasteten in der Schweiz im Jahre 1947 nur 38,3 Prozent¹⁹⁴ sämtlicher Steuern direkt auf dem Verbrauch, während 61,7 Prozent¹⁹⁵ aller Steuereinnahmen aus dem Einkommen und dem Vermögen abgeleitet wurden. Damit soll nicht gesagt sein, daß Steuern, die von der Höhe des Einkommens oder des Vermögens abhängig sind, nicht ebenfalls restriktiv auf die private Nachfrage einwirken würden. Gerade bei den untern Einkommensschichten ist ja die Konsumquote im Verhältnis zum Gesamteinkommen relativ hoch und die Sparquote verhältnismäßig klein, so daß angenommen werden kann, daß hohe Einkommenssteuern eher aus Geldern bezahlt werden müssen, die sonst für den Konsum bestimmt gewesen wären, als dies bei den mittleren und höheren Einkommensschichten der Fall sein dürfte. Für die mittleren und speziell für die oberen Einkommensschichten dürfte hingegen eine progressive Einkommenssteuer besonders den Effekt haben, die Ersparnisbildung tendenziell zu verringern, da bei steigender Konsumneigung, wie wir sie in der Nachkriegszeit beobachtet haben, angenommen werden kann, daß eine Mehrbelastung durch Progression überwiegend durch eine Einschränkung der Ersparnisse ausgeglichen wurde.¹⁹⁶ So weist die Eidgenössische Steuerverwaltung in ihrem Gutachten an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement darauf hin, daß die Einkommensbesteuerung als solche eine Verbrauchseinschränkung weder bei den mittleren und viel weniger noch bei den höheren Einkommen zu sichern vermöge.¹⁹⁷

Außerdem ist es sehr wohl möglich, daß Steuern bei hoher Konsumneigung ebenfalls aus früheren Ersparnissen bezahlt werden. Dies läge bei einem Bestand von zirka 4 Millionen Sparheften mit einem Spargeldbestand von 7,172 Milliarden Franken¹⁹⁸ im Jahre 1945 und 8,101 Milliarden Franken¹⁹⁸ im Jahre 1948 durchaus im Bereich des Möglichen.

Auch das Wehropfer, eine Steuer auf dem reinen Vermögen der natürlichen und juristischen Personen, dessen Erhebung vom Bunde im Rahmen des zweiten Kriegsfinanzprogrammes für die Jahre 1945 bis 1947 beschlossen wurde, dürfte nur in beschränktem Umfange restriktiv auf den Konsum eingewirkt haben. Da diese Steuern nur von den Vermögensbesitzern aufzubringen war, die zum größeren Teil den mittleren und höheren Einkommensschichten angehören, darf angenommen werden, daß diese Steuer bei der damals bestehenden hohen Konsumneigung eher die Tendenz hatte, auf die laufende Ersparnisbildung zu drücken, oder aus den bereits oben erwähnten liquiden Reserven bezahlt zu werden, als daß sie zu einer

¹⁹⁴ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die verfassungsmäßige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes. Bundesblatt 1948, Bd. 1, Nr. 4, S. 420.

¹⁹⁵ ebenda S. 420.

¹⁹⁶ Vergleiche Fritz Neumark: Theorie und Praxis der modernen Einkommensbesteuerung, S. 135.

¹⁹⁷ Eidg. Steuerverwaltung: Inflationsverhütung durch Steuern, a. a. O. S. 191.

¹⁹⁸ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 234.

massiven Konsumeinschränkung geführt hätte. Die Feststellung von V. F. Wagner, daß das erste Wehropfer «in vielen Fällen nicht aus den laufenden Einkommen, sondern aus Rücklagen bezahlt¹⁹⁹ wurde, dürfte demnach auch für das zweite Wehropfer weitgehend zutreffen.

Andererseits hatten wir in einem früheren Kapitel ausführlich dargelegt, daß die Überbeschäftigung in entscheidendem Ausmaß durch das Emporschnellen der Investitionstätigkeit verursacht wurde. Nun soll keineswegs bestritten werden, daß Einkommenssteuern, besonders wenn diese eine starke Progression aufweisen, hemmend auf den Antrieb zur Investition einwirken können, indem sie die Belohnung für das übernommene Risiko vermindern.²⁰⁰ Demgegenüber muß allerdings für die Nachkriegszeit eingewendet werden, daß bei dem bestehenden Nachfrageüberschuß nach Konsumgütern die Gewinnaussichten ungewöhnlich günstig waren, so daß auch verhältnismäßig hohe Steuern kaum imstande gewesen sein dürften, den Anreiz zu Investitionen merklich abzuschwächen. In einem ähnlichen Zusammenhang weist Neumark sogar darauf hin, Repräsentanten des «echten» Unternehmertyps hätten zugegeben, «daß auch Einkommenssteuersätze von über 50 Prozent ihre Initiative auf die Dauer nicht lähmen» könnten.²⁰¹

Als Beispiel, das uns zeigen kann, daß überhöhte Steuersätze sogar investitionsfördernd sein können, sei hier auf die Wirkungen der Kriegsgewinnsteuer hingewiesen.

Die Kriegsgewinnsteuer, welche bei den Unternehmungen die Ertragsdifferenzen gegenüber der Vorkriegszeit bis zum Jahre 1946 mit einem Steuersatz zwischen 50 und 70 Prozent und im Jahre 1946 von 40 Prozent belegte, hatte eher konjunkturbelebende Wirkungen zur Folge. Da jede hohe, direkte Besteuerung im allgemeinen für jede Art von legaler und illegaler Steuerumgehung eine Prämie aussetzt, hat das für den Unternehmer zur Folge, daß jene Ausgaben, welche auf das Unkosten- oder Abschreibungskonto gebucht werden können, automatisch vom Staate zum Normalsteuersatz subventioniert werden.²⁰² So weist der Delegierte für Arbeitsbeschaffung darauf hin, daß die hohen Ansätze der Kriegsgewinnsteuer die Unternehmer veranlaßten, Anschaffungen, Reparaturen und Renovationen vorzunehmen, lediglich um die kriegsgewinnpflichtigen Erträge zu schmälern.²⁰³ Damit hat diese Steuer die private Wirtschaft veranlaßt, sich in die Investition zu flüchten, und so die bereits überaus hohe Investitionstätigkeit noch zu verschärfen.

Unsere theoretischen Überlegungen über die ökonomischen Wirkungen der Einkommens- und Vermögensbesteuerung in der Nachkriegszeit füh-

¹⁹⁹ Valentin F. Wagner: Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, in: Festgabe für Fritz Mangold. Basel 1941, S. 132.

²⁰⁰ Vollbeschäftigungsbuch a. a. O. S. 158.

²⁰¹ Fritz Neumark, a. a. O. S. 139.

²⁰² Vollbeschäftigungsbuch a. a. O. S. 56.

²⁰³ Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung 1946, Heft 3, S. 7.

ren uns zum Ergebnis, daß diese höchstens bei den unteren Einkommensschichten, die auch bei steigenden Lohnsätzen²⁰¹ in der Nachkriegszeit ihr ganzes Einkommen zum Kaufe von Konsumgütern verwendet hätten, durch den Fiskus gezwungen wurden, auf einen Teil ihrer Nachfrage zu verzichten. Hingegen dürften die Einkommens- und Vermögenssteuern bei all jenen Steuerzahlern, deren Einkommen die Bildung einer Sparquote ermöglichte, in erheblichem Umfange aus Geldern bezahlt worden sein, die sonst gespart worden wären.

Dadurch aber, daß sich die öffentlichen Einnahmen aus Geldern zusammensetzten, die von der privaten Wirtschaft gespart worden wären, während die private Wirtschaft trotz des volkswirtschaftlichen Untersparens ihre bedeutenden Investitionen infolge der übermäßig hohen Liquidität²⁰⁵ des Geld- und Kapitalmarktes ohne Schwierigkeiten zu finanzieren vermochte, dürfte dazu geführt haben, daß diese vom Staate abgeschöpften Spargelder kaum restriktive Wirkungen im Sektor der privaten Investition zur Folge hatten. Im Gegenteil kann gesagt werden, daß durch die produktive Verwendung derartiger Gelder durch den Staat die Expansion der gesamten Wirtschaft geradezu verstärkt und beschleunigt wurde.

Die angewandten finanzpolitischen Maßnahmen allein dürften daher nicht imstande gewesen sein, eine massive Verlangsamung der privaten Nachfragesteigerung zu erzwingen. Gegenüber den restriktiven Wirkungen, die der Staat während des Krieges durch die — mit der Rationierung kombinierten — Finanzierungsmethoden auf den privaten Konsum und besonders auf die Investition zu erzielen vermochte, kann deshalb gesagt werden, daß es den öffentlichen Haushalten mit Hilfe der erhobenen Steuern *allein* in der Nachkriegszeit nicht mehr möglich war, dieselben qualitativen und besonders quantitativen restriktiven Wirkungen zu erzielen.

Dies haben uns übrigens unsere früheren Darlegungen über die Ausweitung des privaten Konsums und über die gewaltige Steigerung der privaten Investition nach der Aufhebung der direkten Kontrollen der Rationierung und der Kontingentierung deutlich vor Augen geführt.

Gegenüber der Kriegszeit ist daher für die Nachkriegszeit zu sagen, daß, obwohl der Bund vom Jahre 1946 an Budgetüberschüsse erzielen konnte, diese Überschüsse kaum im selben Maße restriktiv auf die private Nachfrage und die Beschäftigung einzuwirken vermochten, wie dies mit Hilfe der Rationierung und durch die Abschöpfung von überschüssiger Kaufkraft auf dem Steuer- und Anleienswege während des Krieges möglich gewesen war.

Aus unseren Darlegungen darf daher der Schluß gezogen werden, daß von der Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte, besonders infolge des

²⁰⁴ Die gewogenen und preisbereinigten Indexziffern der durchschnittlichen Verdienste stiegen bei den Arbeitern von 100 im Jahre 1945 auf 117,9 und bei den Angestellten von 100 im Jahre 1945 auf 116,7 im Jahre 1948. Vergleiche hierzu Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 349. Preisbereinigt mit Hilfe des Index für Lebenshaltungskosten. Berechnung vom Verfasser vorgenommen.

²⁰⁵ Vergleiche hierzu: W. A. Jöhr: Aktuelle Probleme der Kapitalanlage, a. a. O. S. 169.

finanzpolitischen Verhaltens der Kantone und der Gemeinden, in der Nachkriegszeit eher konjunkturverstärkende Einflüsse auf den Wirtschaftsprozess ausgegangen sein dürften.

Tendenzen, die leider infolge der spärlichen Unterlagen nur auf Grund theoretischer Überlegungen vermutet, in ihrem wirklichen Ausmaß aber nicht einmal annähernd genau geschätzt werden können.

4. Folgen der Überbeschäftigung

A. Die Wechselwirkungen zwischen Löhnen und Preisen in der Periode der Überbeschäftigung

Nachdem wir im vorangegangenen zweiten Teil unserer Arbeit die wichtigsten Bestimmungsgründe dargelegt haben, die für die anomale Ausweitung der Gesamtbeschäftigung verantwortlich gemacht werden können, wollen wir in unserem letzten Teil noch die Wirkungen darzustellen versuchen, die von diesem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, das heißt von der Überbeschäftigung auf die Löhne und Preise und damit auf den Geldwert ausgegangen sind.

a) Die Ausgangslage für die Entwicklung der Löhne nach dem Kriege

Um die allgemeine Entwicklung der Löhne in der Nachkriegszeit zu verstehen, ist es notwendig, zuerst die Ausgangslage, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg bestanden hat, kurz darzulegen.

Auch während des zweiten Weltkrieges hatte es sich wiederum gezeigt, daß die Einkommen, wie die Löhne, die Gehälter etc. infolge ihrer geringen Flexibilität mit relativ großer zeitlicher Verzögerung hinter den steigenden Konsumgüterpreisen nachhinkten. Diese Tatsache trifft ganz besonders für die Entwicklung der Löhne der männlichen gelernten Arbeiter und für diejenigen der kaufmännischen Angestellten zu, wie dies aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Die Lohnentwicklung bei den Angestellten und bei der Arbeiterschaft im Vergleich zur Teuerung während des zweiten Weltkrieges:

	August 1939	Oktober 1942	Oktober 1943	Oktober 1944	Oktober 1945
Index der Lebenshaltungskosten ²⁰⁶	100	141	148	141	152
Lohnindices für: Gelernte Arbeiter ²⁰⁷	100	123,6	131,2	138,2	145,8
An- und ungelernte Arbeiter ²⁰⁷	100	127,8	138,0	146,6	156,7
Frauen ²⁰⁷	100	129,5	140,9	154,6	172,6
Jugendliche Arbeiter ²⁰⁷	100	149,4	155,6	161,4	179,0
Jugendliche Arbeiterinnen ²⁰⁷	100	142,8	155,9	171,5	198,9
Männliche Angestellte ²⁰⁸	100	121,1	126,4	132,2	139,0
Weibliche Angestellte ²⁰⁸	100	119,5	128,9	133,0	141,4

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Vergleicht man die Lohnentwicklung der einzelnen Kategorien miteinander, so stellt man fest, daß einzig die Löhne bei den jugendlichen Arbeitskräften und vom Jahre 1944 an diejenigen der ungelernten und angelernten Arbeiter und jene der Frauen mit der Teuerung Schritt zu halten vermochten und zum Teil sogar der Teuerung vorauseilten. Diese Entwicklung darf als Folge der Lohnpolitik der Lohnbegutachtungskommission betrachtet werden, deren Tendenz bekanntlich dahin ging, den Arbeitern mit niedrigeren Verdiensten allgemein einen prozentual höheren Teuerungsausgleich zu gewähren, was sich aus sozialpolitischen Gründen rechtfertigen ließ. Andererseits geht aus obiger Tabelle hervor, daß die gelernten Arbeiter und besonders die männlichen und weiblichen Angestellten im Oktober 1945 den vollen Teuerungsausgleich noch nicht erreicht hatten.

Demgegenüber zeigt die folgende Tabelle, daß die flexiblen Preiseinkommen der Selbständigerwerbenden während des Krieges stärker als der Index der Lebenshaltungskosten angestiegen sind, so daß, wenn man von den Bestandesänderungen innerhalb der einzelnen Erwerbsklassen absieht, angenommen werden kann, daß mit Ausnahme der Erwerbsklassen Gastgewerbe, Verkehr und private Dienstleistungen die Einkommen der Selbständigerwerbenden im allgemeinen mit der Teuerung Schritt zu halten vermochten, ja, ihr zum Teil sogar vorauseilten.

*Index der gesamten Geschäftseinkommen der Selbständigerwerbenden:*²⁰⁹

Jahre	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Index der Lebenshaltungskosten ²¹⁰	100	101	110	127	141	148	152	153
Land- und Forstwirtschaft	100	106	130	174	201	213	204	206
Industrie und Handwerk	100	101	109	124	140	154	160	168
Handel, Banken, Versicherungen	100	103	110	122	131	151	170	182
Gastgewerbe, Verkehr	100	84	59	64	75	79	126	152
Private Dienstleistungen	100	99	96	109	118	129	142	152
Im ganzen	100	102	111	135	152	167	172	180

Zu dieser Tabelle schreibt das Eidg. Statistische Amt: «Das Geschäftseinkommen aller selbständig Erwerbenden in der Landwirtschaft ist in den Jahren 1938 bis 1943 stark gestiegen und dessen Index stand stets über dem des gesamten Geschäftseinkommens. Am ungünstigsten verläuft die Kurve

²⁰⁶ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 317.

²⁰⁷ Die Lohnentwicklung 1939 bis 1946 bei der Arbeiterschaft, Index der Stundenverdienste gemäß Lohn- und Gehaltserhebung (Arbeiter). In: Die Volkswirtschaft 1946, Heft 10, S. 400.

²⁰⁸ Die Gehaltsentwicklung 1939 bis 1946 bei der Angestelltenschaft, Index der Monatsgehälter gemäß Lohn- und Gehaltserhebungen bei Angestellten. In: Die Volkswirtschaft 1946, Heft 10, S. 403.

²⁰⁹ Das Volkseinkommen der Schweiz 1938—1947. Beiträge zur schweizerischen Statistik — Heft 20, herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt, Bern 1948, S. 37.

²¹⁰ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 424.

für das Gastgewerbe und den Verkehr. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1945 bei allen Erwerbsklassen die Indices der Geschäftseinkommen den Stand des Lebenskostenindex erreicht oder überschritten hatten.²¹¹

Vergleicht man ferner die Indices der durchschnittlichen Geschäftseinkommen *pro Selbständigerwerbenden* im Jahre 1945 (1938 = 100) in den vom Eidg. Statistischen Amte aufgeführten Erwerbsklassen mit den Indices der Lohnsätze in unserer obigen Tabelle, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

*Durchschnittliches Geschäftseinkommen pro Selbständigen im
Jahre 1945 * ²¹² (1938 = 100)*

Index der Lebenshaltungskosten ²¹³ (1938 = 100) 153

Erwerbsklassen:

Land- und Forstwirtschaft	206
Industrie und Handwerk	159
Handel, Banken, Versicherungen	169
Gastgewerbe, Verkehr	158
Private Dienstleistungen	148

* Um den Einfluß der Bestandesveränderungen innerhalb der einzelnen Erwerbsklassen auszuschalten, hat der Verfasser in Ermangelung anderer Angaben die Indexzahlen des Jahres 1945 mit denselben Koeffizienten bereinigt, wie sie vom Statistischen Amt für die Zahlen des Jahres 1946 verwendet wurden.

Die Landwirtschaft konnte ihr durchschnittliches reales Geschäftseinkommen im Kriege beträchtlich erhöhen,²¹⁴ während dies bei den übrigen Erwerbsgruppen nur in bescheidenem Umfange der Fall gewesen sein dürfte. Immerhin zeigt es sich, daß die Selbständigerwerbenden mit Ausnahme der Erwerbsklasse der privaten Dienstleistungen im Gegensatz zu den gelernten Arbeitern und noch mehr gegenüber den kaufmännischen Angestellten den Reallohn ausgleich bereits im Jahre 1945 erhalten hatten. Aus diesen Darlegungen ergibt sich demnach, daß sich der Anteil der Erwerbstätigen der einzelnen sozialen Gruppen der Gesellschaft am Sozialprodukt während des Krieges mehr oder weniger verändert hatte. Es ist daher verständlich, daß im Verlaufe der konjunkturrell äußerst günstigen Nachkriegsjahre die vom Kriege begünstigten Gruppen darnach trachteten, ihren während

²¹¹ Das Volkseinkommen der Schweiz 1938—1947, a. a. O. S. 38.

²¹² ebenda S. 40.

²¹³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 424.

²¹⁴ Bei der Landwirtschaft muß berücksichtigt werden, daß ihr Geschäftseinkommen in den Basisjahren 1938/39 relativ niedrig war.

des Krieges errungenen Vorsprung weiterhin zu halten und zu sichern, während die anderen bestrebt waren, die vorteilhafte Marktsituation der Nachkriegszeit möglichst auszunützen, um die im Kriege erlittene Einbuße wettzumachen und wenn möglich eine Verbesserung gegenüber der Vorkriegszeit zu erzielen.

Die Arbeiter und Angestellten forderten daher ihrerseits den vollen Teuerungsausgleich und setzten zudem alles daran, ihr Reallohnniveau gegenüber der Vorkriegszeit zu erhöhen. So stellt der Schweizerische Gewerkschaftsbund in seiner Eingabe an den Bundesrat im Jahre 1947 fest, daß es sich bei seiner Forderung um die Wiederherstellung der Real-löhne von 1939 «nicht um ein Endziel»²¹⁵ handle, «sondern lediglich um eine Etappe auf dem Wege zu einer allgemeinen Erhöhung der Reallöhne über den Stand der Vorkriegszeit hinaus».²¹⁵

Gleichzeitig stellt der Schweizerische Bauernverband die Paritätsforde-rung der schweizerischen Landwirtschaft bezüglich ihrer Arbeitsverdienste zu jenen der Industriearbeiter. Dieses Paritätsbegehren aus dem Jahre 1942 ist wie folgt formuliert: «Der Bundesrat anerkennt das Begehren der Landwirtschaft, daß bäuerliche Betriebsleiter in rationell bewirtschafteten und zu normalen Preisen übernommenen landwirtschaftlichen Betrieben einen durchschnittlichen Arbeitsverdienst von gleicher Höhe zu beanspruchen haben, wie er durch die Statistik der Schweizerischen Unfall-versicherungsanstalt in Luzern für gelernte Arbeiter festgestellt wird; ferner, daß landwirtschaftliche Dienstboten den gleichen Lohn verdienen sollten, wie er von der Unfallversicherungsanstalt für ungelernte Arbeiter in der Industrie nachgewiesen wird. Desgleichen wird eine mittlere Ver-zinsung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals (Reinertrag) mindestens zum gleichen Prozentsatz, wie er von den Bauern für die Schuld-zinsen bezahlt werden muß, als gerechtfertigt betrachtet.»²¹⁶

Die Unternehmer ihrerseits hofften bei den für sie günstigen Verkäufer-märkten im In- und Auslande Preise zu erzielen, die ihnen möglichst hohe Gewinne sicherten, und ihnen gleichzeitig die Ausdehnung der Produktion ermöglichten. Deshalb setzten sie alles daran, sich von den staatlichen Kon-trollen zu befreien und damit die Dispositionen zur Erzielung der höchst-möglichen Gewinne selbst in die Hand zu bekommen. Da anderseits ihre Gewinnchancen und die Möglichkeit, die Produktion auszuweiten, von der Höhe der Produktionskosten abhängig ist, richtete sich ihr Interesse besonders auf die Niedrighaltung der Löhne. Sie stellten sich daher im Jahre 1945 auf den Standpunkt, «die Wiederherstellung der Reallöhne der Vorkriegszeit»²¹⁷ sollte nicht durch eine Erhöhung der Nominallohne, sondern «durch die Senkung der Lebenskosten erreicht werden, die vor-

²¹⁵ Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat betreffend: Preis- und Lohnpolitik. Bern, 28. April 1947, S. 5.

²¹⁶ E. Geyer: Die Paritätsforderung der schweizerischen Landwirtschaft in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1946, S. 535.

aussichtlich erwartet werden könne, sobald sich die kriegsbedingten Kostenfaktoren»²¹⁷ zurückgebildet hätten.

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich, daß nach der Beendigung des Krieges ein neuer Kampf um die Größe des realen Anteils am Sozialprodukt zwischen den einzelnen Gruppen ausgefochten werden mußte.

Um nun den Ablauf dieser Auseinandersetzung, soweit er durch den Zustand der Überbeschäftigung bedingt war und sich in der wechselseitigen Beeinflussung von Preisen und Löhnen äußerte, darstellen zu können, wollen wir jetzt die Entwicklung der Löhne und später jene der Preise näher untersuchen.

b) Steigende Löhne bei Überbeschäftigung

Die Tatsache, daß bei bestehender Überbeschäftigung der Produktionsfaktor Arbeit äußerst knapp ist, während die Nachfrage nach Arbeitskräften relativ unelastisch ist, hat zur Folge, daß ein Unternehmer seinen Arbeiterbestand nur auf Kosten des Bestandes eines andern Arbeitgebers vergrößern kann. Da, wie wir dies bereits früher festgestellt hatten, das Arbeitsangebot unter solchen Umständen nur gesamtwirtschaftlich, nicht aber für den einzelnen Unternehmer starr ist, sofern dieser bereit ist, das Lohnniveau anderer Unternehmungen, die qualitativ gleichartige Arbeit beschäftigen, zu überbieten, das heißt Locklöhne zu bezahlen, wird von dieser zwischenbetrieblichen Konkurrenz eine allgemeine Tendenz der Lohnsteigerung ausgehen. Dieser verschärfte Wettbewerb der einzelnen Unternehmer um die vorhandenen Arbeitskräfte zeigt uns, daß bei Überbeschäftigung außer den Warenmärkten auch der Arbeitsmarkt zu einem typischen «Verkäufermarkt» geworden ist, auf dem das Angebot die stärkere Position innehat. Diese Tatsache gilt ebenso gut für den einzelnen nicht organisierten Arbeiter als auch für die Gewerkschaften. Es darf daher angenommen werden, daß die Arbeitslöhne auch bei freier Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen würden. Bei freier Konkurrenz dürfte allerdings die Mobilität der Arbeitskräfte von großer Wichtigkeit sein. So werden zunächst nur jene Arbeitskräfte höhere Löhne erhalten, die tatsächlich ihre Stelle wechseln und jene, von denen der Arbeitgeber befürchten muß, daß sie bereit wären, gegen einen höheren Lohn eine andere Stelle anzunehmen. Dabei dürfte es sich besonders um die jüngeren Altersklassen der Erwerbstätigen handeln, denen Lohnerhöhungen im allgemeinen mehr bedeuten als langfristige Sicherheit des Anstellungsverhältnisses. Wir werden bei der Behandlung der Lohnentwicklung noch sehen, daß aus diesen Gründen die Löhne speziell der jugendlichen Arbeitskräfte in der Nachkriegszeit viel stärker angestiegen sind als die Löhne aller übrigen Beschäftigten.

²¹⁷ 76. Jahresbericht des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, erstattet vom Vorort, Zürich 1946, S. 107.

Andererseits hat die Erfahrung gezeigt, «daß die Unterhandlungsposition der Gewerkschaften mit der Steigerung der Beschäftigung finanziell und moralisch stärker wird, und daß sie sie zur Beschleunigung von Lohnerhöhungen gebrauchen».²¹⁸ Daß die Gewerkschaften in den ersten Nachkriegsjahren ihre günstige Position ausgenützt haben, ist unzweifelhaft. Dies geht einerseits aus der Tatsache hervor, daß Streiks und Aussperrungen zur Zeit der Überbeschäftigung stark zugenommen haben. So ist beispielsweise die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verloren gegangenen Arbeitstage, wie dies aus der folgenden Tabelle hervorgeht, im Jahre 1946 zu einem Maximum angestiegen.

Jahre	Durch Streiks und Aussperrungen verlorene Arbeitstage ²¹⁹
1930	265 695
1935	15 143
1937	115 648
1940	1 480
1945	37 187
1946	184 483
1947	102 209
1948	61 408

Dabei entfielen im Jahre 1946 92 154 ²²⁰ verlorene Arbeitstage allein auf das Baugewerbe, während im Jahre 1947 71 248 ²²⁰ Arbeitstage in der Textilindustrie verloren gingen.

Andererseits geht aus der Entwicklung der durch Gesamtarbeitsverträge und Besoldungsordnungen festgesetzten Lohnsätze in der Zeit von 1945 bis 1948 hervor, daß die Gewerkschaften ihr gestecktes Ziel, die Wiederherstellung der Reallöhne von 1939 und deren Erhöhung tatsächlich erreicht hatten.

So ist beispielsweise der Gesamtindex der durch Gesamtarbeitsverträge festgesetzten Lohnsätze sämtlicher erfaßten Berufe in fünf Großstädten vom Oktober 1945 von 133,5 ²²¹ (1939 = 100) auf 166,9 ²²¹ im Oktober 1948 angestiegen. Dabei stand der Index der Lebenshaltungskosten im Oktober 1948 auf 163.²²²

Trotzdem sind wir nicht der Meinung, daß die Lohnsteigerungen in der Phase der Überbeschäftigung *allein* auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften zurückzuführen sei. Wir haben bereits weiter oben darauf hingewiesen, daß die Löhne auch bei freier Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gestiegen wären. Um ihre Produktion bei den günstigen Absatzgelegenheiten

²¹⁸ Haberler: a. a. O. S. 355.

²¹⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 356.

²²⁰ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 355.

²²¹ Die Volkswirtschaft 1948, S. 443; dabei handelt es sich um die Lohnsätze einschließlich Teuerungszulagen, jedoch ohne Sozialzulagen.

²²² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 321.

auf fast allen Gütermärkten trotz der Knappheit an Arbeitskräften ausdehnen zu können, jagten sich die Unternehmer die Arbeitskräfte gegenseitig ab, indem sie «Konjunkturlöhne» bezahlten, die natürlich höher waren als die bestehenden Tariflöhne. So wurden die Löhne durch die Konkurrenz der Unternehmer teilweise weit über kollektiv vereinbarte Lohnsätze hinaufgetrieben.²²³ Da anderseits die kollektivvertraglichen Löhne auf mindestens ein Jahr festgesetzt werden, dürfte der Lohnauftrieb im ersten Nachkriegsjahre langsamer erfolgt sein, als dies bei freier Konkurrenz der Fall gewesen wäre. Die Erfahrungen der ersten zwei Nachkriegsjahre veranlaßten daher V. F. Wagner sogar zur Vermutung, «daß wenigstens in den ersten anderthalb bis zwei Jahren nach Abschluß des Krieges, also bis zu Beginn»²²⁴ des Jahres 1947, «die kollektivvertragliche Lohnbildung eher dazu beigetragen habe, die Löhne im ganzen niedriger zu halten».²²⁴

Um nun eine Übersicht über die Lohnentwicklung bei den verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenkategorien zu erhalten, geben wir folgende Tabelle wieder:

*Indexziffern der mittleren Stundenverdienste der Arbeiter und der mittleren Monatsgehälter der Angestellten*²²⁵

Jahre	1939	1945	1946	1947	1948
Index der Lebenshaltungskosten	100	152	151	158	163
Kategorien					
<i>Arbeiter:</i>					
Gelernte	100	146	160	172	181
an- und ungelernte	100	157	173	186	196
Erwachsene Arbeiterinnen	100	173	194	210	222
Jugendliche bis 18 Jahre	100	186	216	239	251
Total (gewogene Indexziffer)	100	159	176,9	191	201
<i>Angestellte: männliche</i>					
Qualifizierte, selbständig arbeitende Angestellte	100	142	155	168	178
Nicht selbständig arbeitende Angestellte	100	141	155	168	177
Hilfsangestellte	100	148	162	177	187
<i>Angestellte: weibliche</i>					
Qualifizierte, selbständig arbeitende Angestellte	100	147	160	175	187
Nicht selbständig arbeitende Angestellte	100	140	155	171	181
Hilfsangestellte	100	155	175	190	200
Total (gewogene Indexziffer)	100	141	154,3	168	177

²²³ Vergleiche V. F. Wagner: Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, a. a. O. S. 406

²²⁴ Derselbe a. a. O. S. 406.

²²⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 346/7/8/9 und 1949, S. 350/1/2/3

Aus dieser Tabelle geht einmal deutlich hervor, daß sowohl die Stundenverdienste der Arbeiter als auch die mittleren Monatsgehälter der Angestellten aller Kategorien von Jahr zu Jahr weiter angestiegen sind. Wie jedoch ein Vergleich zeigt, war die Lohnentwicklung unter den verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenkategorien sehr ungleich. Wir werden dies aus der folgenden Tabelle, in welcher die prozentualen Veränderungen aufgeführt sind, deutlicher erkennen können.

Die prozentuale Erhöhung der durchschnittlichen Stundenlöhne beziehungsweise Monatsgehälter betrug gegenüber dem jeweiligen Vorjahr:²²⁶

Kategorien	1946 %	1947 %	1948 %
Für gelernte erwachsene <i>Arbeiter</i>	9,6	7,5	9,9
Für un- und angelernte erwachsene Arbeiter	10,2	7,5	5,4
Für erwachsene Arbeiterinnen	12,1	8,2	5,7
Für Jugendliche bis 18 Jahre	16,1	10,6	5,0
Für <i>männliche</i> qualifizierte, selbständig arbeitende <i>Angestellte</i>	9,2	8,4	6,0
Für nicht selbständig arbeitende Angestellte	9,9	8,4	5,4
Für Hilfsangestellte	9,5	9,3	5,6
Für <i>weibliche</i> qualifizierte, selbständig arbeitende Angestellte	8,8	9,4	6,9
Für nicht selbständig arbeitende weibliche Angestellte	10,7	10,3	5,8
Für Hilfsangestellte	12,9	8,6	5,3

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß auch die prozentualen, nominellen Lohnsteigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bei den Jugendlichen und bei den weiblichen Arbeiterinnen und Angestellten bis zum Jahre 1947 viel stärker waren als bei den erwachsenen, männlichen Arbeitskräften. Ferner zeigt es sich, daß noch bis ins Jahr 1946 die Lohnsteigerungen bei den weniger qualifizierten Arbeitern und bei den nichtselbständig arbeitenden, männlichen Angestellten höher waren als bei den qualifizierten Arbeitern und bei den selbständig arbeitenden Angestellten. Dies dürfte als letzte Folge des Einflusses der Lohnbegutachtungskommission, auf deren Einwirkungen wir bereits hingewiesen haben, zurückzuführen sein. Erst im Jahre 1948 tritt eine eindeutige Umkehr dieser Verhältnisse ein, indem die gelernten Arbeiter und die selbständig arbeitenden Angestellten eine prozentual größere Steigerung ihrer Lohnsätze verzeichnen konnten.

Damit blieben die Tendenzen zur Verringerung der Abstände zwischen den Löhnen der gelernten Arbeiter und denen der übrigen Arbeiterkategorien auch bei Überbeschäftigung bis zum Jahre 1948 bestehen. Diese Entwicklung dürfte jedoch den Anreiz zur Erlernung eines Berufes kaum verstärkt haben.

²²⁶ Prozentsätze vom Verfasser auf Grund von Tabelle S. 87 berechnet

Was uns in unserem Zusammenhang jedoch ganz besonders interessiert, ist der Einfluß der Geldloohnerhöhungen auf die Preise und damit auf den Reallohn. Diesem Problem kommt bei Überbeschäftigung eine große Bedeutung zu, da ja die Höhe der Kaufkraft der Löhne abhängig ist von der Höhe der Preise jener Güter, die mit den Löhnen gekauft werden. Einen Vorteil werden daher die Arbeiter nur dann von ihren steigenden Löhnen genießen, wenn die Preise der Konsumgüter nicht im selben oder gar in stärkerem Maße steigen als ihre Löhne.

Bis jetzt hatten wir festgestellt, daß bei Überbeschäftigung die Flexibilität der Löhne nach oben, zum Teil als Folge des Verhaltens der Unternehmer, zum Teil infolge des Druckes der Gewerkschaften bedeutend zugenommen hatte. Nun muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Höhe des Reallohnes, sowohl nach unten als auch nach oben, gewisse ökonomische Grenzen gesetzt sind. Während die untere Grenze durch das Existenzminimum gegeben sein dürfte, wird die obere Grenze von der Marginaltheorie durch die Grenzproduktivität der Arbeit angegeben. Innerhalb dieser beiden Grenzen kann die Höhe der Löhne durch die gegebenen oder sich verändernden Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst werden. Da, wie wir ausgeführt hatten, bei Überbeschäftigung die marktstrategische Position der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte jener der Unternehmer überlegen ist, besteht tatsächlich die Gefahr, daß die Geldlöhne allmählich die Tendenz haben können, über die obere Grenze des volkswirtschaftlich zulässigen Maßes hinauszusteigen.

Sehen wir vorerst ab vom Vorhandensein und von der Wirksamkeit der Preiskontrolle, so würden Geldlohnsteigerungen über diesen kritischen Punkt hinaus, bei dem die Löhne den Wert ihres produktiven Beitrages entsprechen, nicht mehr von einer analogen Steigerung der Reallöhne begleitet sein. Es sei denn, daß die Lohnsteigerungen von den Unternehmern nicht auf die Preise abgewälzt werden, so daß es zu einer Verschiebung von Unternehmereinkommen (Unternehmerlohn + Unternehmergewinn) zu Reallöhnen kommen würde. Werden jedoch diese Lohnerhöhungen auf die Preise abgewälzt, ist eine Erhöhung der Reallöhne über den produktiven Beitrag hinaus für einzelne Gruppen von Arbeitern auf kurze Zeit höchstens auf Kosten einer andern Gruppe von Arbeitnehmern möglich. Da die Gewerkschaften auch bei Überbeschäftigung nicht gleichzeitig und gemeinsam ihre Lohnforderungen stellen, und die Löhne daher bald in diesem und später in einem andern Erwerbszweig oder einer andern Industrie ansteigen werden, kann das zur Folge haben, daß diese Nominallohnsteigerung, auch wenn sie nicht durch eine Produktivitätssteigerung begründet ist, bei der einzelnen Splittergruppe auf kurze Frist beinahe zu einer proportionalen Lohnsteigerung führt, da steigende Löhne in einem bestimmten Produktionszweig in der Regel die Kosten der Lebenshaltung nur in relativ geringem Umfange beeinflussen dürften. Diese Reallohnsteigerung kann jedoch für diese Sondergruppe nur solange erhalten bleiben, bis

die übrigen Gewerkschaften ebenfalls höhere Löhne durchzusetzen vermochten.²²⁷

Noch empfindlicher werden jedoch durch derartige «Realeinkommensverschiebungen» jene Einkommensbezüger betroffen, deren Einkommen durch langfristige Verträge festgelegt sind, wie dies bei Rentnern und Zinseinkommensempfängern meistens der Fall ist. Diese letzten beiden Arten von «Realeinkommensverschiebungen» werden, wie wir bereits erwähnt haben, nur dann auftreten, wenn Lohnsteigerungen von den Unternehmern auf die Preise abgewälzt werden können.

Da jedoch die Überbeschäftigung durch einen Nachfrageüberschuß auf den Gütermärkten bedingt ist, wobei die Produzenten im Gegensatz zu ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt, auf den Gütermärkten als Anbieter die günstigere Position innehaben, besteht für die Unternehmer je nach der Nachfrageelastizität nach den von ihnen angebotenen Gütern die Möglichkeit, lohnbedingte Kostenerhöhungen auf die Preise abzuwälzen. Dies gilt, wie wir später noch sehen werden auch dann, wenn die Preiskontrolle nach dem «Kostendeckungsprinzip» die Preisbildung überwacht. Soweit diese teureren Güter im Inland zur Produktion von Konsumgütern verwendet oder direkt konsumiert werden, müssen Preiserhöhungen früher oder später doch von den Konsumenten bezahlt werden. Die Schnelligkeit, mit welcher sich Lohnsteigerungen auf die Konsumgüterpreise auswirken, ist ferner, je nachdem ob die Löhne in einem Produktionszweig erhöht wurden, der konsumnahe oder konsumferne Güter produziert, verschieden. So dürften sich Lohn- und Preissteigerungen in der Landwirtschaft rascher und auch stärker auf den Reallohn der übrigen Erwerbstätigen auswirken, als dies Lohnerhöhungen bei irgend einer andern marktferneren Gruppe tun dürften, da es sich bei den landwirtschaftlichen Gütern zur Hauptsache um Nahrungsmittel handelt, die zudem einen bedeutenden Anteil am Gesamtbedarf der von den Arbeitern konsumierten Gütern ausmachen.

Demgegenüber darf angenommen werden, daß Lohnerhöhungen, insoweit sie sich in der Exportindustrie durchsetzen, direkt kaum das inländische Konsumgüterpreisniveau beeinflussen. Wir werden auf diese Probleme noch eingehend zu sprechen kommen.

Wenn sich nun der Schweizerische Gewerkschaftsbund in seiner Eingabe an den Bundesrat auf den Standpunkt stellte, daß Lohnerhöhungen, soweit sie über die Produktivitätssteigerung hinausgehen, durch eine Herabsetzung der Gewinne ermöglicht werden sollte, dann dürfte dies nur insoweit volkswirtschaftlich tragbar sein, als angenommen werden kann, daß die Arbeit im Basisjahr, von dem aus die Lohn- und Produktivitätssteigerung miteinander verglichen werden, nicht entsprechend ihrem Grenzertrag entlohnt worden ist. Die Frage, ob und inwieweit die Löhne in einem bestimmten Basisjahr mit der Höhe des Grenzproduktes der Arbeit überein-

²²⁷ Vergleiche hierzu: Vollbeschäftigungsbuch a. a. O. S. 111 ff.

stimmen, kann solange nicht befriedigend gelöst werden, als hierüber keine zuverlässigen Angaben veröffentlicht werden.

Gehen wir von der Annahme aus, daß in einem Basisjahr gewissermaßen ein Gleichgewicht zwischen Lohnniveau und Grenzertrag der Arbeit bestanden habe, dann dürften die Löhne höchstens parallel zur Produktivitätssteigerung der Wirtschaft zunehmen, wenn nicht inflatorische Tendenzen ausgelöst werden sollen, und die Anteilsquote der verschiedenen Einkommensarten (Lohn, Zins, Rente, Gewinn) am gesamten Sozialprodukt nicht beeinflußt werden sollen. Es wäre demnach zweckdienlich zu wissen, ob und in welchem Ausmaß sich die Produktivität innerhalb einer Beobachtungsperiode gegenüber dem Basisjahr verändert hat. Da wir in der Schweiz bis heute über keine Produktionsstatistik verfügen, und die zur Abklärung dieses Tatbestandes der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Unterlagen auch hier völlig unzureichend sind, können über den Verlauf der Produktivitätsentwicklung keine genauen Angaben gemacht werden.

Immerhin wollen wir versuchen, wenigstens auf ein paar wichtige Gründe hinzuweisen, die in der Nachkriegszeit die Produktivität unserer Wirtschaft tendenziell beeinflußt haben dürften.

Während wir bei der Behandlung der Tendenz zur Selbstversorgung festgestellt hatten, daß die Produktivität der schweizerischen Wirtschaft durch diese aufgezwungene Maßnahme stark herabgemindert wurde, dürfen wir für die Nachkriegszeit vermuten, daß vom Jahre 1946 ab, in welchem unsere Handelsbilanz einen bedeutenden Einfuhrüberschuß²²⁸ erzielte, die kriegsbedingte Produktivitätsverminderung der schweizerischen Wirtschaft im großen und ganzen wieder rückgängig gemacht werden konnte. Produktivitätssteigernd dürfte ferner auch die Erneuerung und die Modernisierung vieler Betriebe gewirkt haben, die in der Nachkriegszeit, wie wir dies ausführlich in unserem Kapitel über die gewerbliche Investitionstätigkeit dargelegt hatten, einen gewaltigen Umfang angenommen hat. Für eine Erhöhung der Produktivität spricht ferner die Steigerung der Produktion und die volle Ausnützung der Produktionskapazität. Als Folge davon dürften die konstanten Kosten auf eine größere Ausbringung verteilt worden sein, was möglicherweise zu einer Senkung der durchschnittlichen gesamten Stückkosten geführt hatte.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch «kollektiv erzwungene Lohnerhöhungen, welche die Löhne vorerst über den produktiven Beitrag der Arbeit hinauftreiben, in gewissen Fällen eine positive Wirkung haben können, indem die Unternehmer zu einer Steigerung der Produktivität»²²⁹ gezwungen werden. Diesem Vorgang dürfte während der Phase der Überbeschäftigung eine gewisse Bedeutung zugekommen sein.

²²⁸ Vergleiche: Der steigende Export in der Nachkriegszeit, S. 34 f.

²²⁹ V. F. Wagner: Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, a. a. O. S. 399.

Nachdem wir bis jetzt einige wesentliche Gründe aufgeführt haben, welche die Produktivität in der Nachkriegszeit positiv beeinflusst haben dürften, müssen wir nun auf jene Umstände hinweisen, die besonders im Zusammenhang mit der Überbeschäftigung hemmend auf die Steigerung der Produktivität eingewirkt haben dürften.

Dabei ist einmal auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Unternehmer dem Mangel an Arbeitskräften dadurch zu begegnen suchten, daß sie Überstunden einschalteten, die sie mit einer Extraprämie bezahlen mußten.

In der Schweiz ist die Zahl der kantonal bewilligten Überstunden in der Zeit der Überbeschäftigung gegenüber dem Jahre 1938 wie folgt gestiegen:

Jahre	Zahl der kantonal bewilligten Überstunden ²³⁰
1938	3 679 102*
1945	3 342 483
1946	6 258 217
1947	6 523 740
1948	6 248 180

* Bericht der eidg. Fabrikinspektoren 1938, S. 127, veröffentlicht vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement 1940.

Die höher bezahlte Überstundenarbeit hat nun zur Folge, daß die durchschnittlichen variablen Stückkosten steigen werden, während bei vorübergehender Produktionsausweitung, welche durch Überstundenarbeit bewältigt wird, die konstanten Stückkosten die Tendenz haben werden, zurückzugehen. Unter der Bedingung, daß die variablen Stückkosten stärker steigen als die konstanten Stückkosten abnehmen, haben Prämien für Überstunden eine Steigerung der gesamten Stückkosten zur Folge, was einer Produktivitätsverminderung gleichkommt.

Immerhin dürften die Wirkungen, welche von dieser Überzeitarbeit auf die Produktivität möglicherweise hatten ausgehen können, nicht überschätzt werden, da das Ausmaß der bewilligten Überstunden etwa im Jahre 1947 pro Kopf der vom Fabrikgesetz erfaßten 520 802 ²³¹ Arbeitskräften pro Monat rund eine Überstunde ausmachte.

Mehr Bedeutung, scheint uns, dürfte dem Umstande zukommen, daß die individuellen Arbeitsleistungen in vielen Fällen während der Hochkonjunktur zurückgegangen sind. Dazu stellt V. F. Wagner folgendes fest: «Nach übereinstimmender Aussage von Unternehmerseite, die mir jedoch auch von gewerkschaftlicher Seite bestätigt wurde, ist in der heutigen Hoch- und Überkonjunktur fast in allen gewerblichen und industriellen Wirtschaftszweigen ein mehr oder weniger großer Rückgang der Leistungen zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Unternehmer müssen die Arbeiter heute «pfleglich» behandeln, wenn sie

²³⁰ Die Volkswirtschaft 1950, S. 38.

²³¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 135.

ihnen nicht davonlaufen sollen, nachdem das Risiko, arbeitslos zu werden, gleich null ist und die Chance groß, an einem andern Ort einen höheren Lohn zu erhalten.»²³²

Ferner wirkt der Stellenwechsel, der infolge der Überbeschäftigung speziell in den größeren Unternehmungen ein bedeutendes Ausmaß angenommen haben dürfte, auf den Arbeitsertrag, da alle diese neu eingetretenen Arbeitskräfte während einer gewissen Zeit eingearbeitet werden müssen. Der Leistungsertrag dürfte jedoch besonders dort vorübergehend vermindert werden, wo ganze Equipen zusammenarbeiten müssen. Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß eine eindeutige Aussage über den Verlauf der Produktivität für die Zeit der Überbeschäftigung auf Grund rein theoretischer Überlegungen nicht möglich ist. Es ist daher durchaus verständlich, daß die Arbeitnehmerorganisationen zur Begründung ihrer Lohnforderungen jene Umstände in den Vordergrund rückten, die für eine Steigerung der Produktivität der Arbeit sprachen, während die Unternehmer ihrerseits die produktivitätsmindernden Faktoren in den Vordergrund der Diskussion stellten.

Wenn aber die Dinge so liegen, ist es da verwunderlich, daß die Arbeitnehmerverbände ihre ganze Initiative für eine möglichst rasche Steigerung der Geldlöhne einsetzen, in der Hoffnung, ihren realen Anteil am Sozialprodukt zu vergrößern. Dagegen werden sich jedoch die Selbständigerwerbenden in der Landwirtschaft und im Gewerbe sowie die Unternehmer im industriellen Sektor, deren Einkommen von Veränderungen der Preis-Kostenrelation beeinflußt werden, zur Wehr setzen. Lohnerhöhungen, die für sie steigende Selbstkosten bedeuten, werden sie bei Bestehen eines Verkäufermarktes auf die Preise abzuwälzen versuchen, was zur Folge hat, daß solange diese Überwälzung möglich ist, keine Verschiebung von Realgewinn zu Reallohn oder von Realeinkommen der Landwirtschaft zu Reallohn der Industriearbeiterschaft zustande kommt. Die Reallöhne werden demnach nicht entsprechend der prozentualen Steigerung der Geldlöhne ansteigen.

Diese Situation ist tatsächlich in der Schweiz bereits Ende des Jahres 1946 eingetreten; wir werden darauf in unserem nächsten Abschnitt noch näher eingehen.

c) Einwirkungen der Lohnsteigerungen auf die Preisgestaltung bei Überbeschäftigung

Nachdem wir bis jetzt der allgemeinen Entwicklung der Löhne in der Nachkriegszeit gefolgt sind, wollen wir nun auf die Entwicklung der verschiedenen Preisniveaux näher eingehen und dabei untersuchen, wie die Wechselwirkung zwischen Preisen und Löhnen, welche zu jener vielgenannten «Preis-Lohnspirale» führte, bei Überbeschäftigung vor sich gegangen war. Die Theorie der «Lohn-Preisspirale» besagt nämlich, daß stei-

²³² V. F. Wagner: Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, a. a. O. S. 404.

gende Preise die Löhne und diese wiederum die Preise hinauftreiben, und daß dieses Spiel inflatorische Wirkungen zur Folge haben könne.

Daß steigende Preise, insoweit sie den Index der Lebenshaltungskosten beeinflussen, bei Überbeschäftigung von Seiten der Gewerkschaften zu Lohnforderungen geführt haben, die bei der günstigen Position der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkte relativ leicht durchgesetzt werden konnten, haben wir in unserem letzten Abschnitt deutlich dargelegt.

In diesem Abschnitt wird es uns besonders interessieren, inwieweit steigende Löhne zu einer fortlaufenden Erhöhung der verschiedenen Preisniveaux führen konnten, die eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter zur Folge hatte, wobei letztere wiederum von den Arbeitern zur Begründung neuer Lohnforderungen ins Feld geführt wurden.

Wir haben gesehen, daß als wesentliche Voraussetzung für die Entstehung der Überbeschäftigung ein Ungleichgewicht auf den Güter- und Faktorenmärkten bestanden hatte, indem die gesamte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge des in- und ausländischen Nachholbedarfes, das ihr gegenüberstehende Angebot stark überstiegen hatte. Bei freier Preisbildung hätte dies dazu geführt, daß die Preise der Produktionsmittel und der Endprodukte solange angestiegen wären, bis ein Gleichgewicht erreicht worden wäre, das heißt, es hätten sich typische «Knappheitspreise» herausgebildet. Aufgabe der Preiskontrolle dürfte es nun gewesen sein, die Bildung derartiger «Knappheitspreise» zu verhindern, und so der drohenden inflationistischen Tendenz entgegenzuwirken. Während des Krieges vermochte der Staat die preistreibenden Tendenzen dadurch in gewissen Schranken zu halten, daß er nicht nur die Preise kontrollierte, sondern gleichzeitig mit Hilfe der Rationierung die Nachfrage so zu begrenzen suchte, daß sie dem vorhandenen Güterangebot bei staatlich kontrollierten Preisen entsprach.

In der Nachkriegszeit wurde nun, wie wir dies bereits früher dargelegt haben, die kriegswirtschaftliche Kontrolle der Rationierung und Kontingentierung allzu rasch wieder abgebaut, während die Preiskontrolle entgegen dem Drängen der Unternehmer aufrechterhalten blieb. Der Verzicht auf die Kontrolle der Nachfrage dürfte allerdings die Kontrolle der Preise in dem Sinne erschwert haben, als die Preise durch einen bestehenden Nachfrageüberschuß in verstärktem Maße auftreibenden Tendenzen ausgesetzt waren, da die festgehaltenen Preise den effektiven Nachfrageüberschuß nicht zu beseitigen vermochten.²³³

Die behördliche Preisfestsetzung erfolgte in der Praxis «nach dem Kostendeckungsprinzip, unter Wahrung des Anspruches des durchschnittlich guten Betriebes auf Kostendeckung und Ermöglichung eines angemessenen Gewinnes».²³⁴ Die Wirkungen der Preiskontrolle dürften prak-

²³³ Vergleiche R. Pahud: *Interdépendence des prix et des salaires*, in: *Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft* 1947, S. 436.

²³⁴ J. G. Lautner: *Die kriegswirtschaftliche Preiskontrolle in der Schweiz*. Polygraphischer Verlag, Zürich 1950, S. 800.

tisch darin bestanden haben, die Preise besonders knapper Waren unter dem Gleichgewichtspreis zu halten, während sie kaum imstande gewesen sein dürfte, Preissteigerungen, und damit Annäherungen der unter dem Gleichgewichtspunkte gehaltenen Preise an die Gleichgewichtspreise, die von den Unternehmern durch zusätzliche Kosten, zum Beispiel durch steigende Lohnkosten begründet wurden, auf die Dauer zu unterdrücken.

Nun hatten wir in unserem vorangehenden Abschnitt gesehen, daß in der Phase der Überbeschäftigung die Lohnsätze stark angestiegen sind. Arbeitslöhne waren nun vom Standpunkte der Preisüberwachung Kostenelemente und unter gewissen Bedingungen den übrigen Kosten gleichgestellt. Zwar waren «Preiserhöhungen wegen einer durch Lohnsteigerungen bedingten Kostenverteuerung nur mit behördlicher Bewilligung erlaubt».²³⁵ Soweit sich jedoch «Lohnaufbesserungen im Rahmen der Empfehlungen und der Richtsätze der Eidgenössischen Lohnbegutachungskommission oder der in allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen festgesetzten Teuerungszulagen hielten»,²³⁶ gestattete die Eidgenössische Preiskontrolle die Überwälzung von Kostenerhöhungen auf die Preise, sofern unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen, diesen die Übernahme der durch Lohnerhöhungen entstandenen Mehrkosten nicht zugemutet werden konnte.

Bei den in der Phase der Überbeschäftigung aufgetretenen Lohnkämpfen einerseits und bei der mangelnden Bereitschaft der Unternehmer, die durch steigende Löhne verursachten Kostenerhöhungen auf sich zu nehmen andererseits, hat es sich dann allerdings gezeigt, daß die Preiskontrolle entgegen ihren Grundsätzen nicht mehr in der Lage war, die Überwälzung von Lohnsteigerungen, auch wenn sie über jenes von der Lohnbegutachungskommission vorgesehene Maß hinausgingen, auf die Preise gänzlich zu verhindern.

So stellt zum Beispiel der Bundesrat in seinem Aufruf zur Preis- und Lohnstabilisierung vom 26. April 1947 fest, daß entsprechend den eindeutigen Feststellungen der Eidgenössischen Preiskontrolle «in der letzten Zeit nicht weniger als 90 Prozent aller Gesuche zu Preiserhöhungen mit Lohnerhöhungen begründet worden seien»,²³⁷ und daß sich «in den wenigsten Fällen... die Überwälzung einer bewilligten Lohnerhöhung auf den Preis ganz vermeiden lasse».²³⁸

Aus dieser Erklärung darf geschlossen werden, daß zum mindesten seit Ende des Jahres 1946 der größte Teil der aufeinanderfolgenden Preissteigerungen auf vorangegangene Lohnsteigerungen zurückgeführt werden kann.

Um diese allgemeine Entwicklung übersichtlich darstellen zu können, haben wir im folgenden Schaubild die Indexkurve der Stundenlöhne den Indexkurven der Großhandelspreise, der Baukosten und der Exportgüter-

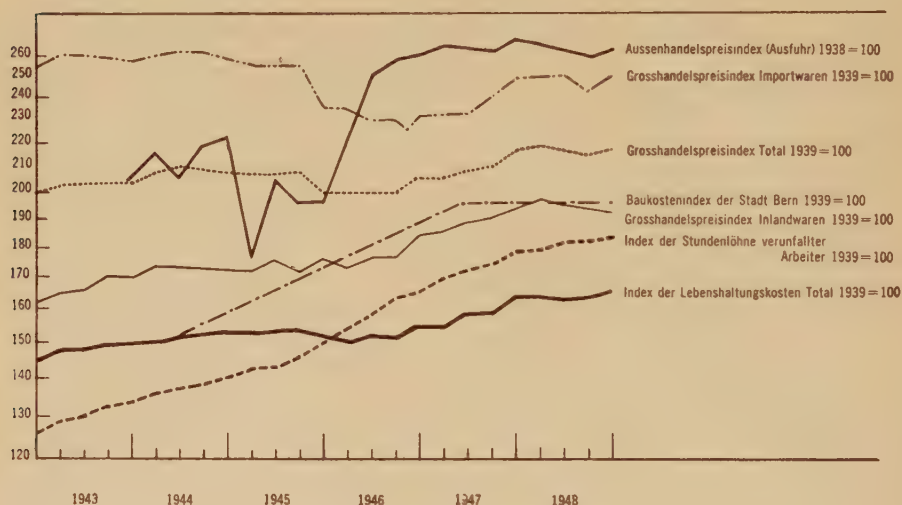
²³⁵ J. G. Lautner: a. a. O. S. 807.

²³⁶ Derselbe a. a. O. S. 809.

²³⁷ und ²³⁸ Neue Zürcher Zeitung 1947, Nr. 812.

preise gegenübergestellt. Ferner haben wir den Großhandel-Preisindex für Importwaren in diese Graphik aufgenommen, um festzustellen, von welchem Zeitpunkte Preissteigerungen im Ausland das inländische Preisniveau beeinflusst haben dürften.

Graphik Nr. 1



Logar. Teilung 1-10, Einheit 250 mm

Auf Grund dieser Graphik können wir erkennen, daß die Preise der inländischen Großhandelsgüter während des Krieges rascher angestiegen sind als etwa die Löhne. Ferner geht aus ihr hervor, daß sie im Frühjahr 1944 bereits jenes Niveau erreicht hatten, welches sie bis zu dem Zeitpunkt beibehielten, in welchem der Reallohn indexmäßig über das Vorkriegsniveau hinauszusteigen tendierte. Kurz nachdem jedoch der Index der Lohnsätze über den Index der Lebenshaltungskosten hinausgestiegen war, beginnt der Index der inländischen Großhandelspreise allmählich wieder zu steigen, um dann vom vierten Quartal des Jahres 1946 bis Mitte 1948 parallel zum stetig steigenden Lohnindex zu verlaufen. Eine direkte Beeinflussung der Preise durch die Lohnsteigerungen darf hieraus angenommen werden.

Eine beinahe selbständige und von den anderen Preisniveaux höchst verschiedene Entwicklung zeigt der Index der Außenhandelspreise für Ausfuhrsgüter an. Die gewaltigen Schwankungen im Jahre 1945 dürften zum Teil auf die Verschiebungen in der Zusammensetzung unseres Exportes zurückzuführen sein, indem besonders im ersten Quartal des Jahres

²³⁹ Vergleiche hierzu: Die Volkswirtschaft 1945, S. 141 und S. 231 (Export von rohem Nadelholz und Baracken, ferner Kartoffeln).

1945 in vermehrtem Maße relativ billige und schwergewichtige Erzeugnisse exportiert wurden.²³⁹ Immerhin geht der Außenhandelspreisindex im zweiten Quartal des Jahres 1946 weit über den Index der Großhandelspreise für Importwaren hinaus, um bis ins vierte Quartal des Jahres 1947 weiterhin leicht anzusteigen. Wir hatten bereits in unseren früheren Darlegungen über den Export darauf hingewiesen, daß den Exportpreisen, da sie der Preiskontrolle nicht unterstellt waren, bei den relativ günstigen Absatzbedingungen im Auslande Monopolpreischarakter zugekommen war. Es liegt daher auf der Hand, daß es sich besonders die Exportindustrie leisten konnte, beim herrschenden Mangel an Arbeitskräften Locklöhne zu bezahlen.

Was den Großhandelspreisindex für Importwaren anbetrifft, kann gesagt werden, daß dieser, nachdem er im letzten Quartal des Jahres 1945 stark gesunken war, etwa bis zur Mitte des Jahres 1947 mit Ausnahme von geringfügigen Schwankungen konstant geblieben ist. Die bis Mitte 1947 eingetretenen Steigerungen des inländischen Preisniveaus müssen daher inlandbedingt gewesen sein.

Der Totalindex der Großhandelspreise, welcher natürlich zum Teil von der Höhe der Importpreise abhängig ist, fällt im letzten Quartal des Jahres 1945 gemeinsam mit den Importgüterpreisen, um dann aber im vierten Quartal des Jahres 1946 gleichzeitig mit dem Anziehen der Großhandelspreise für Inlandwaren wieder anzusteigen.

Da es sich bei den Großhandelswaren um Güter handelt, die wie etwa die Rohstoffe sich noch in unverarbeitetem Zustande befinden, oder um Halbfabrikate und Zwischenprodukte, welche den Produktions- und Verteilungsprozeß noch nicht bis zu ihrer vollen Ausreife durchlaufen haben, muß die Preisgestaltung dieser Güter derjenigen der Konsumgüter zeitlich voraneilen und diese bestimmen. Damit kommt auch die Bedeutung der Verteuerung der Großhandelswaren für die Preisgestaltung der Kleinhandelswaren und schließlich für die Lebenshaltungskosten deutlich zum Ausdruck.

Etwa dieselbe Bedeutung kommt auch der Preisveränderung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel für die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu. Da unter diesen Produktionsmitteln auch jene Erzeugnisse der industriellen Produktion enthalten sind, darf angenommen werden, daß Lohnsteigerungen in der Industrie durch die Verteuerung des industriellen Bedarfes der Landwirtschaft zu Kostensteigerungen und bei der Praxis der Preiskontrolle in der Nachkriegszeit zu Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte und schließlich zu steigenden Lebenshaltungskosten geführt haben dürften.

Eine weitere Abhängigkeit besonders der Konsumgüterpreise von den Löhnen der Industriearbeiter ist durch die Paritätsforderung der Landwirtschaft gegeben. Zur Paritätsforderung der Landwirtschaft, soweit sie sich auf die Löhne der landwirtschaftlichen Dienstboten und Hilfskräfte

bezieht, welchen im Gegensatz zu den mit Grund und Boden verwachsenen Bauern eine gewisse Mobilität zukommt, kann bemerkt werden, daß sich eine gewisse Parität zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Löhnen in der Zeit der Überbeschäftigung praktisch aufgedrängt hatte, sofern man nicht bereit war, eine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion oder eine Umschichtung in der landwirtschaftlichen Produktion zuzulassen. Diese Umschichtung hätte zu einer weniger arbeitsintensiven Bebauung des Bodens — vom Ackerbau zur Graswirtschaft — geführt. Bereits in einem früheren Kapitel hatten wir nämlich dargelegt, daß steigende Löhne in der Industrie bei niedrigeren Löhnen in der Landwirtschaft eine Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und besonders ins Baugewerbe zur Folge hatten.

Angesichts der steigenden Einkommen im industriellen Sektor und der oben beschriebenen Umstände machte die Landwirtschaft ihre Paritätsforderung geltend, indem sie im Sommer des Jahres 1947 «bereits vor Eintritt der katastrophalen Dürre»²⁴⁰ ihr Postulat auf eine durchgreifende Erhöhung des Agrarpreinsniveaus anmeldete, das sie, wie wir noch sehen werden, in der Folge auch durchzusetzen vermochte.

Der vom Schweizerischen Bauernsekretariat in Brugg berechnete bäuerliche Arbeitsverdienst je Mann und Tag war von Franken 13.34²⁴¹ im Jahre 1945 auf Franken 8.—²⁴¹ im Jahre 1947 zurückgegangen. Das Schweizerische Bauernsekretariat, welches diese Zahlen auf Grund von Ermittlungen in den landwirtschaftlichen Buchhaltungskontrollen berechnet hatte, stellte dazu fest, daß im Vergleich zu den seit dem Jahre 1945 stark angestiegenen Löhnen im industriellen Sektor der Arbeitsverdienst des Bauern «auf etwa einen Drittel des Lohnes eines gelernten Arbeiters in der Industrie und im Gewerbe»²⁴² gesunken sei.²⁴³ Brugg begnügt sich im Gegensatz zu seiner früheren Forderung auf vollständige Angleichung der Arbeitsverdienste in der Landwirtschaft an jene der Arbeiter in der Industrie und im Gewerbe mit der etwas bescheideneren Forderung, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte so sehr erhöht werden sollten, daß der Taglohn der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitskräften zum mindesten auf jener Höhe gehalten werden könnte, den er in den günstigsten Jahren 1945 und 1946 erreicht hatte. Brugg verlangte deshalb in seinem Postulat «eine näher umschriebene Erhöhung der Getreidepreise sowie der Produzentenpreise für Speisekartoffeln, Zuckerrüben, Milch und großes Schlachtvieh... die der Bundesrat

²⁴⁰ J. G. Lautner, a. a. O. S. 1069.

²⁴¹ R. Pahud, a. a. O. S. 436.

²⁴² J. G. Lautner, S. 1069. Vergleiche auch R. Pahud, a. a. O. S. 436.

²⁴³ Daß ein derartiger nomineller Vergleich unzulänglich sein dürfte für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Realeinkommen der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und Realeinkommen der Industriearbeiter hat E. Geyer in seinem Artikel, «Die Paritätsforderung der schweizerischen Landwirtschaft», in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1946, S. 535 ff. dargelegt.

auf den Preisen der erstgenannten Produkte sogleich, dagegen auf den Viehpreisen und — für eine längere als die ursprünglich vorgesehene Dauer — auch für den Milchpreis nach erstmaliger Ablehnung und weiterem Beharren der Bauernschaft auf ihren Forderungen zur Gänze oder zum größten Teil zugestand».²⁴⁴

Die Art und Weise der Begründung zeigt deutlich, daß in der schweizerischen Volkswirtschaft mit der Paritätsforderung der Landwirtschaft eine Abhängigkeit zwischen der Lohngestaltung im industriellen Sektor und der Preisgestaltung im landwirtschaftlichen Sektor besteht, die sich zur Zeit der Überbeschäftigung ungünstig auf die Lohn-Preisgestaltung auszuwirken vermochte.

Verschlimmert wird diese Wirkung noch durch den Umstand, daß bei den Industrielöhnen in der Phase der Überbeschäftigung die Gefahr ohnehin groß ist, daß die Arbeiter ihre günstige marktstrategische Position derart ausnützen, daß ihre Löhne schneller steigen als dies auf Grund der Produktivitätsentwicklung volkswirtschaftlich zuträglich wäre. Durch die Paritätsforderung könnte sich damit der Herd dieser inflationistischen Gefahr auch auf die Landwirtschaft übertragen.

Während sich die Arbeiter auf Grund ihrer günstigen marktstrategischen Position mit Hilfe des kollektiven Zusammenschlusses in der Überbeschäftigung ihren Anteil am Sozialprodukt zu erhöhen suchten, was allerdings nur bei stabilem Preisniveau der Konsumgüter möglich war, versuchte die Landwirtschaft ihr Einkommen, welches sie während des Krieges auf Grund ihrer monopolähnlichen Stellung erreichen konnte, in der Nachkriegszeit unter weniger günstigen Verhältnissen mit Hilfe ihrer organisierten und vor allem politischen Macht zu halten.

Zu diesen Vorgängen schreibt Böhler mit Recht: «Wenn einmal die Preis-Lohnerhöhungen nicht mehr mit der Steigerung der Realkosten, sondern mit dem Anteil an der günstigen Konjunktur begründet werden, benützt jede einzelne Gruppe die Übertreibungen der andern als moralischen Vorwand für die eigenen übertriebenen Forderungen, so daß schließlich alle die Allgemeinheit mit gutem Gewissen ausbeuten.»²⁴⁵

Um schließlich den Einfluß der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Produkte auf die Kosten der Lebenshaltung zu erkennen, werden wir zuerst eine kurze Analyse des Indexes der Lebenshaltungskosten vornehmen müssen.

Der Totalindex der Lebenshaltungskosten, wie er bis zum Jahre 1950 berechnet wurde, setzt sich bekanntlich aus vier verschiedenen Teilindices zusammen. Dabei wird jede der vier Grundindexziffern mit der Anteilquote, die ihrer Bedeutung im Rahmen der gesamten Haushaltsaufwendungen für die zeitliche Ausgangsbasis der Berechnung entspricht, multipliziert.

²⁴⁴ J. G. Lautner, a. a. O. S. 1069 ff.

²⁴⁵ F. Böhler, in: Arbeitsbeschaffung, November 1946, S. 5..

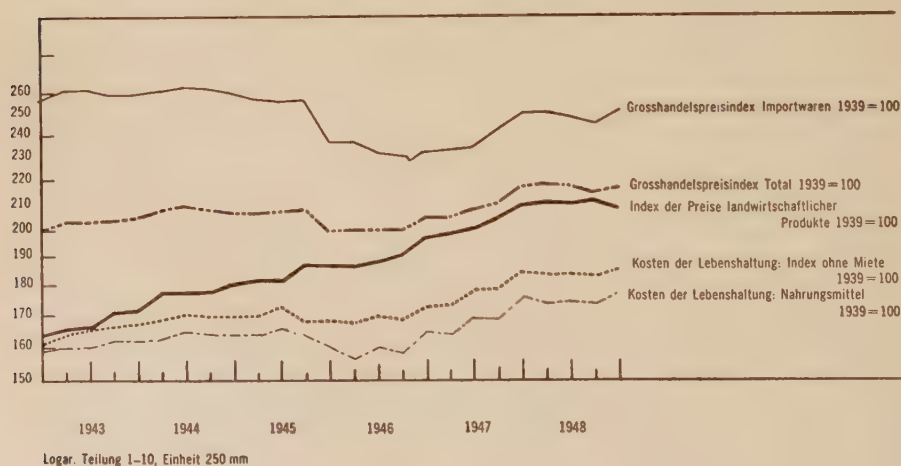
Gruppen	Anteilquoten ²⁴⁶
Nahrungsmittel	57%
Brenn- Leuchtstoffe, Seife	7%
Bekleidung	15%
Miete	21%

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß dem Nahrungskostenindex ein überragender Einfluß auf den Verlauf des gesamten Lebenskostenindex zukommt.

Auf Grund einer eingehenden Analyse der schweizerischen Preissituation, die Böhler im Jahre 1942 vorgenommen hatte, geht hervor, daß der Index der Lebenshaltungskosten ohne Miete seit dem Jahre 1914 außerordentlich stark durch die Veränderungen der Produzentenpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinflusst wurde,²⁴⁷ da die Anteilquote der Nahrungsmittel am Index der Lebenshaltungskosten 57 Prozent und an demjenigen ohne Miete sogar rund 72 Prozent einnimmt. Böhler weist ferner darauf hin, daß der Konnex zwischen Lebenshaltungskosten und Preisen für inländische landwirtschaftliche Produkte in der Nachkriegszeit noch stärker werden müßte, wenn die einheimischen Produkte im Interesse des Landwirtschaftsschutzes in vermehrtem Maße als früher bevorzugt würden.²⁴⁸

Ein Vergleich dieser beiden oben erwähnten Indexkurven, die wir in der folgenden Graphik für die Zeitspanne von 1943 bis 1948 aufgezeichnet haben, führt uns zu nachstehendem Ergebnis:

Graphik Nr. 2



²⁴⁶ Vergleiche die Volkswirtschaft 1935, S. 81.

²⁴⁷ E. Böhler: Die schweizerische Preissituation a. a. O. S. 68 f.

²⁴⁸ ebenda, S. 68.

Aus unserer Graphik geht hervor, daß sowohl der Nahrungsmittelindex als auch der Index der Lebenshaltungskosten ohne Miete schon seit dem Jahre 1943 die Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte nicht mehr in vollem Umfange mitgemacht hat und von Mitte 1945 an im Gegensatz zu diesem sogar eine leicht steigende Tendenz aufweist. Dieses Auseinandergehen der beiden genannten Kurven dürfte in erster Linie dem Einfluß der Bundessubventionen zur Verbilligung der Lebenshaltung zuzuschreiben sein.

Die Bundessubventionen zur Verbilligung der Kosten der Lebenshaltung beliefen sich seit dem Jahre 1943 auf folgende Summen:

Subventionen des Bundes zur Verbilligung der Lebenshaltung

Jahre	in Millionen Franken ²⁴⁹
1943	64 053
1944	95 121
1945	80 097
1946	76 105
1947	169 234
1948	191 121

Des weitern dürfte die leicht sinkende Tendenz der Kosten der Lebenshaltung im letzten Quartal des Jahres 1945 durch die sinkenden Preise der importierten Nahrungsmittel bedingt gewesen sein.

Wenn der Staat die Nahrungsmittelpreise und dadurch die Kosten der Lebenshaltung durch Subventionen niedrig zu halten versucht, kommt dies einer Neuverteilung der Einkommen in dem Ausmaße gleich, als die Gelder für diese Subventionen durch progressive Steuern oder durch solche Steuern beschafft werden, welche ausschließlich die höheren Einkommen belasten. Diese Feststellung gilt selbst unter der Annahme, daß die höheren Einkommensschichten im selben Ausmaße Nutznießer dieser Lebenskostenstabilisierung waren. Insoweit diese Steuern vom industriellen Sektor unserer Wirtschaft aufgebracht wurden, handelt es sich um eine Einkommensübertragung von der Industrie auf die Landwirtschaft unter Schonung der untern Schichten von Einkommensempfängern im industriellen Sektor. Auf diese Weise dürfte es möglich gewesen sein, daß trotz steigenden Einkommen in der Landwirtschaft der Reallohn der Arbeiter nicht entsprechend geschmälert wurde.

Immerhin begann der Index der Lebenshaltungskosten vom vierten Quartal des Jahres 1946 bis zu Beginn des Jahres 1948, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Stabilisierungsabkommens, dauernd zu steigen. Dabei war die Steigerung der Lebenshaltungskosten innerhalb einzelner Zeitabschnitte rascher als jene der Löhne, so daß der Reallohn trotz steigenden Nominallohnsätzen in gewissen Zeitabschnitten sogar zurückgegangen war, wie wir dies aus der folgenden Tabelle deutlich erkennen können.

²⁴⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1949, S. 399 und 1945, S. 443.

*Lohnsätze in der Industrie und im Baugewerbe seit 1939*²⁵⁰

Jahre	Monatsende	Lohnsätze		Kosten der Lebenshaltung
		inbegriffen nominal	Teuerungszulagen real	
1939	Januar/August	100	100	100
1945	März	142,0	93,0	152,7
	Juni	144,2	93,7	153,8
	September	146,5	95,5	153,4
	Dezember	151,1	99,9	151,2
1946	März	154,4	103,0	149,9
	Juni	159,4	105,1	151,6
	September	163,6	107,9	151,6
	Dezember	166,1	107,1	155,1
1947	März	170,3	109,7	155,3
	Juni	172,4	108,4	159,0
	September	174,6	109,6	159,3
	Dezember	178,0	109,0	163,4
1948	März	180,4	110,6	163,1
	Juni	181,4	110,9	163,6
	September	182,5	111,8	163,2
	Dezember	183,0	111,4	164,3

Aus der obigen Tabelle geht deutlich hervor, daß die nominelle Lohnsteigerung während des Anfangsstadiums der Überbeschäftigung bis zum September des Jahres 1946 von einer Steigerung des Reallohnes begleitet war. Im vierten Quartal des Jahres 1946 sind dann die Kosten der Lebenshaltung stärker angestiegen als die nominellen Lohnsätze in der Industrie und im Baugewerbe, weshalb der Index der Reallohnsätze von 107,9 Ende September 1946 auf 107,1 Ende Dezember zurückgegangen ist. Im Verlaufe des ersten Quartals des Jahres 1947 stiegen die nominellen Lohnsätze wieder stärker an als der Index der Lebenshaltungskosten, so daß der Reallohn wieder über den Stand vom September 1946 hinauswuchs. Obschon jedoch die Stundenlöhne in der Industrie und im Baugewerbe zwischen dem ersten und vierten Quartal des Jahres 1947 um 4,5 Prozente anstiegen, ging der Reallohn in derselben Zeit von 109,7 auf 109,0 (1939 = 100) zurück.

Während in der ersten Phase der Überbeschäftigung die Löhne noch stärker angestiegen sind als die Preise, übernahmen die Preise in der späteren Phase abwechselungsweise die Führung. Dieser Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen, der nur das allgemeine Preis- und Lohnniveau er-

²⁵⁰ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1948, S. 343.

höhte, ohne den Reallohn zu steigern, zeigt uns den typischen Verlauf eines inflationistischen Leerlaufes, der schließlich die Kaufkraft unseres Schweizerfrankens bedrohte.

Für unsere Exportindustrie — die, wie wir gesehen hatten, an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig gewesen sein dürfte, — barg diese dauernde Lohn- und Preissteigerung die Gefahr einer Überhöhung ihres Kostenniveaus in sich, die bei einem eventuellen Konjunkturrückgang im Auslande ihre Konkurrenzfähigkeit mit diesem stark hätte beeinträchtigen können und so für unsere Gesamtwirtschaft nur schädlich gewesen wäre.

Eine stetig anhaltende Entwertung des Geldes ist aber nicht nur für die Wirtschaft, «sondern auch für den Arbeiter und vor allem den Sparern und Kleinrentnern eine große Gefahr. Sie hält zwar die Wirtschaft einige Zeit in Schwung, läßt die Schulden des Staates leichter werden, ist aber alles in allem genommen doch eine höchst ungerechte und staatspolitisch gefährliche Erscheinung. Sie bringt nicht nur den Sparer um sein Einkommen, den Versicherten um seine Rente, sondern zerreibt, wie das Beispiel Deutschlands gezeigt hatte, den Mittelstand und leistet damit der Radikalisierung der Massen Vorschub.»²⁵¹

Da, wie wir gesehen hatten, die Bemühungen der Preiskontrolle zur Stabilisierung des Lohn- und Preisniveaus nicht genügten, und da an einer derartigen Entwicklung weder die Arbeiter noch die Unternehmer auf die Dauer interessiert sein konnten, wurden Mittel und Wege gesucht, um einer weiteren Verminderung der Kaufkraft unseres Frankens entgegenzutreten.

Eine solche Lösung wurde nach längeren Diskussionen und anfänglichen Schwierigkeiten im Abschluß des Stabilisierungsabkommens gefunden. In diesem Abkommen, welches rückwirkend auf den ersten Januar des Jahres 1948 in Kraft trat, verpflichteten sich die beteiligten Wirtschaftsgruppen, im allgemeinen auf weitere Preis- und Lohnerhöhungen zu verzichten.²⁵²

Da jedoch die volle Bedeutung dieses Abkommens, das sich im Hinblick auf unsere schweizerischen Verhältnisse als geeignetes Mittel zur *Bekämpfung der Folgen* einer Überbeschäftigung erwiesen hatte, weit über den Rahmen unserer Arbeit hinausgeht und unseres Erachtens einer gesonderten wissenschaftlichen Behandlung wohl würdig wäre, werden wir die Untersuchung des äußerst komplexen Problems der Lohn- und Preisstabilisierung in der Nachkriegszeit dem Eifer eines andern jungen Nationalökonomen überlassen.

²⁵¹ M. Icklé, a. a. O. S. 18.

²⁵² Vergleiche hierzu: Bericht über die Tätigkeit des paritätischen Stabilisierungsausschusses der wirtschaftlichen Spitzenverbände. Erstattet vom Präsidenten des Ausschusses, E. Böhler, Zürich. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1950, Heft 2, S. 97 ff. und Anhang, S. 112 ff.

Zusammenfassung

In unseren Darlegungen über die Abgrenzung zwischen Voll- und Überbeschäftigung hat sich gezeigt, daß bei Vollbeschäftigung immer noch eine Reserve an unfreiwillig Friktionsarbeitslosen vorhanden sein soll, die für schweizerische Verhältnisse im Minimum etwa mit einem Prozent der ordentlicherweise Erwerbstätigen angegeben werden kann. Steigt nun die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge einer Steigerung der Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen weiter an, so gleitet die Wirtschaft allmählich vom Zustand der Vollbeschäftigung in jenen der Überbeschäftigung. Die bei Vollbeschäftigung noch vorhandenen Reserven an friktionell Arbeitslosen und «freiwilligen» Arbeitslosen wird dann zuerst ausgeschöpft. Gleichzeitig steigt die Zahl der freien Arbeitsplätze über das Maß der bei Vollbeschäftigung durch Friktionen bedingten offenen Stellen. Das Arbeitsangebot tendiert allmählich dahin unelastisch zu werden, was zu einer Konkurrenz der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkte führt, indem sich diese durch Gewährung von «Locklöhnen» gegenseitig die Arbeitskräfte abjagen. Dies führt zu einer Abwanderung der Arbeitskräfte von den weniger gut bezahlten Arbeitsplätzen zu den besser bezahlten Stellen, von der Landwirtschaft ins Baugewerbe und in die Industrie.

Diese Vorgänge wurden im zweiten Teil auf Grund einer Analyse des schweizerischen Arbeitsmarktes bestätigt. Aus Schätzungen ging hervor, daß unter diesen Umständen der Mangel an Arbeitskräften ein bedeutendes Ausmaß angenommen hatte. Um diesen Mangel zu beheben, wurden ausländische Arbeitskräfte in einem zuvor nie dagewesenen Umfange auf dem schweizerischen Arbeitsmarkte zugelassen. Dadurch wurden zwar jene inflationistischen Wirkungen, welche durch die Knappheit des Arbeits- und Güterangebotes bedingt waren, abgeschwächt. Die Konjunkturlage wurde jedoch durch die Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften nicht gedämpft, und die Gefahr einer Aufblähung gewisser Industriezweige und der damit verbundenen Fehlinvestitionen blieb weiter bestehen.

Im dritten Teil sind wir den Ursachen, die im wesentlichen für die Überbeschäftigung verantwortlich gemacht werden können, nachgegangen. Dabei haben wir festgestellt, daß infolge des Nachholbedarfes die gesamte effektive Nachfrage über das Maß, welches zur vollen Ausnützung der vorhandenen Produktivkräfte notwendig gewesen wäre, hinausgegangen ist.

Nach Vornahme einer den vorliegenden statistischen Unterlagen entsprechenden Unterteilung der Gesamtnachfrage in ausländische und inländische Nachfrage, wobei wir letztere wieder in einen öffentlichen und einen privaten Teil zerlegten und bei dieser wiederum die Nachfrage nach Konsum und Investitionsgütern unterschieden, haben wir für die Nach-

kriegszeit festgestellt, daß die Nachfrage in allen Sektoren mehr oder weniger stark gestiegen ist.

Den stärksten Anstoß zur Übersteigerung der Konjunkturlage dürfte allerdings die gewaltige Ausdehnung der Investitionstätigkeit gegeben haben. Außer der anomal hohen gewerblichen Bau- und Investitionstätigkeit, die mit der Aufhebung der Zementrationierung eingesetzt hatte, und der öffentlichen Bautätigkeit, die in der Nachkriegszeit ebenfalls stark zugenommen hat, mußte ein bedeutender Nachholbedarf an Wohnungen befriedigt werden. Dabei hatte es sich gezeigt, daß der Wohnungsbau, der bei Überbeschäftigung im Baugewerbe durch die gewerbliche und öffentliche Bautätigkeit konkurrenziert wurde, nur mit Hilfe der bedeutenden Subventionen und der zusätzlich zugelassenen, ausländischen Bauarbeiter in einem einigermaßen befriedigenden Umfange durchgeführt werden konnte.

Die gewerbliche Investitionstätigkeit kann, soweit sie nicht nur eine Befriedigung des dringlichen Nachholbedarfes darstellt, auf die Steigerung des Exportes und der Konsumgüterumsätze zurückgeführt werden. So deuten die realen Konsumgüterumsätze, die im Jahre 1945 und besonders 1946 prozentual stärker angestiegen sind als das Realeinkommen, darauf hin, daß auch vom Konsum eine kumulative Wirkung auf die Beschäftigung ausgegangen ist. Dies trifft auch für den Export zu, der in der Nachkriegszeit rasch angestiegen ist, während die Importe erst vom Jahre 1947 an wieder in einem für unsere Handelsbilanz «normalen» Verhältnis zu den Exporten stand und damit ausgleichend auf die infolge des steigenden Exportes hervorgerufene Mehrbeschäftigung einzuwirken vermochte.

Ferner spielte bei der Bedarfsdeckung in den ersten Nachkriegsjahren die bestehende Selbstversorgungstendenz der schweizerischen Wirtschaft besonders im Nahrungsmittelsektor eine bedeutende Rolle. Die Tatsache, daß wir in Friedenszeiten den größten Teil dieser Güter aus dem Auslande bezogen hatten, wo die Produktivität bei der Erzeugung dieser Güter höher gewesen sein dürfte als bei uns, dürfte dazu geführt haben, daß wir zur Erzeugung einer gleichen Warenmenge im Inland mehr Arbeitskräfte verwenden mußten, als wenn wir diese Warenmengen aus dem Auslande im Austausch gegen unsere Exportprodukte hätten beziehen können.

Schließlich hat uns ein Vergleich der Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte im Kriege mit jener in der Nachkriegszeit zum Ergebnis geführt, daß nach dem Abbau der investitionsbeschränkenden Maßnahmen und der Rationierung, die finanzpolitischen Maßnahmen der Nachkriegszeit nicht mehr imstande waren, dieselben quantitativen restriktiven Wirkungen zu erzielen wie im Kriege. Andererseits verblieb die Gesamtsumme der expansiven Ausgaben besonders infolge des Verhaltens der Kantone und Gemeinden in der Nachkriegszeit ungefähr auf gleicher Höhe wie im Kriege. Auf Grund dieser beiden Tatsachen kamen wir zum Schluß, daß der Einfluß

der öffentlichen Haushalte, der entsprechend den Veränderungen der Wirtschaftsordnung selbst bei gleichbleibenden qualitativen und quantitativen finanzpolitischen Akten, sehr verschieden sein kann, in der Nachkriegszeit eher konjunkturverstärkend gewesen sein dürfte.

Im letzten Teil der vorliegenden Arbeit haben wir dann die Wirkungen, die besonders von diesem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkte auf die Löhne und Preise ausgegangen sind, näher untersucht. Dabei haben wir gesehen, daß es der Preiskontrolle möglich war, die Bildung von «Knappheitspreisen» auf den Gütermärkten weitgehend zu verhindern, während sie auf die Lohnentwicklung direkt keinen Einfluß ausüben konnte. Beim bestehenden Mangel an Arbeitskräften stiegen die Löhne zum Teil infolge der von den Arbeitgeberern angebotenen «Locklöhne» und teils infolge des Druckes der Gewerkschaften, was für die Produzenten eine Steigerung der Produktionskosten zur Folge hatte. Dabei hat es sich dann gezeigt, daß die Preiskontrolle entgegen ihren Grundsätzen nicht mehr in der Lage war, die Überwälzung der Lohnsteigerungen auf die Preise gänzlich zu verhindern, weshalb auch die Preise weiter anstiegen. Eine weitere Abhängigkeit, besonders der Konsumgüterpreise von den Löhnen der Industriearbeiter, hat sich durch die Paritätsforderung der Landwirtschaft ergeben.

Steigende Preise wurden von den Gewerkschaften wiederum dazu benützt, neue Lohnforderungen zu stellen, die bei Überbeschäftigung verhältnismäßig leicht durchzusetzen waren. Dies führte zu jener vielgenannten Lohn-Preisspirale, bei der bald die Löhne und später wieder die Preise die Führung inne hatten. So ergab es sich, daß in der ersten Phase der Überbeschäftigung die Löhne noch stärker angestiegen sind als die Preise, während in der späteren Phase die Preise abwechselungsweise die Führung übernahmen. Dieser Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen, der nur das allgemeine Preis- und Lohnniveau erhöhte, ohne den Reallohn weiter zu steigern, zeigt uns den typischen Verlauf eines inflationistischen Leerlaufes, der schließlich die Kaufkraft des Schweizerfrankens bedrohte.

Anhang

Schätzung²⁵³ der Beschäftigten nach Erwerbszweigen ab 1944 in 1000

Erwerbszweige	1938*	1944	1945	1946	1947
Metall- und Maschinenindustrie	159 995	195	201	216	227
Uhrenindustrie	47 972	61	67	76	78
Chemische Industrie	23 217	32	34	35	39
Baumwoll- und Seidenindustrie	43 640	42	44	46	48
Übrige Industrie (Schuhe, Bekleidung)	117 108	147	167	190	214
Nahrungs- und Genußmittel, Tabak	98 074	102	107	119	125
Graph. Gewerbe und Papierindustrie	45 358	47	50	53	58
Handel, Banken, Börsen, Vermittlungen	228 020	240	244	248	250
Gastgewerbe	134 200	125	124	124	125
Hauswirtschaft	120 000	113	115	116	120
Bundespersonal	62 950	93	93	90	91
Kantons- und Gemeindepersonal	57 700	67	66	64	62
Übrige Gewerbe und Berufe	219 200	217	221	224	227
Landwirtschaft	418 400	432	432	432	441
Bergbau und Steinverarbeitung	7 502	18	22	19	16
Steine und Erde (Industrie)	15 231	18	20	22	25
Holzindustrie	27 587	39	46	48	52
Baugewerbe	157 487	174	199	225	232
Total der Beschäftigten	1 983 641	2 162	2 252	2 347	2 430

* Die Zahlen für das Jahr 1938 wurden der Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung, Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 6, Zürich 1944, S. 12 entnommen.

²⁵³ Schätzungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung. Dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel mitgeteilt.

Literaturverzeichnis

- Böhler E. und Dütschler H.*, Allgemeine Grundsätze schweizerischer Wirtschaftspolitik, Zürich 1940.
- Das Preis- und Lohnproblem in volkswirtschaftlicher Beleuchtung, Zürich 1941.
 - Die schweizerische Preissituation und das Problem der Preisstabilisierung, Gutachten zuhanden des Schweizerischen Städteverbandes, Zürich 1942.
- Boßhard A.*, Außenwirtschaftliche Chronik, II. Schweiz, in Außenwirtschaft, herausgegeben vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschaft und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen, Bern 1946, 1. Jg. Heft 3, S. 140—144.
- Brugger H.*, Produktion und Verbrauch von Nahrungsmitteln in der Schweiz 1934/36, 1943 bis 1945, in Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg. 1947, S. 243—270.
- Burchard F. A.*, Die Gründe der Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung, sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Statistischen Institut der Universität Oxford, Bern 1946, S. 21—76.
- Gewerkschaftsbund, Schweizerischer*, Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat, betreffend: Preis- und Lohnpolitik, Bern 28. April 1947.
- Geyer E.*, Die Paritätsforderung der schweizerischen Landwirtschaft. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 82. Jg. 1946, S. 535—556.
- Haberler G.*, Prosperität und Depression, Bern 1941.
- Icklé M.*, Überbeschäftigung und Frankenparität, St. Gallen 1947.
- Jöhr W. A.*, Soll der Schweizerfranken aufgewertet werden? In: Überbeschäftigung und Frankenparität, St. Gallen 1947.
- Aktuelle Probleme der Kapitalanlage, in Wirtschaft und Recht, 1. Jg. 1949, Heft 3. S. 164—190.
- La Roche Ch.*, Aktuelle Probleme der Überbeschäftigung. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 82. Jg. 1946, S. 260—267.
- Beschäftigungspolitik in der Demokratie, Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschäftigung, Zürich 1947.
 - Die schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, Bern 1947.
- Lautner J. G.*, Die kriegswirtschaftliche Preiskontrolle in der Schweiz, Zürich 1950.
- Marbach F.*, Vollbeschäftigung, der andere Weg, Bern 1943.
- Neumark F.*, Theorie und Praxis der modernen Einkommensbesteuerung, Bern 1947.
- Ohlin B.*, The problem of employment stabilization, Oxford 1950.
- Pahud R.*, Interdépendence des prix et des salaires, in Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg. 1947, S. 428—439.
- Pigou A. C.*, Keynes' general theorie, London 1950.
- Salin E.*, Einleitung, in Vollbeschäftigung, sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, Bern 1946.
- Stackelberg von H.*, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948.

- Wagner V. F.*, Bemerkungen zur Kriegswirtschaftspolitik, in Festgabe für Fritz Mangold, Basel 1941, S. 292—323.
- Nachkriegsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft, in Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 78. Jg. 1942, S. 317—347.
 - Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, in Volkswirtschaft und Statistik, 83. Jg. 1947, S. 393—411.
- Worswick G. D. N.*, Die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung, in Vollbeschäftigung, Bern 1947, S. 105—143.

Berichte und Quellenwerke

- Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1945, herausgegeben vom Vorstand des Schweiz. Handels- und Industrievereins, Zürich 1946.
- Bundesblatt, 99. Jahrgang, I. Band Nr. 16 vom 18. April 1947.
 99. Jahrgang, I. Band Nr. 8 vom 25. Februar 1947.
 100. Jahrgang, I. Band Nr. 4 vom 22. Januar 1948.
- Finanzen und Steuern, Beiträge zur schweizerischen Statistik, herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt, Heft 16, 1945/46, Heft 19, 1946/47, Heft 1947/48, Heft 1948/49.
- Jahresbericht der schweizerischen Handelsstatistik 1945, I. Teil. 1947, I. Teil.
- Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, 1945, Heft 2, Heft 4. 1946, Heft 1, 2, 3, 4 und 6. 1947, Heft 1 und 3. 1948, Heft 1.
- Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, Zürich, 20., 21., 23., 24. Jahrgang.
- Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 1 und Nr. 6, Polygraphischer Verlag, Zürich 1943.
- Schweizerisches Finanzjahrbuch 1949.
- Statistisches Jahrbuch der Schweiz, herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt, Bern. Jahrgänge 1938, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949.
- Steuerbelastung in der Schweiz 1946, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 174, Reihe Mg. 17 und 1947, Heft 187, Reihe Mg. 17.
- Volkseinkommen der Schweiz, Das . . . , 1938 bis 1947, Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 20. Herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt, Bern 1948.
- Volkswirtschaft, Die . . . , Wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen, monatlich herausg. vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Bern. 4. Jg. 1931, 9. Jg. 1936, 12. Jg. 1939, 18. Jg. 1945, 19. Jg. 1946, 20. Jg. 1947, 21. Jg. 1948, 22. Jg. 1949, 23. Jg. 1950.
- Wirtschaftslage, Die . . . , Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung, Nr. 80, 82.

Lebenslauf

Am 14. April 1918 wurde ich, German von Ins, in Mümliswil als Sohn des Ernst von Ins, Kaufmann, und der Emilie von Ins geb. Grolimund geboren; ich bin Bürger von Oberbipp, Kanton Bern.

Nach Abschluß der Primar- und Sekundarschule in Birsfelden absolvierte ich eine kaufmännische Lehre in Basel, die ich mit dem Fähigkeitszeugnis für kaufmännische Angestellte abgeschlossen habe.

Im Anschluß an diese Lehrzeit besuchte ich während vier Jahren das Progymnasium des Studienheims St. Clemens in Ebikon. Im Jahre 1940 trat ich in die humanistische Abteilung der Kantonsschule Luzern ein, an der ich 1942 die Maturität bestanden habe. Der Tod meines Vaters im selben Jahre zwang mich, mein Hochschulstudium als Werkstudent durchzuführen. Im Jahre 1943 wurde ich in der technischen Abteilung der Basler Lebensversicherungsgesellschaft angestellt, und im Herbst desselben Jahres immatrikulierte ich mich an der Universität Basel. Während meines Studiums, das bis zum Jahre 1952 dauerte, besuchte ich die Vorlesungen und Uebungen der Herren Prof. V. F. Wagner, Prof. E. Salin, Prof. L. V. Furlan, Prof. A. Simonius, Prof. E. Ruck, Prof. Th. Brogle, Prof. C. von Dietze, Prof. O. Germann, Prof. E. Zwinggi, Prof. M. Stäehelin, Prof. M. Gürtler, Dr. H. Renfer.

Meine Dissertation ist auf Anregung und unter Anleitung von Prof. V. F. Wagner entstanden.

Seit dem Abschluß meines Studiums bin ich in der Transportabteilung der Schweizerischen National-Versicherungs-Gesellschaft tätig.

